

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Eine Schwalbe macht keinen Sommer Die SPD inszeniert sich selbst zur wählbaren Alternative



SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz nach der Saarland-Wahl

Immer wenn die SPD von Wähler und Wählerin etwas will, wird sie leut- und vertrauensselig. Verlangt sie von ihnen einen sog. Vertrauensvorschuss. So auch unter ihrem gerade frisch nominierten Kandidaten Martin Schulz (Jahrgang 1955) für die Kanzlerschaft im kommenden September bei der nächsten Bundestagswahl. Dieser forderte in seiner ersten Rede vor SPD-Publikum, in Interviews und Medien (*Anne Will, ARD; Berlin direkt, ZDF*, beide vom 29. 1.) gerade einen solchen neuerlichen Vorschuss für sich und die Partei ein, ohne dass genauer beschrieben und gesagt würde wofür. Man soll ihr praktisch im Vertrauen und Hoffen auf das richtige Programm und Handeln die Katze im Sack abkaufen, den zweiten vor dem ersten Schritt tun.

Ziel: Stärkste Kraft im Bundestag

Im Gespräch mit dem *SPIEGEL* (Nr. 6/4. 2. 2017) wurde Schulz hinsichtlich seiner arbeits- und wirt-

schaftspolitischen Vorstellungen auch nicht viel konkreter. Bei der verheerenden Hartz IV-Politik kann es für ihn allenfalls nur Korrekturen nach zu prüfenden Einzelfällen geben. Auch diese dehnbare Ansicht ist nicht neu und eher eine Ausflucht. So soll mit der SPD etwa das ALG I auf 24 Monate verlängert werden. Die um zahlreiche Gesetzesentwürfe nicht verlegene Arbeitsministerin Nahles strickt an einem Konzept für ein System der „Arbeitswahl“ (Teil-

zeitgesetz), was immer das dann genau ist und hat im November 2016 ein „Weißbuch Arbeiten 4.0“ vorgelegt. Ein unter der Linken diskutiertes und z. T. gefordertes sog. garantiertes Grundeinkommen lehnt Schulz grundsätzlich ab. Er will mit seiner Partei die nächste Bundestagswahl gegen Merkel so gewinnen, dass sie keine Koalition als Juniorpartner mit der CDU/CSU mehr eingehen muss, sondern stärkste Kraft wird. Sie will die ganze Macht. Das sieht CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder im Umkehrschluss ganz ähnlich. Mit einer absoluten Mehrheit für die SPD rechnet selbst Schulz realistischerweise nicht, das künftige Finanz- und Innenressort würde er aber gerne für seine Partei beanspruchen. Den Außenministerposten müsste man aber an einen möglichen Koalitionspartner abgeben, so leid ihm das für Gabriel täte. Das grenzt schon an „postfaktische“ Träume. Denn dann, so Schulz sinngemäß, könne die SPD auch wieder das tun, wofür sie steht, sich rückhaltlos ohne Abstriche in Arbeitsleben und Gesellschaft für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Eine Schwalbe macht keinen Sommer	1
In eigener Sache, Impressum	2
Fakten über den Brexit	8
Israelische Einmischung in die britische Politik	9
100 Jahre Oktoberrevolution	11
Zur Rolle Kerenskis in der russischen Februarrevolution	17
DKP nach dem 21. Parteitag	19
Erklärung zum Syrienkrieg	26
Deutsche Befindlichkeiten	29
Zum Briefwechsel von Käte und Hermann Duncker	32
Marxismus und Utopie	34

In eigener Sache

Die Wahlen in den Niederlanden, mit einer Wahlbeteiligung von 82%, haben gezeigt, dass die populistischen Parteien nicht die von ihnen erwarteten Erfolge einheimsen können. Andererseits führen ihr Auftreten und ihre Hetze aber dazu, dass sie etablierte Parteien mit ihren Parolen vor sich her treiben. Zur politischen Mobilisierung von Wählerschichten scheinen auch der Brexit und die Irrationalität Trumps, der Kriegs- und Aufrüstungskurs seiner Regierung sowie deren wirtschaftliche Ellbogenpolitik beigetragen zu haben. Ähnlich ist auch die Schulz-Euphorie in Deutschland zu sehen, wobei offen ist, wann diese Seifenblase platzt.

In dieser Nummer befassen wir uns mit diesem seltsamen Vorgang und der neuen Verkleidung der SPD, die wohl hofft, dass ihr eine Zertrümmerung der Partei wie in Frankreich und in den Niederlanden vorerst erspart bleibt.

Wir bringen einen persönlich geprägten Bericht aus England zum Verständnis des Ergebnisses der Abstimmung über den Brexit, der die EU massiv erschüttern könnte.

Mit einem weiteren Artikel aus Großbritannien erhalten wir Einblicke in die Auseinandersetzungen innerhalb der Labour-Party, die in großer Härte zwischen dem linken und dem rechten Flügel geführt werden. Die Gegner des Corbyn-Kurses scheuen sich nicht, dabei auch mit üblen Verleumdungen zu arbeiten. So bezichtigen sie ihre linken Genossinnen und Genossen, die sich energisch gegen die rechte Politik der israelischen Regierung wenden, in infamer Weise des Antisemitismus. Sie

wollen damit die Kritiker des menschenfeindlichen Kurses der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern diskreditieren.

Auch in der Bundesrepublik ist der Vorwurf des Antisemitismus gegenüber jedweder Kritik an Israels Besatzungs- und Landraubmethoden schnell zur Hand. Dies trifft speziell auf die sogenannten „Antideutschen“ zu, die nicht selten besonders aggressiv agieren und Kritik an der Politik des Staates Israel pauschal mit Antisemitismus gleichsetzen.

Die alte Arbeiterbewegung aus der Weimarer Zeit, besonders die sozialistische Bewegung, hatte den Zionismus als eine Form des Nationalismus entschieden abgelehnt und voll auf die Integration ihrer jüdischen Mitbürger gesetzt. Auch heute gibt es innerhalb und außerhalb Israels Stimmen, die sich immer wieder kritisch zu Wort melden und die perfide Gleichsetzung anprangern. Auch Mosche Zuckermann macht das immer wieder, wie zuletzt am 10.2.17 in der Tageszeitung „junge welt“. Seinen Text über „Deutsche Befindlichkeiten“ möchten wir hiermit unseren Lesern nahebringen.

Die Linken in Deutschland, auch die DKP, bleiben nach wie vor in einer Dauerkrise. Das liegt vor allem an ihrer Schwäche und an den politischen Kräfteverhältnissen in der Welt und im eigenen Land. In ihrer Diskussion geht es, wie immer, um eine richtige oder falsche Politik, auch unter ungünstigen Umständen. Voraussetzung dafür ist, dass endlich die Vergangenheit aufge-

arbeitet wird, Schluß ist mit den „Umdeutungen“. Nur so kann man daraus lernen. Ein engagierter Genosse hat uns dazu einen Beitrag geliefert: „Nach dem 21. Parteitag der DKP“

Das bedeutende Ereignis der Oktoberrevolution jährt sich heuer zum 100. Male. Wir haben zu ihrer Würdigung auf einen Artikel aus der „Arbeiterstimme“ von 1987 zurückgegriffen. Eine Ergänzung ist ein Beitrag über Kerenski, den uns ein Leser zugesandt hat. Sehr gerne drucken wir die Rezension von Jörg Wollenberg über die Veröffentlichung der Briefe von Käthe und Hermann Duncker, „Ein Tagebuch in Briefen“.

Von anderer Art sind die Ausführungen zu „Utopia“, die unterstreichen, dass der Traum von einer radikalen Weltverbesserung immer weiter bestehen bleiben wird.

Ein kurzer Bericht befasst sich mit der bevorstehenden Wahl in der Tschechischen Republik. In Prag steht, wie anderswo auch, ein Milliardär schon vor den Toren.

Zahlreiche Professoren des wissenschaftlichen Beirates von attac Deutschland fordern zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonfliktes auf. Zu diesem Zweck rufen sie Fakten in Erinnerung und kommen zu einem unzweifelhaften Ergebnis, dass dem aktuell medial vermitteltem Bild widerspricht. Wir drucken entsprechende Erklärung auf Seite 26.

Am 27. und 28. Mai wird unser alljährliches Seminar in München stattfinden. Themen werden voraussichtlich sein: 100 Jahre Oktoberrevolution; EU und Innenpolitik (Wahlen in Frankreich und zum Bundestag).

Wir danken allen Zahlern und auch Spendern. Sie tragen ihren Teil dazu bei, das Erscheinen der Arbeiterstimme zu ermöglichen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

der arbeitenden Menschen einzusetzen. Dann müssten die anderen erst einmal auf sie zugehen, falls es allein nicht zur Regierung reicht und Koalitionen notwendig werden sollten. Wer diese anderen dann sein sollen oder könnten, darüber schweigt Martin Schulz geflissentlich, obwohl er sie natürlich kennt. Das soll aber das vorab verlangte Vertrauen freilich nicht schmälern. Viel zugemutet und erwartet auf einmal.

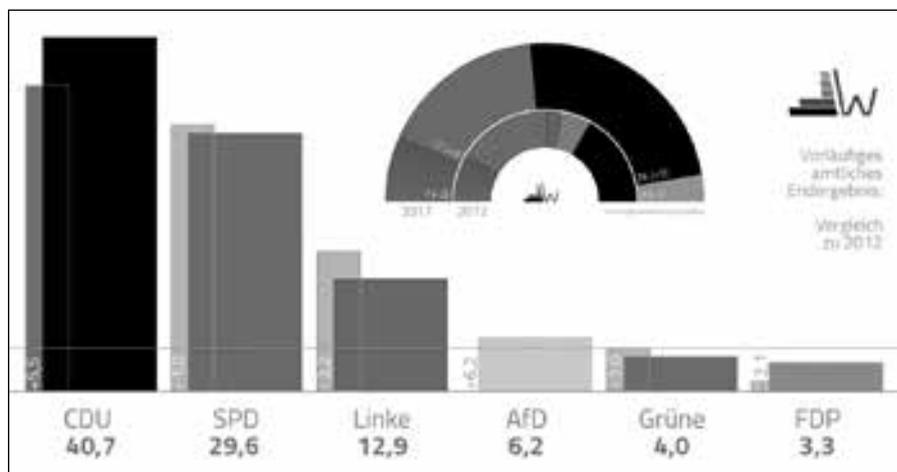
Schon Schulz' Nominierung war ein kurioser Alleinritt des ehemaligen Parteivorsitzenden und als möglichem Kanzlerkandidaten zurückgetretenen engen Schulz-Freundes Sigmar Gabriel, der sich und die Partei damit von einer quälenden Tonnenlast befreite und mit dem Außenministeramt selbst belohnte. Nach zwei von ihm in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen zu seinen ermittelten dürrtigen Wahl-Chancen und angeblich nur mit wenigen Partei-Vertrauten (Olaf Scholz, Hamburg; Hannelore Kraft, NRW; M. Schulz selbst) und dem Magazin *STERN* abgesprachen und abgestimmt, der in der vierten Woche mit dem Gabriel-Interview zu seinem Rücktritt und seiner Politikanalyse in die Schlagzeilen platzte. Dem *SPIEGEL* blieb nur das Nachsehen, der lediglich mit der Überschrift „Sankt Martin“ ironisch nachtiteln konnte.

Aufwärtstrend im Umfragespiegel

Gemäß den von *ARD-Deutschland Trend* für den 24. 2. ermittelten Zahlen stieg bei der Sonntagsfrage, welche Partei aktuell gewählt werden würde, der Wert für die SPD nach Bekanntgabe der Schulz-Kandidatur auf fast sagenhafte 32(20) Punkte, der der CDU/CSU fiel auf 31(37), Die Linke stand bei 7(9), Grüne bei 8(9), die AfD fiel zurück auf 11(15) und die FDP stand bei stabilen 6(5) Prozent-Punkten (in Klammern die Werte vom Januar). Auffallend ist, wie rasant die Zahlen sich momentan verändern. Sie sind natürlich zunächst vor allem als Momentaufnahme eines politisch eher naiven „Schulz-Reflexes“ zu bewerten, bis zum Herbst ist es noch ein ganzes halbes Jahr, in dem vieles passieren und sich aufgrund heutzutage spon-

taner Wechselwählerschaften bis kurz vor Wahltermine noch ändern kann. Bei der Sympathiefrage für die Kanzlerschaft liegt Schulz jetzt mit 50 zu 34 Prozent klar vor Merkel (*ARD-Deutschland Trend* vom Februar). Wie es dabei für eine starke SPD bzw. in Koalition mit N. N. sicher reichen soll, ist allerdings auch mit diesen positiven Werten noch fraglich und eigentlich nur diskutabel, wenn man die FDP nicht im nächsten Bundestag sieht, was immer unwahrscheinlicher wird (für Parteichef Lindner ist es die Schicksalswahl). Christliche Leihstimmen wird es bei einer Pattlage zwischen Union und SPD für die Liberalen kaum geben können. Die SPD könnte auch damit spekulieren,

und einen ähnlichen Erdrutschsieg wie etwa 1998. Aber da waren die Zeiten und Konstellationen ganz andere. Sechzehn abgenutzte Jahre Schwarz-Gelb unter einem völlig verbrauchten Gespann Kohl-Genscher waren vielen Menschen damals genug. Und nicht nur ihnen. Das Kapital und seine politische Klasse verlangte nach den immensen Kosten der Vereinigung und bei veränderter globaler Marktlage nach neuen wirtschaftsförderlichen Rezepten des Sozialsparens und weiterer Neoliberalisierung und Deregulierung der „sozialen Marktwirtschaft“, jenem „Kosename für Kapitalismus“ (C. Butterwege). Da kam ihnen eine SPD auf dem Weg zurück zur Macht mit ihrem



Ergebnisse der Landtagswahl in Saarland

den Stiel einfach einmal umzudrehen und stärkste Partnerin in einer Koalition mit der Union zu sein. Es könnte u. U. aber auch knapp für eine Dreierkoalition CDU, Grüne und FDP (sog. Jamaika-Koalition) reichen. CDU und Grüne experimentieren auf Länderebene schon länger mit Bündnissen. In Hessen bilden sie aktuell in kleiner Koalition eine Regierung, in Baden-Württemberg sind die Grünen sogar der stärkere Partner in einer Koalition mit der CDU. Im ungünstigen Fall könnte es also durchaus auch passieren, dass die SPD im Herbst zur stärksten Kraft wird – in der Opposition. Und Schulz' tiefer Fall nach rasantem Aufstieg ist durchaus auch noch denkbar.

Gibt es „Wunder“ immer wieder?

Nichtsdestotrotz hofft man in der SPD mit „Sankt Martin“ auf Wunder

Schröderschen Modernisierungskurs gerade recht. Martin Schulz, seit 1999 dienstältestes SPD-Präsidiumsmitglied und daher immer vorne mit dabei, und einer dieser Modernisierer vom rechten Parteiflügel, war von 1987 bis 1998 Bürgermeister der Aachener Nordostvorstadt Würselen (heute ca. 39.000 Einw.), wo er heute auch noch wohnt. Seine demokratischen Basislehrjahre, wie er in Interviews nicht ohne Stolz eingesteht. Denn, so Schulz, alle Gesetzgebung im Bund und Probleme mit Mieten, Bildung, Bauen&Wohnraum, Industrieansiedlung, Arbeitsplätzen, Kindergärten usw. kämen schließlich in der Kommune an, liefen da zusammen und müssten dort praktisch umgesetzt und geregelt werden. Da käme man notgedrungen in nahen Kontakt zu den Menschen. Es trifft also so wie viele von der Presse zuerst unkten nicht zu, dass Schulz über gar keine innenpolitische Erfahrung

und Kompetenz verfüge. Aber das ist auch schon wieder fast 20 Jahre her, seither hat sich in Deutschland vieles verändert.

Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001-2015, Irak und Agenda 2010

Den Menschen blieb zunächst noch weitgehend verborgen, was unter Schröder-Fischer während der zweiten Legislatur ab 2003 im Konzert mit der Hartz IV-Kommission als grundsätzliche Arbeits- und Sozialreform, Agenda 2010 genannt, über sie kommen sollte. Schulz steht dazu, dass damals unter Schröder die BRD „fit gemacht wurde für die Zukunft“. Das sieht auch Frau Merkel so. Vom Journalisten Frey (*Was nun? ZDF*) konkreter zu einer möglichen Revision der Agenda befragt, verwies er darauf, dass sie eine Diskussion des Jahres 2003 war, er aber wolle jetzt über die Erfordernisse der Zukunft sprechen. Sprach's und beließ es dabei ohne diese zu präzisieren. Deutlicher konnte Schulz seine Position in diesem Punkt nicht zugeben bzw. einer klärenden Antwort ausweichen. Vertrauensvorschuss verlangt aber gerade klares Stellung beziehen, auch wenn's unangenehm ist.

Den fatalen Fehler 1999 der aktiven militärischen Beteiligung mit Bombardements (Luftschlägen) am NATO-Jugoslawienkrieg zur Durchsetzung der Kosovo-Sezession wollte Rot-Grün nicht wiederholen. Man beteiligte sich – außer natürlich als verpflichteter Bündnispartner auf der Nachschubdrehscheibe und im Marine-Geleitschutz für US-Kriegsschiffe – nicht mehr direkt am nächsten Krieg der USA und seiner willigen Koalitionäre im Irak 2002/03. Und zeigte sich seitens des Außenministers Fischer „not convinced“ (nicht überzeugt) von den fragwürdigen „Beweisen“ von Bush, Blair und ihren Generälen als Rechtfertigung für eine Intervention gegen die angeblichen „Massenvernichtungswaffen“ des irakischen Machthabers Saddam Hussein. So und mit Schröders wirksamer Selbstdarstellung als „Katastrophenmanager“ bei den Überschwemmungen in Ostdeutschland im Sommer 2002 rettete sich Rot-Grün gegen den Unionskandidaten Stoiber mit einem knappen Sieg noch

mal bei der Bundestagswahl über die Runde. Obwohl man noch 2001 in Reaktion auf New York/Washington DC 9/11 mit regulären Bundeswehreliteinheiten mit in den Afghanistankrieg der USA gezogen ist, dort als Besatzungsarmee mit mehreren tausend Soldaten in drei Feldstützpunkten die Kriegsflanke im Norden des Landes abdeckte und sich aktiv in Kämpfe begab.

SPD im radikalen gesellschaftlichen Wandel

Die „Facharbeiter-SPD“ verlor ab Mitte der 1970er Jahre mit den einsetzenden und sich verschärfenden wirtschaftlichen Krisen (Ölkrise 1973, Stahl- und Kohlekrise, globale Konkurrenz, Automatisierung und Mikroelektronisierung in der 3. industriellen Revolution) allmählich ihre starke traditionelle Basis in der ArbeiterInnenschaft. Im einst roten Ruhrgebiet gibt es heute keine SPD-Bastion mehr, sondern entstand eine zumeist konservative SPD-Wechselklientel. Die Arbeitslosenquote beträgt mit offiziell 11 Prozent mit die höchste in der Republik. In die ehemaligen Werkshallen von Opel Bochum ist ein Logistikzentrum eingezogen. Im Saarland, des einstigen linken SPDlers und jetzigen Linksparteilers Oskar Lafontaines Stamm-land, regiert schon länger die CDU mit wechselnden Koalitionen (seit 2012 CDU-SPD). Große Werften in Norddeutschland (Emden, Bremen, Hamburg, Kiel) mit traditionellen sozialdemokratischen Verankerungen mussten in den 1980er Jahren aufgeben und z. T. komplett schließen. Ersatzarbeitsplätze wie z. B. im danach neu errichteten Mercedeswerk in Bremen gab es nur bedingt. Stahl aus Asien in Südkorea und Japan war für Europa trotz der langen Transportwege deutlich billiger. Viele ältere Arbeitnehmer wechselten in vorgezogene Ruhestände, ließen sich abfinden, nahmen Rentenabzüge in Kauf. Traditionelle soziale Arbeitswelten, kulturelle proletarische Milieus und damit solidarische Bande gingen verloren. Die Arbeitslosigkeit nahm in bestimmten Teilen Westdeutschlands in Millionenhöhe dramatisch zu. Ein fester Sockel von Langzeitarbeitslosen entstand. Vie-

le deutsche Großunternehmen wie Klöckner Stahl in Bremen (heute Teil von ArcelorMittal, weltgrößter transnationaler Stahlkonzern) gingen in die Hände und Verfügung ausländischer Konzerne über, die scharfen Konkurrenten Krupp und Thyssen fusionierten zum Übermonopol. Solidarisches und gewerkschaftliches Handeln wurde auf internationaler Konkurrenzebene zunehmend schwieriger. Arbeiterwiderstand und Streiks (Rheinbrückenblockade in Rheinhausen, längste Betriebsbesetzung bei Seidel/Portland-Zement, Erwitte), so wichtig sie in vielen Bereichen wie Metall, Chemie, Bau und öffentlicher Dienstleistung waren, gelangten kaum an den Punkt, wo sie die Systemfrage berührten oder gar stellen konnten. Als Partei verlor die SPD mit der Zunahme der Umweltprobleme und im Zug der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands (NATO-Doppelbeschluss 1979 unter Helmut Schmidt) im Kalten Krieg auf Dauer ihren kritischen linken Flügel, der sich z. T. zunächst als grüne Öko-Bewegung abgespaltete und von auf dem „langen Marsch“ steckengebliebenen ehemals studentischen GenossInnen und früheren ultralinken Aktivisten aus sog. K-Gruppen verstärkt zur grünen Partei neu bildete. Sie zog 1983 erstmals in den Bundestag ein, wo sie sich bis heute zu vielen Fragen in rasantem Tempo intern säuberte (von radikalen Linken wie Jutta Ditzfurth, Rainer Trampert oder Thomas Ebermann trennte), verbürgerlichte und gesellschaftlich bis zur Koalitionsfähigkeit mit der CDU weitgehend anpasste und entstellte.

Der große Einschnitt

Eine wesentliche historische Zäsur war dann das Ende des alten Ost-West-Konflikts, der rapide Zerfall der Sowjetunion und des sozialistischen Staaten-Blocks und die dadurch mögliche deutsche Vereinigung 1990. Der Kapitalismus feierte seinen Systemsieg und alleiniges globales Überleben, selbst im roten China. Gegen eine Geschichte von Klassenkämpfen wurde ihr Ende propagiert. Eine sozialistische Idee und Perspektive schien ein für alle mal ausgedient zu haben. Mit

der späten Verwirklichung deutscher Einheit konnten sich CDU/CSU und FDP, die eigentlich Ende der 80er Jahre schon für eine Ablösung reif waren, getragen von einer konservativ-patriotischen Grundstimmung noch einmal acht weitere Jahre an der politischen Macht halten. Man erntete nationalpatriotisch und konservativ ab, wozu die sozialliberale Koalition mit Ostpolitik, Wandel durch Annäherung und einer Aussöhnung mit Polen (Brandts Kniefall in Warschau) den Grundstock und die Saat gelegt hatte. An Brandts mahnende Worte, dass erst noch zusammenwachsen müsse, was zusammen gehört, sei hier erinnert, während Kohl und Co. „blühende Landschaften“ für alle im Osten versprochen, die zu blühenden weitgehend nur für das investierende gesamtdeutsche wie internationale Kapital auf der Suche nach neuen Anlagen und Aktienrenditen wurde. Vielen Beschäftigten hingegen blühten Entlassungen und Arbeitslosigkeit. Ein kurzzeitiger wirtschaftlicher Boom ähnlich jedoch nur einer Konjunkturblase war die Folge. Ein neues „Wirtschaftswunder“ wie noch nach dem Zweiten Weltkrieg aber blieb aus. Die größere BRD musste für den abgewickelten Osten nach dem Ende der Treuhand 1994 zwangsweise ihren eigenen Milliarden schweren „Marshallplan“ unter Einsatz der Rentenreserve West entwickeln (Solidaritätszuschlag, Subventionen), mit dem man vorerst für Jahre beschäftigt war und für größere internationale Machtambitionen weder Zeit noch finanziellen Spielraum hatte, was sich um die Jahrtausendwende dann allmählich mit der Übernahme „wachsender“ internationaler (militärischer) „Verantwortung“ anders darstellte.

Die Ausgangslage für die SPD heute

Kennzeichnend für die Gegenwart ist eine Abfolge von anhaltenden internationalen Krisen und

kriegerischen Konflikten, von der nachwirkenden Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis zur EU- und weltweiten Flüchtlingskrise. Mit einem damit einhergehenden Erstarren rechtsnationaler Parteien und Aufkommen populistisch-reaktionärer Strömungen in vielen Bevölkerungen sowie Bedrohungen von außen durch einen terroristischen Kampf aus den durch Kriege und Konflikte teils verheerend verwüsteten Peripherien gegen die westlichen Metropolen. Hinzu kommt noch seit Trumps Wahlsieg in den USA und seiner Rechtsregierung eine gewisse neue transatlantische



Verunsicherung, die im Konzert mit Brexit und möglicher neuer Annäherung USA-Russland die Bedeutung einer starken deutschen Führungsmacht (auch militärisch) in Europa eher erhöhen wird. Seit 1998, als die SPD mit Schröder die historische Kleine Koalition mit den Grünen unter Fischer bilden konnte, verlor sie kontinuierlich ungefähr 10 Millionen ihrer WählerInnen und bereits seit 1990 500.000 Mitglieder (von fast 1 Mio. auf unter 500.000). Der Anteil der Arbeiter unter den SPD-Mitgliedern sank von 1930 knapp 60 auf 2009 noch 16 Prozent, der der Angestellten erhöhte sich von 10 auf 30 Prozent. Die letzten beiden Kanzlerkandidaturen von Steinmeier und Steinbrück waren von Beginn an aussichtslos Fehlschläge. Ein nach 1998 unter

Schröder angestrebtes „Bündnis für Arbeit“ ähnlich der konzentrierten Aktion schlug bald fehl. Es bildete sich vor allem aus Protest gegen das Agenda 2010-Regime eine aus knapp 9.000 Mitgliedern bestehende Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) aus meist unzufriedenen linken SozialdemokratInnen, z. T. aus der SPD ausgetretenen linken Intellektuellen, kritischen GewerkschafterInnen, und Mitgliedern aus Sozialen Bewegungen (attac) die sich 2007 mit der DDR-Staatsrätin PDS zusammen zur Partei Die Linke vereinigte. Damit wurde diese

auch eine linke Partei mit wenn auch bescheidenem organisiertem Anhang im Westen Deutschlands. Die Linkspartei kommt seither bei Bundestagswahlen auf ein stabiles Gesamtpotenzial zwischen 7 und 10 Prozent, das ausreicht, um die SPD vor das Dauerproblem zu stellen, entweder ohne sie nicht oder nur in einer Großen Koalition mit der CDU/CSU gegen sie mitregieren zu können, was nun mit Ausnahme von 2009 bis 2013 seit 15 Jahren der Fall ist. Und in diese Zeit der Notkoalitionen gegen links fällt auch ihr dramatischster Mitglieder- und AnhängerInnen-Schwund seit ihrem Bestehen. Da

sind die seit Martin Schulz' Antritt als Kanzlerkandidat und neuer Parteivorsitzender verzeichneten etwa 6.000 online-Neueintritte in die Partei weniger als ein Tröpfchen auf den heißen Stein. 2013 bestand noch rein rechnerisch die Möglichkeit einer Mitte-Links-Koalition aus SPD, Grünen und der Linken, die nicht genutzt wurde. Die AfD, die mittlerweile das Achsensystem der Parteien deutlich nach rechts verschiebt, damals mit ihrem Vorsitzenden Lucke noch eine rechtslastige, wirtschaftsliberale eurogegnerische Professoren-Partei, schrammte mit gerade mal fehlenden 120.000 Stimmen (4,7 %) am Einzug in den Bundestag noch vorbei. Die sich wieder zu regenerieren scheinende FDP verfehlte ebenfalls die 5-Prozent-Hürde, sackte in den 2-3 Prozent-

Keller ab. Voraussichtlich werden im nächsten Bundestag ab Herbst 2017 sicher sechs, wenn nicht mit einer wieder erstarkten FDP sieben Parteien vertreten sein, was auch Folgen für die Anzahl der Sitze jeder Partei im Parlament haben wird. In den Länderparlamenten existieren zur Zeit nicht weniger als elf unterschiedliche Koalitionen. In Brandenburg, Berlin und Thüringen gibt es Regierungen mit Beteiligung bzw. Führung der Linkspartei (PDL).

Schulz – ein glaubwürdiger Kandidat?

Subjektiv menschlich mag man diesen Eindruck von ihm vielleicht haben, mehr als von manch anderen verschlissenen Politikern. Er wirkt entschlossen, forsch und selbstbewusst, einen anderen als diesen Eindruck und solchen eines bemüht redlichen Charakters kann und darf er auch gar nicht hinterlassen. Er will und muss einen Ruck durch die SPD initiieren und sich für die von ihm auffallend häufig angesprochenen „hart arbeitenden Menschen“ der produktiven gesellschaftlichen Mitte, „die sich an die (Steuer-)Regeln halten“, in diesem Land als wählbar anbieten. In Merkels Reden heißt das fast gleichlautend die „fleißigen Menschen“ in den Mittelpunkt stellen. Das macht also noch nicht den Unterschied. Themen, die ihm (und der SPD) wichtig sind, hat er mit mehr Steuergerechtigkeit (Kampf gegen Steuerflucht) und mehr innerer Sicherheit gegen die Angst der Menschen bisher nur vage umrissen und angedeutet, ohne den internen Diskussionen auf den nächsten Parteitag im März (Kandidatenwahl) und Mai vorzugreifen, die sich dann programmatisch niederschlagen werden. Schulz betont, es sei ein Fehler gewesen, die Agenda 2010 zu betreiben, ohne gleichzeitig den festen Mindestlohn zu etablieren. Sein Freund Schröder brüstete sich 2005 beim Davoser Weltforum noch, Deutschland habe den größten Niedriglohnsektor, in dem sich heute ca. acht bis zehn Millionen Beschäftigte wiederfinden. Allein 1,2 Millionen sind sog. AufstockerInnen, die Hartz IV-

Leistungen beziehen müssen, um auf das Armuts-Existenzminimum zu kommen.

Die SPD ist derzeit im Bund eine um 30 Prozent schwankende Partei. Die Mindestvorgabe als Ziel ist offenbar 30 Prozent plus X. Ihre möglichen alternativen Koalitionspartner sind lediglich die Grünen und die Linkspartei, obwohl sie aktuell ausgerechnet auch von dort ihre Zuwachsrate bezieht. Wahlen werden laut Schulz „in der Mitte“ gewonnen. Deutlichere Einbrüche kann er daher nur im größeren Umfang bei der Union und im Nichtwählerlager erzielen. Weitere Überlegungen hierzu sind zum jetzigen Zeitpunkt lediglich müßige Rechenexempel.

Schulz – ein harter EU-Parlamentarier

Fraglich ist auch, ob die im Titel angesprochene Schwalbe auch wirklich eine ist oder nur etwas anderes getarnt im Schwabengefieder. Martin Schulz, EU-Parlamentarier seit 1994, ist zwar kein Anhänger offensiver restriktiver Flüchtlingspolitik, trägt aber den sehr fragwürdigen EU-Türkei-Plan von Ende 2015 zur Sicherung der Außengrenzen bisher mit. Der Eurokrat Schulz erwies sich im Amt als erster, richtig gewählter EU-Parlamentspräsident von 2012 bis 2016 nicht gerade als der Anwalt der Bedürftigen und Armen. Er tritt für sog. Eurobonds (Staatsanleihen) zur Schuldentilgung von EU-Mitgliedern ein, die auch in der Linkspartei (Ernst, Gysi, Lafontaine) befürwortet werden, die letztlich nur den Finanzeliten zugute kämen unter Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung. Mit dem konservativen EU-Kommissionspräsidenten Juncker verband ihn eine Art Hass-Liebe, mal zogen sie an einem Strang, mal kamen sie sich ins Gehege. Schulz vertrat die EU-Austeritätspolitik gegenüber Griechenland und anderen südlichen EU-Ländern entschlossen mit und pochte auf die nationale Umsetzung des EU-Spardiktats. Er ist für mehr, das kann ohne grundlegende EU-Reform nur heißen, eine noch bürokratischere, abgehobene, nicht für eine EU näher zu den Menschen.

Gegen die Bitte um Vertrauensvorschuss steht die Tatsache, dass sich viele Menschen von Parteien wie der SPD zu oft schon getäuscht sahen und real enttäuscht wurden, man nehme nur das Beispiel 1998. Die Agenda 2010 war der letzte große Vertrauensbruch für die heute Millionen sozial Benachteiligten und prekär Beschäftigten, die hart arbeitenden MinijobberInnen, völlig unzureichend Niedrig- und Mindestentlohnenden und Leiharbeitenden mit befristeten Werkverträgen in schlechten Jobs am Rand der Arbeitsgesellschaft und Armutsgrenze. Sie sind es vor allem, die trotz harter Maloche und belastender Mehrfachbeschäftigung auf keinen grünen Zweig mehr kommen. Diese wählen in ihrer großen Mehrheit aber schon lange nicht mehr CDU oder SPD, eher dürften sie wenn, dann zur Wechselklientel der AfD gehören, wenn sie nicht überhaupt zu den ca. 35-40 Prozent Nichtwählenden gehören. Durchgreifende Antworten oder Rezepte, wie die SPD diese für sich motivieren und mobilisieren will, hat sie und hat auch Martin Schulz bisher keine. Daran ändern alle geschickte, sozial verbrämte verbale Rhetorik und menschliche Sympathieträgerschaft nichts. Die SPD müsste jetzt sozial liefern ohne Bedingungen zu stellen. Das könnte sie in diesem Jahr auch schon bei anderen Wahlen tun wie im Saarland (März, Landtag), Schleswig-Holstein (Mai, Landtag) und NRW (Mai, Landtag). Dort hat übrigens Rot-Grün keine Mehrheit mehr und hat jüngst Ministerpräsidentin Kraft (SPD) der Linkspartei (z. Zt. bei 6-7 %) bereits eine klare Absage erteilt, die sie für nicht mitregierungsfähig erklärte. Sofern Rot-Grün trotz Schulz-Bonus nicht ganz abgelöst wird, bevorzugt sie offenbar ein Ampelbündnis à la Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz mit Rot-Grün-Gelb.

Was ist links im Wahljahr?

Zum Schluss nur ein paar orientierende Anmerkungen: Zur Zeit wäre ein Rot-Rot-Grünes Bündnis auf Bundesebene trotz Schulz-Aufwinds noch deutlich von einer Mehrheit entfernt. Auch wenn es

rechnerisch anders wäre, ist so etwas wie ein gemeinsames gesellschaftliches Reformprojekt der drei Parteien weit und breit nicht erkennbar. Mit Rücksicht auf ihre klare Werbung in die angepeilte bürgerliche Mitte als Konkurrentin zur Union, will die SPD hier offenbar erst so spät wie möglich Farbe bekennen, womit sie sich selbst in einen Widerspruch manövriert. Die antikapitalistisch-sozialistische und marxistische Linke in der BRD muss jenseits der SPD und koalitionsärer Gedankenspiele einer Sahara Wagenknecht eine eigene politische Kraft ausbilden und darstellen. In Berlin stimmten jüngst rund zehn Prozent der 4.000 PDL-Mitglieder gegen den Koalitionsvertrag mit SPD und Grünen.

Unverzichtbare Prüfsteine für eine an einer möglichen Koalition im Bund mit der SPD pragmatisch orientierte Linkspartei können nur das entschiedene sozialdemokratische Revidieren und Abrücken von der Agenda 2010 (nicht nur Korrekturen, wie jetzt von Schulz angekündigt!) und neue Antworten auf die sozialen Fragen im Sinne der Betroffenen und Benachteiligten sein. Die schwammige, oft missbrauchte Formel „mehr soziale Gerechtigkeit“ reicht als abgegriffenes Schlagwort nicht aus und müsste durch sicht- und materiell spürbare Konturen im immer schwieriger zu bewältigenden Alltag gerade vieler ausgegrenzter und abgehängter Menschen konkretisiert werden. Die „Rente mit 67“ ist zurückzunehmen. Alles andere wäre täuschende hohle Phrase. Ebenso kann es in der Frage von Krieg und Frieden keinerlei Zugeständnisse und Kompromisse geben, die unter Missachtung des Kriegsverbots und Friedensgebots des Grundgesetzes erneut in irgendwelche künftigen deutschen Kriegsbeteiligungen oder -unterstützungen führen, die nur Not und Elend über andere Völker bringen und Menschen unter großen existenziellen Risiken zu Fluchten in benachbarte oder entfernte Länder zwingen. Rückzug der deutschen „Armee im Einsatz“ aus allen Kriegsgebieten, keine Bundeswehrstationierung in NATO-Bataillonen in Osteuropa (Litauen) und Ab- nicht Aufrüstung sind das

Gebot der Stunde. Solches kommt so in Schulz' Reden aber bisher nicht vor. Das Los der Menschen kann nicht davon abhängen, ob eine SPD noch so verlockende soziale Propaganda macht, um wieder ganz an die Macht zu gelangen. Kritisches, hinterfragendes Misstrauen und wo immer möglich zur Rede stellen der zur Wahl antretenden PolitikerInnen bleibt angebracht.

EK/HB, 26.2.2017

Literatur/Quellen:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.): *Weißbuch Arbeiten 4.0*. Berlin 2016. Als Text seit 22.2.2017 verfügbar über: www.weissbucharbeitenviernull.de/dialogprozess/weissbuch.html

Bernd Faulenbach: *Geschichte der SPD Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München 2012

Georg Fülberth: *Sozialismus*, Köln 2010

ders.: *Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945*. Köln 2007

Axel Kuhn: *Die deutsche Arbeiterbewegung*. Stuttgart 2004

Ernest Mandel: *Die Krise. Weltwirtschaft 1974-1986*. Hamburg 1987

Rote Fahne, Magazin der MLPD, Heft 4/17.2.2017 zum Thema: Martin Schulz - Der neue Heilsbringer? (S. 12-25)

Franz Walter: *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*. Frankfurt 2013 (2. Aufl.)

ders.: *Die SPD. Biographie einer Partei*. Reinbek bei Hamburg, 2009 (3., erw. Neuaufl.)

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Fakten über den Brexit

Die Antwort vieler derjenigen, die wollten, dass das Referendum mit einer Wahl für das Verbleiben enden sollte, war, dass sie die für ein Verlassen Stimmenden als „Rassisten“ und „Ungebildete“ bezeichneten. In den Monaten, die seither vergangen sind, zeigten Untersuchungen, dass „Souveränität“ das Hauptthema war, d.h., dass Entscheidungen, die Großbritannien betreffen, hierzulande getroffen werden sollten und nicht von einer Kommission irgendwo, die nicht gewählt ist. Kontrolle der Einwanderung war das wichtigste Thema für ein Drittel der Wähler, allerdings sagten alle, die für einen Austritt stimmten, dass Souveränität, Einwanderung und die Wirtschaft die entscheidenden Themen seien. Der Großteil derjenigen, die für den Austritt stimmten, waren Menschen aus der Arbeiterklasse aus den alten, jetzt deindustrialisierten Regionen in Norden von England, während der Südosten und die Region von Groß-London für einen Verbleib stimmten. Dafür gibt es einen einfachen Grund, nämlich, dass der Reichtum des Landes, der in der Vergangenheit in den nördlichen Regionen geschaffen wurde, sich nach Südosten begeben hat.

Bristol und ein paar Städte im Norden stimmten für ein Verbleiben. Das kann durch eine Aufgliederung der Stimmen, z.B. In Manchester, erklärt werden, wo das Arbeiterzentrum in der City für ein Raus stimmte, wogegen die reicheren Vororte für das Bleiben stimmten. Natürlich besitzen Leute aus der Arbeiterklasse keine Häuser in der Toskana, in Südfrankreich oder an einer der spanischen „Costas“.

Ich war an keiner Universität, bin demnach „ungebildet“ und mit meinen 74 Jahren bin ich also „alt“, eine andere Kategorie, die für Raus-Abstimmung verantwortlich gemacht wird. Ältere Menschen erinnern sich an bessere Zeiten und nach über 40 Jahren Erfahrung mit der EU können wir eine Bilanz aufstellen. Von den späten 1950er Jahren an, mit dem Ende der Rationierungen aus der Kriegszeit, wurde das Leben besser, besseres Essen war verfügbar, ein

ökonomischer Boom sicherte Vollbeschäftigung, der Lebensstandard verbesserte sich und man konnte viele Konsumgüter kaufen. Der Beitritt zur damaligen EWG 1973 hatte große Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise. Fleisch z.B. wurde nicht mehr aus Argentinien, Neuseeland usw. eingeführt und wurde dadurch viel teurer. Fisch, von dem wir umgeben sind, wurde viel teurer, da die Fischindustrie zusammenbrach, weil die Fischgründe an andere EWG-Länder gegeben wurden. Die einzige gute Sache, an die ich mich in Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft erinnere, war die Möglichkeit, in anderen Mitgliedsländern zu arbeiten.

In den 1980ern, als das neoliberale Deindustrialisierungsprojekt erst am Anfang stand, hatten wir die „soziale Dimension“ der Jacques-Delors-Ära im Europäischen Rat, in der Rechte und alle Arten von Wohltaten eingeführt wurden. Die britischen Gewerkschaften unterstützten diesen Kurs, als Sicherheit gegen Thatchers neoliberales Projekt – sie haßte Delors. Aber seit damals hat die EU selbst eine neoliberale Politik übernommen. EU-Vorschriften erlauben es Fähren zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich, polnische Seeleute für geringere Löhne zu beschäftigen anstelle von irischen. Ebenso beschäftigen Fähren in Schottland jetzt Seeleute aus Litauen zu einem Bruchteil der Löhne für britische Seeleute. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass in einer Reihe von EU-Ländern der Postdienst sich ständig verschlechtert, die Preise aber dramatisch angestiegen sind, was wiederum den Privatisierungs- und Wettbewerbsgesetzen der EU zu verdanken ist.

Das Abstimmungsergebnis, die EU zu verlassen – es hatten sich zwei Millionen mehr registrieren lassen als bei der allgemeinen Parlamentswahl 2015 – war ein Protest sowohl gegen die Politiker in London als auch gegen die EU, von Leuten, die sich vergessen vorkommen. Ein Wähler in Nordwest-England sagte: „Die Dinge können schwerlich schlechter werden außerhalb der EU, und vielleicht werden sie besser.“

m.j. , 7. Februar 2017

Israelische Einmischung in

Im Januar wurde Shai Masot, ein Beamter der israelischen Botschaft in London, von Al Jazeera heimlich dabei gefilmt, als er darüber diskutierte, wie man einige Tory-Abgeordneten, die in untergeordneten Positionen im Außenministerium arbeiten und die Gegner der Politik Israels in Bezug auf die Palästinenser sind, heruntermachen könne. Masot sprach darüber, Jugendorganisationen zu gründen, die mit Labour verbunden sind. Diese sollen dem Namen nach unabhängig sein, aber in Wirklichkeit von Israel kontrolliert und finanziert werden. Er sprach davon, Tory-Abgeordnete würden ihre Gruppe der Freunde Israels unterstützen, während Labour-Abgeordnete nicht länger die "Labour Friends of Israel" (LFI) unterstützen, wie das früher üblich war. Er erwähnte, dass ein Betrag von einer Million Pfund zur Verfügung stehe, um Labour-Abgeordneten und Studenten kostenlose Besuche in Israel zu ermöglichen.

Der Film zeigte auch, wie Michael Rubin, der Verantwortliche für parlamentarische Angelegenheiten des LFI und frühere Labour-Studentenführer, bestätigte, dass er mit Masot "sehr eng im Hintergrund" gearbeitet habe, und dass Geld von der israelischen Botschaft zur Verfügung gestellt wurde. Masot wurde zusammen mit Jeremy Newmark fotografiert, dem Vorsitzenden des Jewish Labour Movement (früher als Poale Zion bekannt), einem Partner der Labour Party, auf deren Parteitag 2016. Jeremy Corbyn wurde inzwischen von Masot als "wahnsinnig" beschrieben und seine Anhänger als "Spinner" und "Extremisten".

Glyn Secker, der Sekretär von "free Speech on Israel" [frei über Israel sprechen], und eine führende Figur bei Jews for Justice for Palestinians, wurde am 17. Januar vom "Morning Star" interviewt, der Tageszeitung der Communist Party of Britain. *) Er sprach über die enge Beziehung zwischen der Botschaft Israels und der LFI und von der Finanzierung von Besuchen in Israel durch den Staat Israel, wobei Besuchern ein Bild der Besetzung von palästinensischem Land

die britische Politik

vermittelt wird, welches dem Regime vorteilhaft ist. Er bestätigte auch, dass Israel in jüdische Vereinigungen von Universitätsstudenten investiert hat.

Secker sprach auch über die Kampagne in der Labour Party durch Unterstützer des israelischen Regimes, jene, die palästinensische Rechte verteidigen, als "Antisemiten" abzustempeln., d.h. die Linke im Allgemeinen und die Anhänger von Corbyn im Besonderen. Secker unterstützte die Forderung nach einer vollständigen unabhängigen Untersuchung der Aktivitäten der israelischen Botschaft und der durch sie beauftragten Organisationen. Die Regierung, scharf darauf, alles zu tun, um Donald Trump zu gefallen, möchte Israel nicht kritisieren. So spielte sie Masots Aktivitäten also herunter, während die Botschaft ihn verleugnete und ihn nach Hause schickte.

2016 kam Mark Regev als neuer israelischer Botschafter nach London. Ich vermutete, dass wir schmutzige Tricks erleben würden. Er spricht gut Englisch. In der Vergangenheit war er Pressesprecher der Regierung während Israels Kriegen gewesen. Er diskutierte Handlungen weg, die als Kriegsverbrechen angesehen wurden. Er wurde als Lügner entlarvt, nachdem ein Film über die Bombardierung von Zivilisten im Libanon gezeigt wurde, der scheinbar das Bombardement widerlegte. Es stellte sich heraus, dass es ein Film aus einem früheren Krieg war. Ich hat-

te immer den Verdacht, dass an der "Antisemitismus"-Kampagne, die geführt wird, um Corbyn und die Labour-Linke zu diskreditieren, die israelische Botschaft verstrickt war, wenn sie nicht dort sogar ihren Ursprung hatte. Die Enthüllung über Shai Masot und seine Aktivitäten kann diesen Glauben nur stärken. Jüdische Kritiker der Taten Israels gegenüber den Palästinensern, wie Glyn Secker, wollen, dass die LFI die Vorgehensweise bei den Treffen und Unterhaltungen mit Masot und anderen bei der israelischen Botschaft Beschäftigten offenlegt, aber ich bezweifle, dass wir sehen werden, dass das geschieht.

m.j. , 7. Februar 2017

*) Anmerkung:

Die CPB war keine „Abspaltung“ von der CPBG. Mitte der 1980er Jahre war die CPBG unter der Führung der eurokommunistischen Strömung, die die Zeitschrift „Marxism Today“ benutzt hatte, um ihr Ideal auszudrücken.. Sie schlossen Gegner aus, die an einer Politik des Klassenkampfes festhielten. Weil der täglich erscheinende „Morning Star“ eine Kooperative ist, die linken Sozialisten und Gewerkschaftern gehört, waren diese in der Lage, eine neue CPB mit einer Tageszeitung etablieren. Die Eurokommunisten lösten die CPBG auf. Heute halten sie oft konservative oder liberale Ansichten in den Medien hoch.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 194 Winter 2016, 36 S.

- In Zeiten der Cholera
- Zur Faschismuskritik
- Überlegungen zur Revolution
- Ist die Türkei auf dem Weg zum Faschismus?
- Zum Ausgang des Brexit-Referendums
- Kolumbien zwischen Skepsis und Hoffnung
- 1939: Bericht eines aus Spanien zurückgekehrten KPO-Genossen

Nr. 193 Herbst 2015, 36 S.

- Abschrecken, rüsten, Krieg führen
- Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 2
- Tschechien vor der Wahl
- Zum Spanischen Bürgerkrieg

Nr. 192 Sommer 2016, 44 S.

- Union-Busting – Lügen, bespitzeln zermürben...
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil III
- Unsere Frühjahrsseminar
- Die Krisen Europas
- Türkei – ein idealer Feind und Partner
- Presse, Meinungsfreiheit und die Information als Ware
- Österreich: Hofer verhindert – die FPÖ bleibt!
- Gewaltlosigkeit und Klassenkampf, Rezension

Nr. 191 Frühjahr 2016, 44 S.

- Zu aktuellen innen- und europolitischen Tendenzen
- Gedanken zum Syrienkonflikt
- Syrien – Geschichte und Gesellschaft
- Syrien – Religionen
- Eine andere Sicht auf die „Flüchtlingsfrage“
- Theodor Bergmann: Mit 100 immer noch ein Kämpfer
- Die Parlamentswahlen in Polen
- Politische Entwicklungen in Griechenland

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Anzeige

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition
1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der
Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen
Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Herbstwahl in Tschechien: Wird sie zur Wende?

In der ersten Oktoberwoche wird in der Tschechischen Republik eine neue Abgeordnetenkammer gewählt. Eine reguläre Wahl, nach einer regulären vierjährigen Legislaturperiode. Und doch könnte sie zu einer Wende werden. Dies ergibt sich aus der Entwicklung der tschechischen Innenpolitik in den letzten Jahren.

Die bisherige Regierung wird von einem Sozialdemokraten geleitet, weil die SD Sieger der letzten Parlamentswahl wurde. Die zweitstärkste Partei

jedoch entwickelte sich während der Zwischenjahre zur stärksten politischen Partei der ČR, wird mit Sicherheit die Herbstwahl gewinnen und so den politischen Kurs bestimmen.

Anfangs war es eine simple Aktivistengruppe mit dem einfachen Namen Aktion unzufriedener Bürger (im Tschechischen *Akce nespokojených občanů*, abgekürzt ANO). Ihr Gründungsvater ist ein Milliardär namens Andrej Babiš – in den Achtzigerjahren Mitglied der KP –, der „seiner“ Partei als eine „Partei der Rechten“ doch mit

„Sozialgefühl“ charakterisiert hat. (Für deutsche Leser ist es nicht ohne Interesse, dass er in Deutschland zwei Firmen besitzt: die Grossbäckerei Lieken sowie das Chemieunternehmen SKW Peteritz.) Auf Anhieb wurde „seiner“ Partei – denn seiner Meinung nach soll der Staat wie eine Firma verwaltet werden – die zweitstärkste in der Wahl und Andrej Babiš der populärste Parlamentarier. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass auch seine Vorschläge, die er auf dem letzten Parteikongress (der über's Wochenende 25.-25. Februar tagte) vorgetragen hat, bei ziemlich vielen Wählern/Wählerinnen ankommen: mit der Betonung, dass viel Geld gespart werden konnte, schlug er die Zahl der Abgeordneten von 200 auf 101 zu reduzieren und den Senat überhaupt abzuschaffen. (Kritiker wiesen am nächsten Tag darauf, wieviele negativen Ergebnisse mögliche Verwirklichung dieser Vorschläge hätte – doch da weder die Abgeordneten noch die Senatoren populär sind, wird dieser Politiker gewiss weitere Stimmen für sich buchen.)

Aus dieser wohl flüchtigen Beschreibung kann man manche Schlüsse dieser Politik ziehen. Die Februardaten der neuesten Meinungsumfrage zeigen ausserdem, dass die Popularität der ANO-Partei weiter gestiegen ist – übrigens weisen dies alle Umfragen ohne Unterbrechung auf – und die der SD ziemlich stabil doch weit hinter der ANO zurückbleibt: das Verhältnis ist 31,5 gegen 20,0. Alle anderen Parteien sind nur noch schwächer – die KP sank von 14,91 auf 10,5%, die übrige, meistens klar rechtslastig, sind noch schwächer.

Aus dieser Aufstellung wagen wir folgenden Schluss zu ziehen: da nur im – unwahrscheinlichen – Fall, alle Parteien in der neuen Abgeordnetenkammer würden sich zusammenschliessen, könnte Andrej Babiš verhindert werden Ministerpräsident zu werden. Mit 77 Abgeordneten wird seine Partei zweifellos genug Regierungspartner finden. Übrigens, weil – bisher – ein informelles Bündnis zwischen dem ANO-Parteiführer und dem Präsidenten existiert, scheint zumindest in diesem Moment der Weg zu einer politischen Wende in Tschechischen Republik klar vorgezeichnet.

Štěpán Steiger

Anzeige

Jetzt am Kiosk!

Das Magazin für Gegenkultur



Vorsicht, Weiterentwicklung! Aus dem Musikmagazin *Melodie & Rhythmus* ist eine kritische Kulturzeitschrift geworden, die sich in der aktuellen Ausgabe mit dem Thema Gegenkultur beschäftigt.

Weitere Themen sind:

- **M&R gratuliert:** Konstantin Wecker zum 70. Geburtstag – mit Joan Baez, Hannes Wader, Wenzel u. v. a.
- **Sahra Wagenknecht rezensiert:** Der Film »Der junge Karl Marx«
- **Das israelische Fotografenkollektiv Activestills berichtet:** Bildreportage zum 50. Jahrestag des Beginns des Besatzungsregimes im Westjordanland
- **Die Wahrheit über Serbien:** Vor zehn Jahren bekam Peter Handke den Berliner Heinrich-Heine-Preis

WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION

Wie schon in der „eigenen Sache“ angesprochen, bildet dieser Artikel den Anfang einer Reihe, die wir im Laufe dieses Jahres anlässlich des 100. Jahrestages der Russischen Oktoberrevolution veröffentlichen wollen. Der Artikel erschien in der Arbeiterstimme Nr. 78 im Herbst 1987 zum 70. Jahrestag. Wir drucken den Originaltext als Zeitdokument unverändert ab.

Die grundlegenden Einschätzungen teilen wir nach wie vor – sie haben nichts von ihrer Richtigkeit

eingebüßt. Der Artikel ging von der damaligen Sicht und dem noch beschränkten Informationsmaterial aus. Manche der am Anfang des Artikels getroffenen Aussagen über Notwendigkeiten und Zwangsmaßnahmen könnten den Eindruck erwecken, dass diese in ihrer Gänze unvermeidlich gewesen sind.

Dies entspricht und entsprach auch damals nicht unserer Sichtweise, wie sich aus den im weiteren Verlauf des Artikels aufgeführten Beispielen ersehen lässt.

70 Jahre Oktoberrevolution – nur noch Erinnerung an Vergangenes?



Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, März 1917

Die heutige Generation von Kommunisten und Sozialisten kann sich kaum noch vorstellen, welche ungeheure Wirkung 1917 und danach von der Oktoberrevolution in Rußland auf die Arbeiterbewegungen und breite Volksschichten in aller Welt, besonders in Europa ausging. Nahezu ein Menschenalter lang, seit der Pariser Kommune, hatte es keinen ernsthaften Anlauf mehr gegeben, die Herrschaft der besitzenden Ausbeuterklassen zu erschüttern. Seit dem blutigen Scheitern der Aufstandsbewegung in der französischen Metropole war die Verwirklichung der sozialisti-

schen Ideen in immer weitere Ferne gerückt. Sie war nicht nur von der Bourgeoisie, auch von breiten Volksmassen, nur noch als bloßer Traum betrachtet worden. Der Ausbruch des I. Weltkrieges und der Übergang der sozialdemokratischen II. Internationale in das Lager des chauvinistischen Nationalismus schien das nur zu unterstreichen. Doch im Oktober 1917 hatte nun eine zahlenmäßig kleine, aber revolutionäre Arbeiterklasse, zusammen mit dem revolutionären Teil der Bauern, im riesigen Rußland nach der Macht gegriffen. Nicht der Drang nach der Umsetzung einer Idee brachte die Millionenmassen in

Bewegung, sondern unbeschreibliches Elend infolge eines verlorenen Krieges und der Zusammenbruch einer zu Reformen unfähigen zaristischen Herrschaftsordnung. Auch die kurzlebige bürgerliche Regierung unter Kerenski konnte und wollte die Forderungen nach Frieden, Brot und Land nicht erfüllen. Die analphabetischen Massen zum Siege führen und den Aufbau des Sozialismus in Angriff nehmen, das konnte jedoch nur mittels Berufsrevolutionäre und einer streng organisierten kommunistischen Partei, den Bolschewiki, gelingen. Nicht zuletzt war es den Führungsqualitäten Lenins zu ver-

danken, wenn die Bolschewiki richtig, zum richtigen Zeitpunkt handelten. Hatte die Revolution und der Sturm auf das Winterpalais nur wenige Opfer gekostet, so brachte der anschließende Bürgerkrieg und der Einfall der Interventionstruppen der Westmächte und Japans das Land in Hungersnot und an den Rand des Ruins. Die imperialistischen Mächte konnten ihre kriegerische Intervention nicht bis zum erfolgreichen Ende führen, da sie, vom I. Weltkrieg geschwächt, in sich uneins, selbst im Inneren von Krisen geschüttelt waren und sich vor der eigenen Arbeiterklasse zu fürchten hatten.

Der Umsturz gelang auf verhältnismäßig leichte Weise, weil die herrschenden Klassen der alten Gesellschaft nicht mehr in der Lage waren, so wie bisher weiter zu regieren und die unterdrückten Klassen nicht mehr so wie bisher weiterleben konnten. Die Bolschewiki, die sich als gute Soldaten und Offiziere der Revolution bewährten, brachten für den Aufbau des Landes nicht die nötigen Voraussetzungen mit. Die Sowjet-Regierung mußte auf zaristische Fachleute und auf bäuerliche Elemente zurückgreifen, auf letztere deswegen, weil die russische Arbeiterklasse im Bürgerkrieg zerrieben worden war. Von Anfang an war es der Führung unter Lenin bewußt, daß sich Sowjetrußland gegen die starken inneren und äußeren Anfeindungen nur würde halten können, wenn die Arbeiterklassen in den industrialisierten kapitalistischen Ländern die Fahne der Weltrevolution vorantragen würden. Doch die Entwicklung kam anders. Die Massen dort, vor allem in Deutschland, ließen sich von sozialdemokratischen Parolen täuschen und im Zuge der relativen Stabilisierung des Kapitalismus schwanden die objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Strömung. Die kommunistischen Parteien, die sich teils eigenständig (in Deutsch-

land), teils im Sog der Begeisterung über die Oktoberrevolution und über den ersten Arbeiterstaat der Welt herausgebildet hatten, konnten den revolutionären Durchbruch in Europa und die Entlastung für die junge Sowjetrepublik nicht schaffen. Die Sowjetunion mußte ganz auf sich gestellt ihre Existenz verteidigen, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft beginnen. Von da her datiert



Kaum war der Bürgerkrieg zu Ende gegangen, führte eine längere Trockenperiode im Sommer 1921 zu einer entsetzlichen Hungersnot mit Millionen von Toten. Kantine im Freien.

die Degradierung der anderen kommunistischen Parteien zu Vollzugsorganen der sowjetischen Außenpolitik. Von Moskau her gesehen - das sich nun gezwungenermaßen zum „Aufbau in einem Land“ gedrängt sah - waren sie kaum zu anderem mehr nütze. Schwerwiegende Fehler oder eine falsche Politik trugen dazu bei, den Einfluß der Kommunistischen Parteien Westeuropas zu schwächen. Aus tausenden von Wunden blutend, die Verhältnisse einem Chaos gleich, zum strategischen Rückzug der „Neuen Ökonomischen Politik“ gezwungen, sagten alle Beobachter den Zusammenbruch der Sowjetrepublik voraus. Sie behielten nicht recht: das eigentlich Unmögliche geschah.

Eine gigantische historische Leistung

Die sowjetischen Völker unter der Führung der Bolschewiki konn-

ten trotz aller Schwierigkeiten und Bedrohungen ihren neuen Staat erhalten und zumindest die Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus legen. In Kraftanstrengungen ohnegleichen hat das sowjetische Volk und seine Regierung den Überfall der Nazi-Armeen zurückgeschlagen und Hitlers Herrschaft über den europäischen Kontinent verhindert. Die ganze Menschheit wurde von einem

Albtraum befreit. Die politische Landkarte in Europa wurde neu geschrieben. Die Sowjetunion konnte zwar nach dem II. Weltkrieg die Restauration des Kapitalismus in Westeuropa nicht verhindern, doch scheiterte die Rollback-Strategie des US-Imperialismus. Das Patt im Korea-Krieg markierte die Tatsache, daß die UdSSR zur zweiten Weltmacht aufgestiegen war. Im Windschatten dieser Machtbalance konnten die unter kolonialen oder halbkolonialen Verhältnissen lebenden Völker ihr Joch abschütteln, die nationale oder auch soziale Befreiung

erkämpfen. Der gesellschaftliche und ökonomische Fortschritt in der Sowjetunion ermöglichte es, die militärische Gleichwertigkeit mit den USA herzustellen: Das Atomwaffenmonopol der USA wurde gebrochen, der Weltraum erschlossen. Damit war das „amerikanische Zeitalter“, die Weltherrschaft des Imperialismus, verhindert. Einen neuen Weltkrieg konnte sich der Imperialismus nicht mehr leisten, er war - bei Strafe des eigenen Untergangs - nicht mehr führbar geworden. Der Vietnam-Krieg endete mit einer politischen Niederlage des USA-Imperialismus. Allein die Existenz der Sowjetunion zwang in der Nachkriegszeit manche kapitalistischen Regierungen zu behutsamerem Vorgehen gegenüber sozialen und demokratischen Forderungen ihrer Völker: Nach wie vor ging das Gespenst des Kommunismus um.

Auch innenpolitisch wurde in den 70 Jahren Herrschaft der Bolschewi-



Bau eines Hochofens, Donezbecken 1930

ki ungeheuer viel geschaffen, allen Mängeln und schweren Krisen die das Land heimsuchten zum Trotz. Aus einem primitiven Agrarland mit einigen industriellen Einsprengseln entstand ein Industriestaat mit der zweitstärksten Wirtschaftskraft der Welt.

Die Schwerindustrie als Grundlage des industriellen Aufbaus wurde buchstäblich aus dem Boden gestampft, die Landwirtschaft weitgehend mechanisiert. Aus der amorphen Millionenmasse ungebildeter Muschiks wurden Facharbeiter, Techniker, Wissenschaftler und Intellektuelle. Der Lebensstandard, die Kultur und die Lebensqualität der Sowjetvölker wurden in dieser Zeit enorm gehoben. Bildung und Urbanisierung haben einen beachtlichen Stand erreicht. Trotz großer Hemmnisse vor allem zur Zeit des Stalinismus ist auch die Emanzipation der Menschen fortgeschritten, mag sie auch noch unzureichend sein, wie auch die sozialistische Demokratie noch stark entwicklungsbedürftig ist.

Wer nicht von den Ursprüngen ausgeht und Vergleiche mit den wenigen Staaten in der Welt anstellt, die sich zu entwickelten kapitalistischen Industriestaaten, auf Kosten der Mehrheit der Menschheit, emporgehoben haben, legt einen falschen Maßstab an. Für den wird im Vordergrund stehen, daß es in der Sowjetunion von heute noch viele Bereiche gibt, die den Verhältnissen in den Entwicklungsländern ähneln. Der sieht nur die gegenwärtige Krise der Sowjetunion, die darin besteht, daß es in Oberbau und Basis eines neuen Sprunges vorwärts bedarf, um veraltete Strukturen abzustreifen; einer Umgestaltung, auch um mit dem rasanten Tempo der Entwicklung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern Schritt zu halten. Das Urteil über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Sowjetunion würde bei der in Armut lebenden Mehrheit der Weltbevölkerung wohl ganz anders lauten, vorausgesetzt sie wäre zu solch einem Vergleich überhaupt fähig. Anders

als viele Westeuropäer können Menschen aus Bengalen und Soweto, Indios aus Bolivien, Slumbewohner aus Mexiko und Hispanos im Süden der USA von sowjetischen Sozialverhältnissen nur träumen. Wären sie politisch bewußt und informiert, für sie wäre der „Glanz der Oktoberrevolution“ „nicht erloschen“, wie der gescheiterte Eurokommunist Berlinguer einst meinte.

Wenn man die im Zeitraffer aufgereihten geschichtlichen Leistungen der Sowjetvölker und der KPdSU in der historisch kurzen Zeitspanne von nur 70 Jahren bewertet, kann man an der alten Einschätzung festhalten: Die Oktober-Revolution leitete eine Weltenwende ein.

Der Preis, der alles in Frage stellt

Wenn trotz dieser Leistungen und den davon ausgehenden direkten oder indirekten Wirkungen, von denen auch Millionenmassen im Westen profitieren, ohne daß es ih-

nen meist bewußt wurde und wird, die Ausstrahlungskraft des Kommunismus erloschen scheint und die Oktoberrevolution als Vorbild verblaßt, so hat das nicht nur mit dem Wirtschaftsdebakel im Ostblock zu tun. Bei aller Schärfe der Krise der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Strukturen – die alle sozialistischen Länder eingeholt hat – besteht ja ein wesentlicher Unterschied zwischen den verschiedenen Ländern des Ostblocks. Die UdSSR und die DDR sind ja keineswegs zu jenen sich sozialistisch nennenden Ländern zu rechnen, die rückwärts statt vorwärts gehen, von sozialem Niedergang und einer ökonomischen Bankrottentwicklung gezeichnet sind, wie Polen, Ungarn und Rumänien. Es ist mehr als nur der Vergleich der Lebensverhältnisse, was dem Kommunismus die Anziehungskraft geraubt hat. Es war die Zersetzung der sozialistischen Idee in der realen Wirklichkeit von über 60 Jahren geschichtlicher Entwicklung in der Sowjetunion. Anspruch und Wirklichkeit bildete im Laufe der Zeit eine Kluft, die nicht mehr zu schließen war:

Nach einer kurzen Phase revolutionärer Blüte in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution mußten die meisten progressiven Experimente abgebrochen, die neuen Freiheiten jäh eingeschränkt werden. Von innen und außen aufs äußerste bedroht, die Wirtschaft darniederliegend, von Krieg und Bürgerkrieg in Trümmer gelegt, von den Bauern boykottiert, ging es für die neue Sowjetrepublik nur noch ums Überleben. Für eine avantgardistische und demokratische Entfaltung war damit keine Voraussetzung mehr vorhanden. Der Rückzug Lenins auf die NÖP (Neue Ökonomische Politik) entfesselte aufs Neue die Gier der Menschen nach

Bereicherung, das einzige Mittel jener Hungerjahre, um die Versorgung der Städte und der Armee im Mindestumfang aufrecht zu erhalten. Die anschließende Herrschaft Stalins, die nahezu 30 Jahre dauern sollte, mußte von diesem ungünstigen Ausgangspunkt ausgehen. Nur mit Zwang, Terror, Disziplinierung und einem unvorstellbaren Personenkult konnte jener industrielle und gesellschaftliche Aufbau und jene Bildungsexplosion erreicht werden, die einen Zusammenbruch der jungen Sowjetrepublik verhinderten und den Sieg im II. Weltkrieg gegen die faschistischen Okkupanten ermöglichte. Die Umwandlung vom Agrar- in den Industriestaat – für die die Länder Mittel- und Westeuropas zwei bis drei Jahrhunderte Zeit hatten – mußte in der Sowjetunion in wenigen Jahrzehnten nachgeholt werden. Die ursprüngliche Akkumulation ging in Rußland auf Kosten der breiten Massen, vor allem der Bauernschaft, die man somit zu Feinden des Systems machen mußte. Eine Kette von Kriegen oder von Situationen am Rande eines Krieges waren die verhängnisvolle Heimsuchung der unstabilen Sowjetrepublik, seit ihrem Entstehen. So lange es eine Sowjetunion gab, mußte die Gefahr der Existenzbedrohung das Denken und Handeln ihrer Führung beherrschen. Die Despotie des sogenannten „Kriegskommunismus“ hatte hierin seine Ursache und seine abgeschwächte Fortdauer reicht bis in das letzte Jahrzehnt der Gegenwart.

Der Aufbau der sozialistischen Grundlagen mußte vor dem Hintergrund eines andauernden Ausnahmezustandes vollzogen werden, was gewaltige politische Folgen nach sich zog. Ein politisches System, das eigentlich die Menschen befreien wollte, mußte nun Blut und Tränen,

Gewalt und Repressionen gebären. Ein Meer von schrecklichen Opfern und große Entbehrungen waren zwei Generationen Sowjetbürgern aufgenötigt, Opfer, die sie nicht nur für ihr eigenes Land brachten. Die Ursachen hierfür im sozialistischen System zu suchen – wie es die Sozialdemokratie tut – oder nur in den Charaktereigenschaften Stalins, oder nur im Personenkult, wäre eine unmaterialistische Betrachtungsweise, die zu völlig falschen Schlüssen führen würde. Es waren besonders ungünstige Bedingungen, welche der abstoßenden Form der politischen Machtausübung, der Stalin-Diktatur, zugrunde lagen. Doch ist auch „der Stalinismus ein unvermeidliches Durchgangsstadium des Sozialismus“ (Brandler), so war andererseits auch sein zeitliches Ende vorgezeichnet; ein Emporarbeiten der Sowjetgesellschaft zu neuen, höheren Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung mußte früher oder später auch den politischen Überbau beeinflussen oder letztlich umkrepeln.

Diese Veränderungen sind – wenn auch in widerspruchsvollen Hin und her – seit der Chruschtschow-Ära zu registrieren und spiegeln sich nun in der Form eines neuen Aufbruchs, in Gorbatschows neuem Kurs wider.

Nicht alle Opfer des Stalinismus waren notwendige Opfer. Ein Zwangsregime hat seine Zwangsläufigkeiten, einmal in Gang gebracht, seine Eigengesetzlichkeit – seine Tausend kleine Stalins. Ein Diktator wie Stalin – zum Durchgreifen und zum Organisieren befähigt – war gleichzeitig grob und vom Mißtrauen zerfressen; er stand außerhalb jeder Kontrolle. Bloße Willkür stand neben tatsächlicher oder nur vermeintlicher Notwendigkeit.

„Wir revolutionären Sozialisten unterscheiden uns von den Pazifisten durch die Erkenntnis, daß die Revolution nicht ohne Gewalt, nicht ohne Töten von Menschen, die sich der Revolution entgegenstellen, möglich ist. Aber wir sozialistischen Revolutionäre unterscheiden uns von den Gewaltanbetern dadurch, daß wir jedes Menschenleben heilig halten – auch das der Gegner –, denn die Schonung der Freunde ist kein Verdienst, auch Hitler hat ja ‚nur‘ seine

Gegner gemordet. Diese revolutionäre Moral verlangt von der revolutionären Praxis, daß sie die Gewaltanwendung auf das Mindestmaß beschränkt. Das ist keineswegs unrealistischer Edelmut, sondern eine starke Waffe der revolutionären Sozialisten. Das Ziel ist erreicht, wenn der Gegner gezwungen ist, den Kampf aufzugeben. Man kann nicht alle totschießen, die zu Beginn der sozialistischen Revolution gegen sie kämpften. Der revolutionäre Terror ist unvermeid-

lich, um den konterrevolutionären Terror zu vernichten. Aber sobald dies Ziel erreicht ist, muß der ehemalige Gegner durch positive Taten neutralisiert, ausgesöhnt und zuletzt gewonnen werden. Das Ergebnis einer solchen Praxis ist der beste Gradmesser für den Reifegrad der revolutionären Verhältnisse und die Qualitäten der revolutionären Führung.“

Heinrich Brandler, 15. Mai 1945, aus einem Brief aus Havanna an seine Freunde in Deutschland.

Der Stalinismus brachte die kommunistische Ideologie auf den Hund, Theorie und Wissenschaft wurden zur Magd der Tagespolitik. Administrieren setzte sich an die Stelle von Analyse und Selbsttätigkeit. Die Bürokratie als Ersatz für das fehlende sachkundige und bewußte Handeln der Massen entstanden, wucherte zu

Militarisierung und Gleichschaltung der Sowjetgesellschaft ging parallel mit einer Verstümmelung der Partei. Sie wurde zur Maschine, zum bloßen Apparat der nur noch seine Befehle zu vollziehen und zu rechtfertigen hatte. Die Sowjetorgane wurden zu leblosen Gebilden degradiert.

Im Lied, das Kommunisten einst

Demokratie trat die Einmannherrschaft oder später die Befehlsgebung aus dem Politbüro.

Die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches in oder nach dem Kriege brachte für die Sowjetunion zwar militärstrategisch für ihre Sicherheit einen großen Gewinn und auch vorübergehend politischen



Elektrifizierung des Dorfes, Dorf Kolomenskoje 1928; Foto Arkadij Schajchet

einer alles beherrschenden Hierarchie aus. Sie ist inzwischen zum Hemmnis der weiteren Entwicklung geworden. Ursprüngliche Bestandteile eines revolutionären Umbruchs, wie Spontaneität, sozialistische Demokratie und Rätewesen usw. waren zur Phrase verkommen. Die politische Repression gegen die Feinde der Revolution erstreckte sich immer mehr auch auf innerparteiliche Gegner und gegen jede Kritik. Die Methoden, bekannt als „Säuberungen“, wurden immer brutaler. Die Partei wurde völlig umgestülpt, in ein Vollzugsorgan Stalins verwandelt. Ihre geistigen Führer und alle die noch selbständig zu reden und zu handeln wagten, wurden umgebracht.

Stalin sah in der bedrohenden Situation des Landes jeden Richtungsstreit als selbstmörderisch an. Eine

in aller Welt verband, hieß es: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“. In drei Jahrzehnten Stalinismus, und in abgeschwächter Form auch danach, wurde das Menschenrecht in der Sowjetunion nur allzu oft mit den Füßen getreten. Auf Grund der unreifen Verhältnisse und dem für die Sowjetunion ungünstigen historischen Verlauf brachte der Sozialismus nicht, wie von alters her verkündet, mehr Menschenrechte und mehr Demokratie; umgekehrt, der neue Staat mußte sich Unterdrückungsmechanismen bedienen, die in Perfektion und im Ausmaß die kapitalistischen und feudalistischen Ausbeutergesellschaften oft noch übertrafen. Statt eine Arbeiterherrschaft aufzubauen fungierte die Partei als „Vormund“ und an die Stelle des Ausbaus einer innerparteilichen

und ökonomischen Vorteil. Letzteres ist längst umgeschlagen, die meisten Ostblockländer oder gar jene außereuropäischen Länder, die sich überhaupt nur auf sowjetischen Krücken bewegen können, sind inzwischen zu einer Belastung Moskaus geworden. Die Belastung ist nicht nur wirtschaftlicher Art, viele dieser Länder sind auch politisch-ideologisch zum Ballast geworden. In den meisten Ländern des Ostblocks gibt es bei den Massen kaum mehr sozialistisches Bewußtsein – die Voraussetzung für die Entfaltung einer sozialistischen Demokratie – und wo es früher welches gegeben hatte, wurde es durch die grausame, den Bedingungen der einzelnen Länder hohnsprechende stalinistische Gewaltherrschaft zerstört. Ohne sie im einzelnen in diesem Rahmen bewer-

ten zu wollen, die Kette der von Anfang an aussichtslosen Aufstände in Osteuropa ist ja nur aus unerträglichen Unterjochungsverhältnissen zu erklären. Die Schwäche der kommunistischen Parteien und das fehlende Bewußtsein in diesen Ostblockstaaten hat ja seinen Urgrund darin, daß – abgesehen von Jugoslawien und der CSSR – diese Völker nicht auf revolutionärem Wege sich zum Sozialismus entwickelt hatten. Die sozialistische Gesellschaftsordnung ist ihnen vielmehr durch den Einmarsch der Roten Armee von außen aufgezwungen worden. So war die Sowjetunion zugleich Befreier von der Nazi-Herrschaft und neuer nationaler Unterdrücker geworden, mit allen Folgen bis in die heutige Zeit.

Die sowjetischen Führer haben seit der Enttäuschung über die ausgebliebenen Revolutionen in Europa die Zukunft des Sozialismus allein noch in der Bewahrung und Entwicklung ihres eigenen Landes gesehen. Daraus entsprang ihr Hegemonialdenken nicht nur gegenüber den anderen kommunistischen Parteien (Komintern), sondern auch gegenüber anderen sozialistischen Staaten. Dabei war diese Politik mit vielen Fehlern behaftet. Doch verhängnisvoll wurde erst die falsche Generallinie, die vom ultralinken (Verhinderung der Einheitsfront in Deutschland) in den rechts-opportunistischen (Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien) Straßengraben führte. Als im großen China die Oktoberrevolution ihre wichtigste Fortsetzung gefunden hatte und die chinesischen Kommunisten versuchten, gemäß den eigenen Bedingungen ihres Landes, ihren Weg zu gehen und nationale Anliegen zur Geltung bringen wollten, kam es zur Kollision mit einer Sowjetunion, die auf die Vormachtstellung nicht verzichten wollte. Die Spaltung zwischen Moskau und Peking wird wohl der nachhaltigste Negativposten in der Entwicklung der sozialistischen Welt nach dem II. Weltkrieg sein. Wenn auch in jenen Ländern, in denen die Völker selbständig die sozialistische Umgestaltung angepackt hatten – wie in China und Vietnam – manche historische Perioden ähnliche Züge aufwiesen, wie sie im sowjetischen Stalinismus enthalten waren, dann zeigt das, daß dahinter nicht in erster Linie Unfähigkeit und schlechte Charaktereigenschaften von kommunistischen Führern stehen können. Es ist die Unreife der vorgefundenen Bedingungen, begleitet vom ständigen Würgegriff

einer noch mächtigen imperialistischen Welt, die beim mühsamen sozialistischen Aufbau in diesen Ländern Widersprüche erzeugt haben, die so verheerend waren, daß sie den Sozialismus insgesamt mehrmals an den Rand des Abgrunds brachten. Die Wende in der VR China und in der UdSSR – die ja in einigen wichtigen Bereichen auch eine den sozialistischen Zielen zumindest vorerst gegenläufige Entwicklung einleitet – ist nichts anderes als eine Flucht nach vorn, da ein noch längeres Beharren in der Sackgasse zu einer Infragestellung all dessen hätte führen können, was in den vielen opferreichen Jahrzehnten geschaffen wurde. Nicht als Wahrscheinlichkeit, aber als nicht völlig ausschließbare Möglichkeit, wird zum ersten Mal in manchen sozialistischen Land eine Entwicklung denkbar, die zurück zur Restauration des Kapitalismus führen könnte. Wohin tatsächlich der Weg geht, wird auch von der internationalen Lage mit bestimmt. Positive Wirkungen auf die weitere Entwicklung der sozialistischen Länder könnten von einem Aufschwung der Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern ausgehen, vor allem aber von einer Ausbreitung sozialrevolutionärer Bewegungen in den der Verelendung preisgegebenen unterentwickelten Ländern des kapitalistischen Bereichs. In diesem Sinne darf es die revolutionäre Linke außerhalb der sozialistischen Welt – eingeschlossen in der Bundesrepublik – nicht allein bei kritischer Beschaulichkeit bewenden lassen. Auch wenn die Möglichkeiten sehr beschränkt sind, selbst kleine Aktivitäten, die sich summieren, können zu einer politischen Wirkung beitragen, im eigenen Land und als Mosaikstein beim Fortschreiten einer sozialistischen Weltbewegung. Die Motivation dazu kann sich aber nur herausbilden, wenn Klarheit über das Vergangene entsteht, was sich in der Sowjetunion in diesen 70 Jahren, seit jenen „Zehn Tagen, die die Welt erschütterten“, wirklich ereignete. Wer dabei die Methode des dialektischen Materialismus nicht zu handhaben weiß, muß an dem Schrecklichen – neben dem die großen Leistungen zu verblassen drohen – verzweifeln, der wird sich verirren, indem er Schuldige sucht.

Die Entwicklung des Sozialismus in der Welt war bis zum heutigen Tag von der Tatsache geprägt, daß der Anfang seiner Umsetzung vom damals rückständigsten Land Europas ausging. Im darniederliegenden Rußland jener Zeit gab es keine Wahl: „Die Barbarei mußte mit barbarischen Mitteln überwunden wer-

den“ (Lenin). Es galt erst die bürgerliche Revolution nachzuholen. Nie darf übersehen werden, die russische Revolution und auch fast alle nachfolgenden Revolutionen sind auf dem Trümmerhaufen von Kriegen entstanden, aus der bankrotten Hinterlassenschaft der alten Gesellschaft.

Die Klassiker des Marxismus hatten ursprünglich eine andere Entwicklung im Auge, nach der in einem der entwickeltesten kapitalistischen Länder mit einer zahlenmäßig relevanten Arbeiterklasse, während mehrerer Jahrzehnte Klassenkampf, die Masse selbst zu anderen Menschen werden. Wo sich in dieser Zeit der Gärung Bewußtheit, Solidarität und Sachkenntnisse bei den Massen organisch entwickeln. Sie nahmen als Voraussetzung einen Stand der Entwicklung an, nach dem die revolutionäre Umwälzung aufbauen kann auf ein ökonomisch und gesellschaftlich hohes Niveau, wo der Kapitalismus sich bereits selbst überholt hat und als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Hemmnis einer weiteren Entfaltung der Gesellschaft geworden ist: „Die Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse“ (Marx). Die geschichtliche Entwicklung ist anders gelaufen. Als die Bolschewiki anfangs der zwanziger Jahre ihre wahre Lage erkannten, gab es nur die Wahl zwischen Selbstaufgabe bzw. Kapitulation und einem Durchkämpfen, bei dem der Zweck dann alle Mittel heiligen mußte. Kaum einer der damaligen Führer der KPdSU ahnte wohl, daß der Preis einmal so hoch sein würde. Aus dem verächtlich verlachten Rußland von einst wurde eine gefürchtete Weltmacht. Doch die Methoden, welche dazu nötig waren und die Gestalt, welche der erste „Arbeiterstaat“ der Welt dabei annahm, machte ihn immer unkenntlicher. Die kommunistische Idee, der einst Millionen Menschen mit ganzem Herzen zujubelten, wurde unglaubwürdig und ist heute an einem Tiefpunkt angelangt.

Der neue Aufbruch in der Sowjetunion könnte die Wende bringen: aus der „unvollendeten Revolution“ (Isaac Deutscher) in mehreren Etappen hinführen zu einem entwickelteren Sozialismus in der Sowjetunion, mit neuer Ausstrahlungskraft nach außen. Scheitert die Erneuerung des Sozialismus an mangelnden objektiven und subjektiven Voraussetzungen im eigenen Land oder an den fehlenden internationalen Bedingungen, dann könnte der Preis für den grandiosen Aufstieg zugleich die Wurzel sein für den Untergang des Sozialismus. Die nächsten Jahrzehnte sind insofern von historischer Dimension.

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION

Zur Rolle Kerenskis in der russischen Februarrevolution 1917 an Hand seiner Memoiren



Der Revolution begann am 23. Februar, (nach gregorianischen Kalender am 8. März) durch Streiks der Arbeiterinnen aus den Textilfabriken. 1921, auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen wurde dann der 8. März zum Internationalen Frauentag erklärt. Petrograd, März 1917.

Die Februarrevolution, die sich nach westlichem Kalender im März vollzog, begann unter dem Schatten des Weltkrieges, der für Russland erhebliche militärische Niederlagen und von allen kriegführenden Ländern die größten Erschütterungen brachte, durch Streiks von Textilarbeiterinnen, Müttern und Hausfrauen, also von den am meisten Ausgebeuteten, im Petrograder Stadtteil Wyborg. Am nächsten Tag entbrannte der Protest auch in anderen Stadtteilen. 1917 verdienten die Frauen nur halb so viel wie die Männer. Diese Arbeiterinnen initiierten alles und schickten Delegationen zu den schlagkräftigen Metallarbeitern, die sich überzeugen ließen. So kam die Lawine von unten in Gang. Auslöser der Februarunruhen war die Brotknappheit, Ende 1916 waren die Prei-

se sprunghaft angestiegen, während die Warenmenge abnahm, ab dem 16. Januar wurden in Petrograd Brotkarten ausgegeben, einige Plünderungen waren bereits zu verzeichnen. Die „einfachen“ Soldaten der Petrograder Garnison weigerten sich, gegen die Demonstrationen vorzugehen und gingen eher auf Polizisten los, die auf Arbeiter schossen. Den Polizisten wurden die Waffen abgenommen, damit die Arbeiter sich bewaffnen konnten. In Petrograd hatte sich durch die Lebensmittelunruhen, die es zeitgleich auch in Berlin und anderen deutschen Städten gab, ein Dumakomitee, das sich aus Angst vor zaristischen Repressalien als „rein privat“ bezeichnete, herausgebildet und Keimformen eines Sowjets, in Moskau ein Volkskomitee, dem sich die Moskauer Garnison unterstellte, ebenfalls mit Keimformen einer Ge-

genmacht. In Petrograd setzte sich das Exekutivkomitee des Sowjets aus sechs Menschewiken, zwei Sozialrevolutionären, zwei Bolschewiken und fünf Parteilosens zusammen. Zugleich rang sich die liberale Bourgeoisie, fern vom Pulvergeruch der Revolution, zu einem „Provisorischen Komitee zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ durch, aus dem sich die sogenannte *Provisorische Regierung* bildete, deren Ministerkabinette bis zum Machtantritt der Bolschewiki insgesamt sechsmal wechselten. Kerenski übernahm im Juli 1917 den Vorsitz der *Provisorischen Regierung* als Ministerpräsident, zusätzlich zu seinen bereits bestehenden Ämtern eines Kriegs- und Marineministers. Auch er packte das heißeste Eisen, die Beendigung des imperialistischen Krieges, nicht an, im Gegenteil er forcierte eine militärische Offensive

gegen das deutsche Heer, das in einem Desaster endete und nicht unerheblich zum Sieg der Bolschewiki im Oktober beitrug. Während die französische Revolution bereits 1789 gleich zu Beginn eine Konstituante hatte, wurde deren Einberufung in Russland von der *Provisorischen Regierung* immer wieder hinausgeschoben.

Kerenski kam die Aufgabe zu, für die bürgerliche Regierung der rote Köder zu sein, auf den die sozialistisch orientierten Arbeiter, Arbeiterinnen und Soldaten Petrograds hereinfallen sollten. Sowohl der deutsche Sozialdemokrat Friedrich Ebert als auch der russische Sozialrevolutionär Kerenski, der mit Robespierre nur den Beruf und ein rhetorisches Geschick gemeinsam hatte, waren im Grunde ihres Herzens Monarchisten, Kerenski selbst gibt uns in seinen Memoiren preis, dass er bei der Nachricht, Zar Alexander der III. sei verstorben (am ersten November 1894) ganz bitterlich zu weinen angefangen habe. Da war Kerenski bereits dreizehn Jahre alt, wenn man bedenkt, dass Lenin bereits im Alter von vierzehn Jahren sein Taufkreuz in den Mülleimer warf. Es passte zu Kerenski, dass er den deutschen Vaterlandssozialdemokraten Friedrich Ebert, seit 1913 so verhängnisvoll Vorsitzender der SPD, als Ideal eines Staatsmannes hinstellte. (Friedrich Ebert, ein ehemaliger Sattler, war von 1919 bis zu seinem Tod am 28. Februar 1925 Reichspräsident der Weimarer Republik). In Kerenskis Memoiren liegt die klare Aussage vor, und wir sind Kerenski für seine Offenheit dankbar, dass er sich vom Marxismus abgestoßen gefühlt habe und die christliche Ethik überzeugend finde (Vergleiche Die Kerenski-Memoiren, Rußland und der Wendepunkt der Geschichte, Rowohlt Verlag, Hamburg, 1989, a.a.O., 42 und 52). Im Einklang zu bringen mit dieser Ethik war wohl auch sein Kriegsplan für den ersten Weltkrieg, den er auf die Versöhnung zwischen dem Zaren und dem Volk stützte (Vergleiche a.a.O., 151). In seinen Memoiren entlarvt sich Kerenski mehrmals als Girondist, um neben der Befürwortung eines föderalistischen Bundesstaates („Marx war Zentralist“ / Lenin) und neben der Kriegsbereitschaft auf ein weiteres Beispiel zu verweisen: Er schreibt, „unter keinen Umständen dürfe die Menge selbst das Gesetz in die Hand nehmen“. Darin kommt schon eine Ablehnung

des Rätegedankens zum Vorschein, denn nach diesem bestimmt die Menge selbst den Termin der Wahlen und die Kandidaten, bestimmt die Menge die Offiziere, Richter und alle anderen Beamten per Wahl. Für die Jakobiner nimmt gerade die Menge selbst das Gesetz in die Hand und es gibt in Revolutionen Perioden, in denen die Menge bestimmt, dass jetzt kein Gesetz gelte, diese Perioden fürchten Kerenski und die Reaktionäre am meisten. In Petrograd, wie Sankt Petersburg seit dem 14. August 1918 hieß, hatten die Jakobiner zum Beispiel, wie es sich gehört, das Hauptquartier der folternden Geheimpolizei, die Polizeistationen und die Gerichtsgebäude in Brand gesteckt, sie taten gut daran, denn wie verdorben müssen Menschen sein, die sich unter reaktionären Regimes der Exekutive anbieten? „Überhaupt“, schreibt Kerenski, „besuchte ich die Zusammenkünfte des Sowjets und seine Exekutivkomitees nur selten“ (a.a.O., 221). Eben, eben, da ist ja die Menge! Der Pöbel! In seinen Memoiren erklärt er seinen Schritt, Justizminister im ersten Februararkabinett zu werden damit, dass er sich Sorgen mache um die gefangenen zaristischen Minister. „Wenn irgendein Minister des ‚Fortschrittlichen Blocks‘ sie wirksam vor der Wut der Massen schützen und so die Revolution frei von Blutvergießen halten konnte, dann war ich es“. (a.a.O., 229).

Leider muss Kerenski hier vorgeführt werden: „Ganz allgemein unternahm die Provisorische Regierung alles nur Erdenkliche, um die organisierte Arbeiterschaft zu einer dem industriellen Management gleichwertigen Kraft zu erheben“. (a.a.O., 247). Das ist köstlich, man stelle sich das vor: Die Regierung erhebt die Arbeiterklasse auf Augenhöhe zu den Kapitalisten. Das ist eine Perle! Ein Musterbeispiel für parlamentarischen Kretinismus. Das ist Lichtjahre von der Diktatur der organisierten Arbeiterschaft entfernt. Regierungen des gehobenen Mittelstandes mit einem Tribun an der Spitze können nicht das Menschenrecht für die Arbeiterklasse erkämpfen, Friedrich Engels erkannte bereits während seines ersten Manchesteraufenthaltes 1842 bis 1844, dass sich die Arbeiterklasse nur selbst befreien kann und so heißt es dann auch in der *Internationalen*: Aus unserem Elend können wir uns nur selbst befreien. Aber noch musste die *Internationale* warten, die

Stimmung war noch mehr nach der *Marseillaise*. Ende Februar war der bürgerliche und der sowjetische Block, in dem nur sehr wenig Kommunisten waren, zu einem *Agreement des Nebeneinander* gekommen, ein harter Klassenkampf zeichnete sich ab, war aber noch nicht akut und ließ Platz für den Gedanken einer friedlichen Revolution. „Wir hielten es für dringend notwendig“, schrieb Kerenski, „den Eindruck auszulöschen, die Kräfte der Revolution seien in zwei Lager gespalten, in ein ‚revolutionäres‘ und in ein ‚bourgeois‘“. (a.a.O., 253). Der Girondist Kerenski befürchtete lediglich, dass die Sowjets sich selbst zur höchsten Autorität Russlands erklären könnten, was sie während seiner Amtszeit bekanntlich nicht taten, aber durchaus hätten tun können, erst die Bolschewiki taten dies durch die Oktoberrevolution.

In der russischen Revolution sind die Sowjets von sich aus nicht machtkaktiv geworden, waren sie immer nur ein Spielball im Machtkampf zwischen den Weißen und den Roten? Die Sowjets als auch die Februarregierung hatten sich spontan aus der Februarrevolution ergeben, beiden fehlte die Legitimation durch Wahlen, das gilt besonders für die offizielle Regierung. Diese Dumaregierung hatte keinesfalls eine demokratische Legitimation, die sich aus allgemeinen, direkten und freien Wahlen herleiten konnte, sie hatte das Volk um seine Revolution betrogen, konnte sich aber als oberste Macht halten, weil die Sowjets nichts gegen sie unternahmen, jedenfalls nichts Revolutionäres. Und aus dieser Machtanmaßung heraus beklagte sich Kerenski noch darüber, dass sich die führenden Repräsentanten der Sowjets nicht mit vernünftiger Kritik begnügten, „sondern versuchten, sich aktiv in die Politik einzuschalten“. (a.a.O., 256). Diese vollksfeindliche Äußerung darf selbst einem Ministerpräsidenten nicht zukommen, der aus Volkswahlen RegierungsaOberhaupt geworden wäre, denn natürlich haben die Massen, die durch die Sowjets repräsentiert wurden, jederzeit das Recht, sich aktiv in die Politik einzuschalten, dies um so mehr, als die Kerenskis nur die Gunst der revolutionären Stunde ausgenutzt hatten, um sich als Staatsmacht zu proklamieren.

Heinz Ahlreip

DKP nach dem 21. Parteitag

Wie kaum anders zu erwarten, wurde mit dem Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei der Prozess weitergeführt und zu einem Abschluss gebracht, der sich seit 2010 bereits abzeichnete und zu einer praktisch vollständigen Verdrängung derjenigen Kräfte aus dem Parteivorstand führte, die nach dem 17. Parteitag von 2005/06 bis 2010 dominierten. Und die Beschlüsse und Positionierungen der Kontrahenten auf beiden Seiten weisen dementsprechend eine tiefe, wenn auch ungleichgewichtige Spaltung der Partei hin.

Auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der DKP Ende Januar 2017 zeigte sich die Zuspitzung dieses Konflikts in folgendem Beschluss (auszugsweise):

Der Parteivorstand beruft vor der 8. Parteivorstandstagung, die im März 2017 stattfindet, Versammlungen der Mitglieder der Bezirksorganisationen in Rheinland-Pfalz und Südbayern ein. Inhalt und Zielstellungen sind:

Die Information an die Mitglieder der Bezirksorganisationen, dass ihre Bezirksvorstände u.a. mit der Beschlussfassung die Parteitagsbeschlüsse zur Bundestagswahl 2017 nicht zu unterstützen und mehr oder minder offen zur Wahl der Linkspartei aufrufen, dem Parteivorstand eine Zusammenarbeit unmöglich machen. ... Die Aufforderung an Vorstände und Genossinnen und Genossen, zur Beschlussverbindlichkeit zurückzukehren und fraktionelle Tätigkeit (sogenanntes kommunistisches Netzwerk) einzustellen. ... Der Parteivorstand verurteilt die fortgesetzte Mitarbeit im „kommunistischen Netzwerk“. Parteivorstand, Bezirks- und Landesleitungen stehen in der Verantwortung, um jedes Mitglied zu ringen und trotz unterschiedlicher Meinungen wieder zum Grundsatz „gemeinsam Handeln“ zurückzukehren, um Schaden von der Partei abzuwenden. Sie sind aufgefordert, mit den Unterstützern des „kommunistischen Netzwerks“ zu diskutieren, um sie aufzufordern:

- * die fraktionelle Tätigkeit einzustellen,*
- * sich an der Umsetzung der Beschlüsse des 21. Parteitags zu beteiligen,*
- * sich in die Vorbereitung des 22. Parteitags einzubringen. ...*

Sollte dieser Diskussionsprozess nicht zur Einstellung der fraktionellen Tätigkeit führen, beauftragt der Parteivorstand das Sekretariat, einen Beschlussvorschlag für den 22. Parteitag vorzulegen, der die Mitgliedschaft im sogenannten „kommunistischen Netzwerk“ für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der DKP erklärt. (beschlossen auf der 6. PV-Tagung mit 15 Ja-, 4 Nein-Stimmen, bei wenigen Enthaltungen)

Worum geht es im Kern?

Die DKP in den Fußspuren von SED und KPdSU

Der 21. Parteitag der DKP fand an drei Tagen statt. An den beiden ersten Tagen (14./15. November 2015) stand neben den wichtigsten organisatorischen Entscheidungen und Wahlen der Leitantrag und die Handlungsorientierung des vorhergehenden PV im Zentrum. Am dritten Tag der Parteikonferenz (27. Februar 2016) war der Beschluss zur internationalen Arbeit und zur Beendigung der Mitwirkung in der Europäischen Linken (EL) das Hauptthema. Beide Konferenzschwerpunkte führten sowohl im Vorfeld, wie auch auf dem Parteitag zu heftigsten Auseinandersetzungen. Der Leitantrag wurde mit 123 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen angenommen. Der Antrag zur sofortigen Beendigung der Mitwirkung in der EL (Beobachterstatus seit 2005) wurde mit 99 gegen 52 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Diese Stimmzahlen drücken in etwa das Verhältnis zwischen aktueller Mehrheit und Opposition in der DKP aus.

Patrik Köbele führte dazu auf dem Parteitag aus: „Und nun zur Streitfrage, die bei der Diskussion des Leitantrags am meisten die Diskussion bestimmte, es ist die Frage, ob es richtig ist, dass wir uns als marxistisch-leninistische Partei bezeichnen. Ich beziehe dazu auch Stellung, weil ich quasi der Verursacher bin. Anlass war für mich eine Aussage, die ich für falsch halte, die Aussage, dass die Passage unseres Parteiprogramms, die aussagt, dass unsere ideologischen Grundlagen, die Ideen von Marx, Engels und Lenin sind und dass wir für die freie Verbreitung des Marxismus-Leni-

nismus kämpfen, bedeuten würde, dass wir eben keine marxistisch-leninistische Partei seien.

Da geht es nicht um zwei Worte, da geht es um unsere ideologischen Grundlagen, um unsere Einordnung in die kommunistische Weltbewegung und um die Geschichte der DKP. Warum? Ich fange mit dem letzten an. Für mich war seit ich 1978 in die DKP eingetreten bin klar, dass wir die marxistisch-leninistische Partei der Bundesrepublik sind und das wir aus Gründen des KPD-Verbotsurteils diese Formulierung in programmatischen Dokumenten nicht benutzen. Das war nicht unwichtig, als sich diese DKP von einer frühen Form der reformistisch/revisionistischen Entwicklung in europäischen, kommunistischen Parteien, vom sogenannten ‚Eurokommunismus‘ abgrenzte. Dieser Abgrenzung haben wir uns nicht zu schämen und ich bin sicher, ohne sie gäbe es uns heute nicht. Ich bin mir sicher, dass dies auch für die zweite notwendige Abgrenzung gilt, für die Auseinandersetzung mit den sogenannten ‚Erneuerern‘. Diese hatte im hohen Maße ideologischen Charakter und es ging zentral um die Frage der Bedeutung Lenins für die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie. Dabei ging es nicht um die Person Lenins, sondern um solche Dinge, wie die Analyse des Imperialismus als neues und höchstes Stadium des Kapitalismus, um die Frage der Revolutionstheorie, um die Frage des imperialistischen Staates, um die Frage der Macht und um die Frage der Parteitheorie. Es wundert nicht, dass dies dann z.B. genau die Fragen waren, die beim Übergang von der SED zur PDS die zentralen Fragen der ideologischen Veränderung der SED waren und damit auch für die Fragen, in denen wir uns damals und heute unterscheiden, weil wir eine kommunistische Partei sind und bleiben wollen.

Die Einwände sind zweierlei, einerseits, dass es sich schon immer um eine ‚stalinistische‘ Formulierung gehandelt habe und andererseits, dass das Programm von 2006 die Aufarbeitung der Deformationen, die mit der Konterrevolution von 89/90 zu Tage gekommen wären, berücksichtigen würde. Beides halte ich für inhaltlich falsch. Die DKP war nie eine ‚stalinistische‘ Partei. Die DKP stellte sich immer in die gesamte

Geschichte der kommunistischen Bewegung, mit ihren Erfolgen, Niederlagen, Fehlern, Deformationen und Verbrechen. Aber die DKP ist nie an die Geschichte der kommunistischen Weltbewegung herangegangen, in dem sie die Geschichtsschreibung der Herrschenden übernommen hat, sie ist materialistisch-dialektisch herangegangen und sie ist vom Standpunkt der Beherrschten herangegangen. Deswegen ja zur Aufarbeitung unserer Geschichte und Nein zur Reduktion auf Deformationen und Verbrechen.

Was, liebe Genossinnen und Genossen, sollen nun aber die Punkte sein, die nach 89/90 die Begrifflichkeit, dass der ‚Marxismus-Leninismus die Weltanschauung der Kommunisten ist‘, wie es 78 im Programm stand, falsch machten. Die Konterrevolution? Da möchte ich doch mit Ronald M. Schernikau entgegenhalten, dass die Dummheit der Kommunisten kein Beweis gegen den Kommunismus ist.

Aus meiner Sicht wird andersherum ein Schuh daraus, die Absage an diese Formulierung reiht uns ein in die Reihe der Parteien, die sich von der Konzeption einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse, von der Konzeption einer kommunistischen Partei mehr oder minder verabschiedet haben. Die Absage an diese Formulierung stünde für eine Absage an die Geschichte unserer eigenen Partei und die Geschichte der SED und der SEW. Und eine Absage an diese Formulierung stünde für eine Absage an unsere Identität, die zu Recht auch darin begründet ist, dass wir den realen Sozialismus in Europa und den Sozialismus in der DDR als die objektiv größte Errungenschaft der Arbeiterklasse der jeweiligen Länder einschätzen.“

Soweit der derzeitige Vorsitzende der DKP. Dagegen stehen Positionen, wie sie in der PT-Debatte von Heinz Stehr und Delegierten aus Rheinland-Pfalz vorgebracht wurden. Hier zunächst die aus Rheinland-Pfalz:

„In unserem Programm definieren wir unsere Grundlagen u.a. wie folgt: ‚Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muß, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt.‘

Zu dieser Weiterentwicklung gehörte auch, daß wir uns nach dem Scheitern des Sozialismus in Europa nicht nur mit den Leistungen, Erfolgen und Er-

*rungschaften der Kommunist*innen auseinandersetzen mußten, sondern auch damit, ‚daß auf diesem Weg Fehler, Unrecht und Verbrechen geschahen‘, wie das in unserem Programm steht.*

Diese waren eng verbunden mit dem marxistisch-leninistischen Parteimodell, das von vielen als stalinistisches bezeichnet wird. Es führte in der Praxis des Demokratischen Zentralismus dazu, daß das demokratische Element immer mehr hinter dem zentralistischen zurück trat und schließlich eine von oben nach unten durchregierte Partei und Gesellschaft entstand, die u.a. für notwendige Kritik und Eigeninitiative auch der Mitglieder der kommunistischen Parteien keinen Raum mehr ließ.

Waren bis 1989 rechtliche Überlegungen, z.B. im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot, möglicherweise prägend für den Verzicht auf die Selbstdefinition als marxistisch-leninistische Partei, so war es in den Jahren nach 1989 eine bewußte politische Entscheidung nach teils sehr schmerzlichen Diskussions- und Erkenntnisprozessen, uns nicht mehr als marxistisch-leninistisch verfaßte Partei zu definieren. Das fand Eingang in alle programmatischen Dokumente von den Thesen zur Erneuerung der DKP bis hin zum Programm von 2006.

Dies war und ist keine Distanzierung vom Marxismus-Leninismus als Wissenschaft, für deren freie Verbreitung die DKP sich gemäß ihrem Programm einsetzt. Die Abkehr vom marxistisch-leninistischen Parteimodell als Abkehr von Marx und Lenin zu bezeichnen, ist eine bewußte Fehlinterpretation. Stalin war und ist für uns kein Theoretiker, der unsere wissenschaftlichen Grundlagen erweitert hätte.

*Auch diese Erkenntnis war Ergebnis der Diskussionsprozesse nach der Niederlage von 1989 in Europa. Wir lehnen es deshalb ab, daß er als solcher in eine Reihe mit anderen Vordenker*innen genannt wird und daß er auf Konferenzen und Tagungen zunehmend zitiert wird. Das Lob eines früheren KPD-ML-Funktionärs aus unserem Bezirk dafür, daß auf Parteivorstandstagungen der DKP wieder Stalin zitiert und gelesen werde, klingt uns wie Hohn in den Ohren vor dem Hintergrund der Verfolgung und teilweise Ermordung Hunderttausender Kommunist*innen in der Zeit, als er Generalsekretär der KPdSU war.*

Wer zum Stalinschen Konzept des Marxismus-Leninismus zurückkehren will befindet sich im Widerspruch zu

Geist und Buchstaben unseres Parteiprogramms. Wir werden an dieser Rückkehr nicht teilnehmen.“

Und der ehemalige Parteivorsitzende Heinz Stehr begründete seine Ablehnung so:

„Marxistisch - leninistische Partei‘ haben wir auch deshalb zur Charakterisierung der DKP abgelehnt, weil dieser Begriff mit gravierenden Fehlern der Vergangenheit verbunden war, so z.B. dogmatische und sektiererische Verengung der wissenschaftlichen Weltanschauung, mangelnde innerparteiliche Demokratie und Massenterror und Verbrechen in der Zeit, als Stalin die Verantwortung in der KPdSU hatte. Diesem Terror fielen vor allem Kommunistinnen und Kommunisten zum Opfer. Ich erinnere an die Tragödien, dass aus Deutschland geflohene Genossinnen und Genossen von der Sowjetmacht an die Faschisten übergeben wurden und an die zahlreichen Opfer unter kommunistischen Immigranten in der Sowjetunion, aber auch an die massenhaften Opfer in der Sowjetunion. Für mich bleiben die Beschlüsse des Programms gültig, nach denen Stalin verantwortlich war und unserer Bewegung schweren Schaden zugefügt hat. Man kann auch in dieser Frage die Theorie nicht von der Praxis trennen! Zu diesem komplexen Problem hat der Parteivorstand nach gründlicher Diskussion einen Beschluss gefasst, der bis heute gültig ist.

Die DKP ist in Programm und Statut eindeutig als kommunistische Partei definiert. Wer das Selbstverständnis mit der Begrifflichkeit m/l ändern will, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, eine andere, eine dogmatische Partei zu wollen.

Anzeige

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 1,50 €.
Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Ein weiterer Grund, diesen Terminus nicht in den politischen und programmatischen Positionen aufzunehmen, war die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in den 60er Jahren zwischen China und der Sowjetunion. Einige maoistischen Parteien und Gruppen jener Zeit gaben sich oft den Zusatz M/L. Sie bekämpften teilweise vor allem die DKP und pervertierten kommunistische Politik und Organisation. Daher ist bei Gewerkschaftlern und in Bewegungen der Begriff m/l negativ besetzt. Die MLPD steht bis heute für diese Politik.

Wir sollten auch mit der Benennung unseres Selbstverständnisses den humanistischen, demokratischen und revolutionären Charakter unserer Partei und Weltanschauung zum Ausdruck bringen. Die DKP entwickelt ihre Politik auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels, Lenin und anderen marxistischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Damit unterstreichen wir sowohl den revolutionären Charakter der DKP als auch die Notwendigkeit wissenschaftlicher Tätigkeit zur Weiterentwicklung der Politik und Theorie entsprechend neuer Herausforderungen!“

Es lohnt sich, zur Vervollständigung auch noch die entsprechenden Passagen aus dem Parteiprogramm der DKP von 2006 zu zitieren:

„Fundament und politischer Kompass der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie. Die DKP wendet diese Lehren des Marxismus auf die Bedingungen des Klassenkampfes in unserer Zeit an und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei. ... Die DKP geht davon aus, dass der Sozialismus das gemeinsame Werk all der Menschen sein wird, die das Ziel einer von der Herrschaft des kapitalistischen Profitprinzips befreiten Gesellschaft verbindet, deren politische und weltanschauliche Zugänge zu diesem Ziel sich jedoch unterscheiden mögen. Die weltanschauliche Grundlage für die sozialistische Zielsetzung der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, die Theorie von Marx, Engels und Lenin. Andere Zugänge können aus religiösen oder allgemein humanistischen Überzeugungen, aus antifaschistischen, feministischen, pazifistischen, globalisierungskritischen, aus antirassistischen oder ökologischen Moti-

ven erwachsen. ... Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt. Sie kämpft für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus.“

Alle zitierten Begründungen haben ihre Schwächen und leiden an Ungenauigkeiten. Köbele kann man zudem wirklich nicht nachsagen, dass er sich ernsthaft mit den Argumenten der Ablehnenden (die er vorher kannte) auseinander gesetzt hätte.

Um zu einer unabhängigen Beurteilung zu kommen, sollte man sich zunächst einmal erinnern und als Ausgangspunkt nehmen, dass Marx bekanntermaßen strikt ablehnte, als Marxist bezeichnet zu werden („quant a moi, je ne suis pas marxiste!“). Auch von Lenin ist nicht bekannt, dass er jemals von Leninismus sprach. Der Begriff ‚Marxismus-Leninismus‘ ist von und unter Stalin eingeführt und dogmatisch verwendet worden. Es gibt keinerlei allgemeingültige Abgrenzung, was denn inhaltlich Teil des M-L sei, was zeitbedingt, was irrtümlich und was weiterhin gültig und Richtlinie sein sollte. Dabei und zudem ist es unerlässlich, über 90 Jahre nach Lenins Tod weitere Erfahrungen und Lehren der kommunistischen Weltbewegung aufzuarbeiten und in das eigene politische Wirken aufzunehmen. Und insbesondere ohne theoretische Analyse der neueren Entwicklungen des kapitalistischen Weltsystems (Stichwort: Globalisierung, neue techn. Revolutionen) werden kommunistische Parteien nicht auf Höhe der Zeit wirken können.

Die Kritiker des PV-Leitantrags haben recht, wenn sie hinter der m-l-Orientierung das Beschönigen und Wegretouschieren von „gravierenden Fehlern der Vergangenheit ...“, so z.B. dogmatische und sektiererische Verengung der wissenschaftlichen Weltanschauung, mangelnde innerparteiliche Demokratie und Massenterror und Verbrechen in der Zeit, als Stalin die Verantwortung in der KPdSU hatte“ sehen. Köbele gesteht das im Kern ein, wenn er dämonisierend sagt: „Die Absage an diese Formulierung stünde für eine Absage an die Geschichte unserer eigenen Partei und die Geschichte der SED und der SEW. Und eine Absage an diese

Formulierung stünde für eine Absage an unsere Identität, die zu Recht auch darin begründet ist, dass wir den realen Sozialismus in Europa und den Sozialismus in der DDR als die objektiv größte Errungenschaft der Arbeiterklasse der jeweiligen Länder einschätzen.“

In der Praxis Köbeles und seiner Mitstreiter zeigt sich, dass sie eben nicht die eigene Geschichte und die der Kommunisten unter Einfluss der SU und Stalins und seiner Nachfolger dialektisch-materialistisch analysieren und aufarbeiten, sondern nur „deren Asche anbeten“. Die derzeitige Führung der DKP speist sich hauptsächlich aus der Strömung, die das parteiinterne Netzwerk *Theorie und Praxis* seit vielen Jahren organisiert. Dazu gehören Personen wie die inzwischen verstorbenen Hans Heinz Holz (Mitautor des 2006er Parteiprogramms) und Renate Münder (viele Jahre im DKP-Vorstand), sowie Patrik Köbele und Hans-Günter Szalkiewicz. Hans Heinz Holz und Renate Münder haben verschiedentlich die „Säuberungen“ in den 1930er Jahren in der SU verharmlost und gerechtfertigt: es seien positive Beiträge zur Eliminierung potenzieller Helfer der deutschen Faschisten gewesen. Patrik Köbele hat 2011 (wie viele andere in seinem Umfeld) zusammen mit Szalkiewicz den verbrecherischen Kuhhandel Stalins mit Hitler im August 1939 vehement gerechtfertigt. Und Szalkiewicz hat in einer Kommentierung eines sachlich-kritischen Briefes von Heinz Stehr an Patrik Köbele im Januar 2015 formuliert: „Aus vollem Herzen kann ich daran anfügen, daß ich mir in meiner schon bald 70-jährigen Parteizugehörigkeit nie und in keiner Situation vorstellen konnte, welche Kleingeister sich unter dem Dach einer kommunistischen Partei versammeln können. Wenn ich gewinnen sollte (was sich nicht abzeichnet) würde es Dir ganz schlecht gehen.“ Der aus dem letzten Satz sprechende Geist ist der gleiche, der bei gegebener Macht keine Hemmungen hätte, Partei und Staat so zu säubern, wie es Stalin einst machte. Der PV unter Patrik Köbele fand es nicht für nötig, solche Gewaltphantasien als zumindest unakzeptabel für den Umgang innerhalb der Partei zu verurteilen.

Hans-Peter Brenner, stellvertretender Vorsitzender der DKP und für die Bildungsarbeit verantwortlich

(veröffentlicht ebenfalls bei T&P), verteidigte auf der 12. Sitzung des 20. PV im März 2015 die geplante Festlegung der DKP als marxistisch-leninistisch und führte dazu explizit den Text von Stalin (er verwendet dabei sicher nicht zufällig den vertraulichen Spitznamen *Koba*) von 1924 über die *Grundlagen des Leninismus* an, dessen Studium er empfahl. Einen anderen Beweis seiner Verteidigung dogmatischer und verfälschender Entstellungen – ganz im Fahrwasser Stalins – gab er, als er in Parteischulungen 2013 nachzuweisen versuchte, dass in Lenins Schrift von 1916/17 *Der Imperialismus als das neueste Entwicklungsstadium des Kapitalismus* eigentlich der Begriff *neueste* durch höchste ersetzt werden müsse. Dass Lenin das jedoch in der ersten unzensurierten russischen Ausgabe im Sommer 1917 nicht machte, interessierte ihn nicht. Die Verfälschung dieses Werktitels geht auf Stalin und seine Redakteure zurück – und wirkt bis heute.

Wollte man den Charakter der Partei in Bezug auf die Weltanschauung zukunftsweisend beschreiben und dabei die Schwächen der oben zitierten Passagen im Parteiprogramm von 2006 beseitigen, müsste man etwa so formulieren: *Fundament und politischer Kompass der Politik der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, der von Marx und Engels begründet und von Lenin wesentlich weiter entwickelt wurde. Ihre Weltanschauung ist der Dialektische Materialismus, mit dem sie alle Bereiche menschlicher Erfahrung analysiert und ggf. gestaltet. Dabei berücksichtigt sie besonders die Beiträge, Erfahrungen und Lehren der weltweiten kommunistischen Bewegung für ihr eigenes Handeln und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei.*

Allerdings würde dies nur einen Teil des innerparteilichen Konflikts der DKP um die Selbstcharakterisierung als *marxistisch-leninistische* Partei lösen.

Stalin-Rechtfertigungen und Nachahmungen

In seinem Referat zum Leitantrag des PV auf dem ersten Teil des Parteitags umgeht Patrik Köbele (sorgfältig, absichtlich?) die Argumente gegen das Stalinsche Verständnis der inneren Parteiorganisation. In einem Diskussionsbeitrag vor dem 21. Par-

teitag im März 2015 nahm die DKP Hamburg West das schon erwähnte Referat H.P. Brenners auf der 12. PV-Sitzung Anfang 2015 zum Anlass zu folgender Kritik:

Aufkomplett dreiviertel Seiten [wird Stalin von Brenner] zitiert unter den wegweisenden Kapitelüberschriften: „Was ist also der Leninismus?“ ... wie folgt: „Und was meinte derjenige seiner Schüler, der zeitweilig als ‚Zweiter Lenin‘ gefeiert und dann in die tiefste der tiefen Höllen verdammt wurde, ein Georgier, der unter dem Namen ‚Koba‘ bekannt wurde, bevor die Welt ihn unter einem ganz anderen Namen kennen, achten oder fürchten lernte – je nach politischem Standpunkt und auch politischer Konjunktur? Dieser von Lenin als Generalsekretär berufene georgische Revolutionär, marxistische Theoretiker und Experte für Nationalitätenpolitik.“

Verstehen wir da was falsch? Ist das nicht ein Kotau vor Stalin und eine Verhöhnung all jener, „die ihn kennen, achten und fürchten lernten“, aber dieses historische Privileg nicht überlebten? Und nicht etwa, weil sie konspirierte, spionierte oder sabotiert hätten, sondern weil der „Zweite Lenin“ und „Experte für Nationalitätenpolitik“ Todeslisten mit hunderten Namen angeblicher politischer Gegner und „Abweichler“ gewöhnlich blanco zeichnete. Auf diese Scheußlichkeiten findet sich im Referat kein Hinweis außer vielleicht in der bei-läufigen Bemerkung von „charakterlich sehr widersprüchlichen“ Führern der Bolschewiki.

Was sagt das Programm der DKP dazu?

„Vor dem Hintergrund eines fehlenden Vorlaufs bürgerlich-demokratischer Rechtsformen wurden, im Widerspruch zum humanistischen Wesen des Sozialismus, die Prinzipien sozialistischer Demokratie durch Mißachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit, durch Repression, durch Massenverfolgung und Verbrechen massiv verletzt. Zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee und der Kommunistischen Internationale fielen dem zum Opfer. Das hat dem Sozialismus und seinem Ansehen schwer geschadet. Bisherige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen daraus wurden Bestandteil des politischen und organisationspolitischen Selbstverständnisses der DKP; dieser Prozess wird weitergeführt.“ Dies gesagt, sollte eine Partei des Sozialismus heute ohne Wenn und Aber mit Stalin brechen...

Wo Brenner den Verzicht auf den „Leninismus als Umdeutung unserer theoretischen Grundlagen“ beklagt, nennen die marxistischen Theoretiker Heinz Marohn und Eberhard Czichon (u.a. Verfasser der neuen Thälmann-Biographie) den ‚Leninismus‘, die ideologische Waffe Stalins und führen unter den „Haupttendenzen der Verfälschung Lenins“ auch die „Verfälschung von Lenins Organisationstheorie“ an. Dort heißt es u.a.: „Stalin griff zwar 1924 in den Swerdlow-Vorlesungen einzelne Elemente aus Lenins Arbeiten zur gesellschaftlichen Funktion einer kommunistischen Partei auf, vernetzte sie jedoch ohne jede Rücksicht auf ihren konkreten Zusammenhang zu einer allgemeingültigen Parteikonzeption, die er – seinem Ziel entsprechend – auch sogleich als „Parteitheorie“ Lenins ausgab und die er später dann noch als „Partei neuen Typs“ interpretierte.

Die Vorstellung Stalins von einer kommunistischen Partei war eine monolithische Organisation, in der Politik von oben nach unten exekutiert wird und die Betonung allein auf Zentralismus liegt. Eine solche Organisation ist den gegenwärtigen Bedingungen in keiner Weise angemessen. Diese Parteiform, die unter Stalin in der Herrschaft einer einzigen Person kulminierte, wird aber seit Zeiten des „Generalissimus“ als „marxistisch-leninistisch“ angesehen und wird immer noch von GenossInnen als Vorbild und als fester Bestandteil des „Leninismus“ betrachtet. Das aber ist ein Trugschluss. „Lenins Auffassung zur gesellschaftlichen Funktion der marxistischen Partei erlaubt keine absolute, von den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes unabhängige Konzeption der Parteiorganisation.“ (Jupp Schleifstein)

Damit sind wir wieder bei der „praktischen“ Absicht: Die Umbenennung der „marxistischen Partei“ (Statut der DKP) in marxistisch-leninistische Partei.

Unser Statut definiert die DKP als „marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung“ und nicht als „marxistisch-leninistische Partei“. Dafür gab es Gründe. Diese Formulierung bedeutete nicht nur eine Abwendung von der Stalinschen Verflachung der einheitlichen Lehre von Marx, Engels und Lenin, sondern sollte die Distanzierung von „stalinistischen“ innerparteilichen Praktiken der Nachkriegs-KPD anzeigen. In Ausführung dieser Absicht heißt es ausdrücklich im Statut: „Wichtige politische Entscheidungen und längerfristige Handlungsorientierungen, die von Vorständen und

Parteikonferenzen beschlossen werden, müssen das Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder sein.“

Wenn die DKP, die heute unter Bedingungen der Legalität arbeitet, das nicht beachtet und den Demokratiedanken als Grundbestandteil unseres Programms und des wissenschaftlichen Sozialismus vernachlässigt, sich stattdessen wieder autoritären Vorbildern und manipulativen Praktiken verschreibt, kann sie sich zwar auf den Stalinschen „Leninismus“ berufen, nicht aber auf Lenin.

Dass die DKP seit langem Probleme mit dem Demokratischen Zentralismus im Leninschen Verständnis dieses Organisationsprinzips hat, beleuchten einige Fakten.

► So wurde 2006 ein Parteiprogramm verabschiedet, welches an wesentlichen Punkten vermerkt, dass man sich uneinig sei. Aber eine breite, demokratische Diskussion zur weiteren Klärung wurde danach nicht vom PV organisiert, weder von der früheren Mehrheit, noch von den Vertretern der jetzigen.

► Die Wahlbeteiligung zum EU-Parlament von 2009 wurde vom PV beschlossen, aber von der Parteiorganisation in Berlin ignoriert. Ähnlich boykottierten bei der letzten Wahl zum EU-Parlament 2014 (andere Parteiorganisationen) die DKP-Beteiligung.

► Die Sekretariatssitzungen des 18. und 19. PV waren darauf beschränkt – so berichten Insider – sich minimal zu verständigen, dann ging man wieder in seine Landesverbände und machte, was man für richtig hielt. Von wirklicher Führung keine Spur.

► Die Vertreter der jetzigen Partei-mehrheit organisierten sich und ihre Opposition seit Jahren um die Zeitschrift *Theorie und Praxis* und Hand in Hand mit Strömungen wie *Rotfuchs* oder auf Konferenzen unter dem Schlagwort „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Das war natürlich keine „Fraktionsarbeit“.

► Eine demokratische Debatte zu den letzten Parteitagbeschlüssen fand auf dem 21. Parteitag nach Ansicht der Minderheit nicht statt.

► Zwei Theoretische Konferenzen nach dem 20. Parteitag waren eher Schlagabtäusche und von Hetze und Verleumdungen als von pro-

duktiver Zusammenarbeit zur geistigen Annäherung gekennzeichnet, wie Teilnehmer berichten.

► Das Ringen um die Internet-Plattform *kommunisten.de*, welche für die Partei und die vorletzte Wahl zum EU-Parlament eingerichtet wurde, glich mehr einem bürgerlichen Machtkampf, als einer Entscheidungsfindung unter Kommunisten.

► Während der Parteitag am 3. Tag den Beschluss fasste, die DKP solle sich für den Austritt der BRD aus der EU eintreten, machte P. Köbele nur wenige Tage später in einem Interview mit der jW daraus: „Die Situation hier ist anders. Einerseits gehört die BRD zu den ausbeutenden Staaten. Es besteht aber auch ein Element in der EU, das den BRD-Imperialismus in seiner Konkurrenz mit dem französischen und britischen Imperialismus zurückhält. Deshalb formulieren wir hier nicht eindeutig ‚Raus aus der EU‘“. Gilt also der Vorsitzende mehr als der Parteitag?

Und zu dem tradierten Verständnis weiter Kreise aus Ostdeutschland und den Einflussbereichen von SED und SEW gehören auch Aussagen wie diese bekräftigende: „Demokratischer Zentralismus ist und war, dass das ZK oder Politbüro die Linie der Partei festlegte und wir in den Grundeinheiten das dann umsetzten.“ Solches Verständnis wird die DKP auseinander reißen, denn besonders im Westen der BRD und den Landesverbänden mit anderen Traditionen der Arbeit in Gewerkschaften und Bewegungen als in der DDR wird dem nicht gefolgt werden. Das belegen viele Diskussionsbeiträge und Erklärungen zum letzten Parteitag.

Transformationskonzepte

Ein dritter zentraler Aspekt der Orientierung auf die Ausrichtung als m-l-Partei ist das Verständnis der Rolle der Partei hinsichtlich Reform und Revolution. Und doch wurde er in der Debatte um den Leitantrag des PV an den 21. PT nur oberflächlich diskutiert. Patrik Köbele sagte in seinem Referat zum Leitantrag nur dies: „Die Einordnung unserer aktuellen Kämpfe in eine Strategie des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus

und die Suche nach Übergängen zum Sozialismus sind unverzichtbar. Die neue sozialistische Gesellschaftsordnung und die Überwindung des Kapitalismus lassen sich nur in einem langwierigen und komplizierten Prozess, im harten Klassenkampf durchsetzen. ... Die Beachtung der Dialektik von Reform und Revolution unterscheidet die Kommunistische Partei von Organisationen, die auf sogenannte „Reformalternativen“, „Transformationskonzepte“ und „wirtschaftsdemokratische Modelle“ orientieren, die diesen Unterschied verwischen.“

Einer tiefgehenden theoretischen Kritik des Konzepts der Überwindung des Kapitalismus durch „Transformationen“ weicht Köbele jedoch aus. Ja, seine „Suche nach Übergängen zum Sozialismus“ ist selbst nicht weit von reformistischen Transformationskonzepten entfernt. Und das 2006 verabschiedete Programm der DKP ist für Letztere weit offen. Hier Auszüge dazu:

Reformpolitik kann der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, vor allem des Transnationalen Kapitals, nicht ausweichen, sondern muss auf sie orientieren. Das erfordert zumindest Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals und wirft die Eigentumsfrage auf. **Herkömmliche soziale und demokratische Reformen rücken so näher an die Notwendigkeit grundlegender anti-monopolistischer Umgestaltungen heran.**¹ ... In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt. Ohne anti-monopolistische Eingriffe werden entsprechende Reformen und die erforderliche tief greifende Umverteilung des Reichtums von Oben

1– Hervorhebung hier ergänzt

nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentliche Haushalte, von den Reichen zu den armen Ländern nicht möglich sein. **Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des anti-monopolistischen Kampfes solche und andere anti-monopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.**² ... Dieser Kampf kann in anti-monopolistische Übergänge einmünden. Voraussetzung dafür ist, dass der anti-monopolistische Block über so viel außerparlamentarische Kraft und parlamentarischen Einfluss verfügt, dass er eine die gemeinsamen Interessen vertretende Regierung bilden kann. Gestützt auf starke außerparlamentarische Bewegungen, die Organisationen der Arbeiterbewegung und den Aufbau einer neuen demokratischen Macht können tief greifende politische und ökonomische Umgestaltungen eingeleitet werden, in deren Ergebnis die Macht des Monopolkapitals gebrochen wird. Die DKP ist stets davon ausgegangen, dass die anti-monopolistische und die sozialistische Umwälzung miteinander verbundene Entwicklungsstadien in dem einheitlichen revolutionären Prozess des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind. **Anti-monopolistische Umwälzung bedeutet eine Periode des revolutionären Kampfes, in der noch Elemente des Kapitalismus und schon Keimformen des Sozialismus vorhanden sind.**³ Zunächst werden noch die Elemente des Alten überwiegen, im Klassenkampf aber werden mehr und mehr die Wesenselemente der neuen Gesellschaft das Übergewicht erlangen müssen, wenn es der Konterrevolution nicht gelingen soll, den revolutionären Prozess zu ersticken. Wie sich dieser Weg konkret gestalten wird, hängt ab von der Kraft der Arbeiterklasse, der Stabilität ihres Bündnisses mit anderen demokratischen Kräften, vom Einfluss der Kommunistinnen und Kommunisten, aber auch von den Formen des Widerstands der Reaktion.

Solche Orientierungen und Strategien haben mit Lenins oder Marxens Verständnis vom Entstehen revolutionärer Umwälzungen und dem Verhältnis von Reform und Revolution entgegen allen anders lautenden Be-

schwörungen wenig gemein. Lenin formulierte einmal sinngemäß, dass selbstverständlich die Kommunisten nicht die objektiven Grundlagen für eine Revolution legten, sie könnten sich nur vorbereiten und ggf. bei einer entsprechenden Zuspitzung der Widersprüche den subjektiven Faktor in ihrem Sinne einbringen. An solchem Verständnis und den Schlussfolgerungen daraus fehlt es – nicht nur den Transformations-Propagandisten und großen Teilen der EL. Wer wie diese (und die derzeitige DKP-Minderheit) z.B. den Glauben verbreitet, die linken Widerstandskräfte in Europa und besonders in den südlichen Regionen hätten schon Stärke zur grundlegenden Beeinflussung und Umgestaltung der EU oder sie könnten diese Stärke erreichen, wenn man nur emsig und zielgerichtet genug an dem Zusammenschluss und der Förderung dieser Kräfte (Bewegungen) arbeiten würde, irrt nicht nur, sondern er orientiert und führt in Sackgassen, Resignation oder reformistische Illusionen. Eine anti-monopolistische Umwälzung etwa in Europa ist – wenn überhaupt – dementsprechend eben vor allem von der objektiven Zuspitzung der systemischen Widersprüche des Kapitalismus abhängig. Der zuletzt aus dem Programm der DKP zitierte Satz gibt eine völlig falsche politische Orientierung.

Während eine radikal auf Lenin und Marx ausgerichtete Politik – wie sie die Parteimehrheit für sich beansprucht – hinsichtlich des Verhältnisses von Reform und Revolution das DKP-Programm im skizzierten Sinne bereinigen und korrigieren müsste, wird dieses von beiden Strömungen weder thematisiert noch konkret angegangen. Die Mehrheit befleißigt sich verbaler Radikalismen und allgemein richtiger Positionierungen⁴: *Kommunistinnen und Kommunisten wissen um die Notwendigkeit, aber auch um die Grenzen von Reformen im Kapitalismus. Sie wissen, dass es „grundsätzlich falsch ist, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die Breite gezogene Revolution und die Revolution als die kondensierte Reform*

*vorzustellen“ (Rosa Luxemburg). Die Überwindung des Kapitalismus setzt den revolutionären Bruch voraus. Die DKP setzt sich zugleich im Kampf um Reformen für die Gegenwartsinteressen der arbeitenden Menschen ein. Und verzichtet dann linksradikal auf die Einflussnahme mit kommunistischen Positionen in der Europäischen Linken im EU-Parlament – einem anderen Hauptstreit auf dem Parteitag. Die Ausführungen Köbeles müssen aber z.B. ergänzt werden um die des PV-Mitglieds Beate Landefeld, die auch zur aktuellen Mehrheit in der DKP zählt. In einem Artikel in der *junge Welt* vom 24. Februar über „Die Zukunft der Revolution“ findet man die durch und durch transformatorische Orientierung: „Reformkämpfe können, wie die Geschichte zeigt, zu revolutionären Situationen hinüberleiten, nicht zuletzt durch das Agieren der Herrschenden.“ Wenn das nicht reiner klassischer Reformismus und „friedlicher Übergang“ ist, was dann?*

Lenin jedoch sah das „Hinüberleiten zu revolutionären Situationen“ ganz anders, etwa so, wie von ihm im ersten „Brief aus der Ferne“ im März 1917 beschrieben: „Damit aber die erste, die große Revolution von 1905 (...) zwölf Jahre später zu der ‚glänzenden‘, ‚glorreichen‘ Revolution von 1917 führen konnte (...) – so war dazu ein großer, mächtiger und allgewaltiger ‚Regisseur‘ notwendig, der imstande war, einerseits den Gang der Weltgeschichte ungeheuer zu beschleunigen und andererseits weltumfassende Krisen, wirtschaftliche, politische, nationale und internationale Krisen von ungeahnter Intensität hervorzurufen. Außer der ungewöhnlichen Beschleunigung des Ganges der Weltgeschichte waren besonders schroffe Wendungen in ihrem Verlauf notwendig, damit bei einer dieser Wendungen der Karren der blut- und schmutzbesudelten Romanowschen Monarchie so schlagartig umstürzen konnte. Dieser allgewaltige ‚Regisseur‘, dieser mächtige Beschleuniger war der imperialistische Weltkrieg.“ Nun, dieser Beschleuniger hatte wohl kaum etwas mit „hinüberleitenden Reformkämpfen“ zu tun.

Die Minderheit der Partei dagegen hält offen an der reformistischen

2– Eine Zwischenüberschrift an dieser Stelle lautet: *Durch anti-monopolistische Umwälzungen den Weg zum Sozialismus öffnen. Unterstreichung hier ergänzt*

3– Unterstreichung hier ergänzt

4– Patrik Köbele in seinem Parteitageferat

Transformation des Kapitalismus in der EU und einer – in der Praxis – weitgehend kritiklosen Politik des Zusammenführens und der Stärkung bestehender Bewegungen fest. Das *Netzwerk kommunistische Politik* in der DKP, sowie – da personell sehr damit verbunden – der Verein *marxistische Linke* außerhalb der DKP belegen das in ihrer Praxis. Und theoretisch, etwa wenn das *Netzwerk* in einem Offenen Brief vom 6.8.16 die DKP-Mehrheit und -Führung so kritisiert: *Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten hat die DKP mit der Forderung nach Austritt der BRD aus der EU, der Festlegung auf eine Eigenkandidatur bei den Bundestagswahlen 2017, mit dem Beschluss, die Mitgliedschaft mit Beobachterstatus und die Mitarbeit in der Europäischen Linkspartei einzustellen, in ein (bündnis-)politisches Abseits gestellt. Die verbalen Angriffe auf die Friedensbewegung sowie die vielfach vorgetragene undifferenzierte und unsolidarische Beurteilung von Gewerkschaften und Gewerkschaftspolitik ergänzen das Bild einer zunehmend sektiererischen Positionierung der Parteiführung.*⁵

Und in der Satzung der *marxistischen Linken* werden als Zielsetzung formuliert: *... soziales und emanzipatorisches, ökologisches, antimilitaristisches sowie demokratisches und progressives Denken und Handeln zu fördern, was die entscheidende Voraussetzung⁵ für die Überwindung des Kapitalismus ist; die politische und ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klasse zu befördern; zum gemeinsamen politischen Handeln der demokratischen und alternativen Linken in Deutschland sowie auf internationaler Ebene beizutragen, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln und den Aufbau eines festen gesellschaftlichen und politischen Blockes gegen den Neoliberalismus zu befördern.*

Allerdings ist nicht bekannt, dass es je seitens der Vertreter der jetzigen DKP-Minderheit eine Initiative der Kritik und zur Verankerung kommunistischer Positionen in der EL oder in der Friedensbewegung gegeben hätte, die eine solche Charakterisierung verdient. Es ist in der Praxis so, dass

fast immer an der ersten Stelle das Kriterium der „Bündnisfähigkeit“ und der Vermeidung von Isolierung in den bestehenden Bewegungen die eigene Positionierung bestimmt. Das gilt z.B. für die Haltung zum Krieg in Syrien, zur syrischen Staatsführung, zum Krieg im Allgemeinen, zur Politik der Kurden, besonders derer in Syrien. Aber es trifft ebenso auf gewisse Positionen der EL (bzw. ihrer Mitglieder) zu, sei es zur griechischen Krise, sei es die Haltung zur EU, zu China oder zur russischen Aggression gegen die Ukraine.

Zusammengefasst:

Der Abschluss des 21. Parteitag mit der 3. Tagung Ende Februar ist der Abschluss einer Ausrichtung, die die DKP wieder zu einer Partei nach Wesen und Stil der SED und der KPdSU macht – ergänzt um eine deutlich linksradikale und sektiererische Komponente. Das drückt sich in den programmatischen Festlegungen und Entscheidungen aus, die hier behandelt wurden, und die von der gegenwärtigen Minderheit vielfach kritisiert wurden: Austritt aus der EL, ml-Ausrichtung mit mehr oder weniger offener Stalin-Verehrung, Einschränkung der innerparteilichen Demokratie, Selbstherrlichkeit in der Spitze und Führungsgläubigkeit sind die wesentlichen Punkte. Zudem liegen den strategischen Orientierungen der jetzigen Parteimehrheit trotz vielfach anderem Wortgeklingel eindeutig reformistische Transformationskonzepte verdeckt zu Grunde.

Die Parteiminderheit hat dagegen kein wirklich kommunistisches Führungskonzept und verharret offen auf den Grundkonzepten der reformistischen Transformation⁶ und der Hauptzielsetzung des Zusammenführens „linker“ Bewegungen unter Vermeidung von Positionen und Kritik, die zu Isolierung führen könnten – bei konsequenter Anwendung ein Konzept zur Anpassung an der Stand der Bewegungen. Passend zur Vermeidung jeglichen Führungsanspruchs

– auch dem, den jede politische Partei an sich selbst stellen muss, wenn sie wirklichen Einfluss gewinnen will.

Im Programm der DKP von 2006 wird an mehreren Stellen vermerkt, dass man sich über die Einschätzung und Schlussfolgerungen aus der strategischen Niederlage der kommunistischen Bewegung in Mittel- und Osteuropa nicht einig sei: *Trotz seiner wahrhaft historischen Leistungen hat der Sozialismus in Europa eine Niederlage erlitten. Sie hat innere und äußere, ökonomische, ideologische und politische, objektive und subjektive Ursachen. Dafür haben wir bisher noch keine abschließenden Erklärungen; die Diskussion dazu findet in der DKP statt. ... Zahllose Menschen, auch Mitglieder der KPdSU, der Roten Armee und der Kommunistischen Internationale fielen dem [Massenverfolgungen und Verbrechen] zum Opfer. Das hat dem Sozialismus und seinem Ansehen schwer geschadet. ... Bisherige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen daraus wurden Bestandteil des politischen und organisationspolitischen Selbstverständnisses der DKP; dieser Prozess wird weitergeführt. ... Die DKP stellt sich der Aufgabe, die Ursachen für die Niederlage aufzudecken und daraus Schlussfolgerungen für künftige sozialistische Entwicklungen zu ziehen.*

Diesem Anspruch ist die DKP als Organisation seit 2006 und nunmehr 26 Jahre nach der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa nicht annähernd gerecht geworden. Ja, teilweise werden die „Erkenntnisse und Schlussfolgerungen“ von 2006 in der Praxis sogar zurück gefahren, negiert oder mit politischem Schweigen bedacht – ganz zu schweigen von einer Vertiefung und radikalen Aufarbeitung. Obwohl der Alp der kommunistischen Vergangenheit im Europa des 20. Jahrhunderts an unsäglich vielen Stellen der Tagespolitik immer noch auf der Bewegung lastet und sie lähmt. Es ist sicher, dass die DKP in jetziger Verfassung mit Mehrheit und Minderheit keine spürbaren Beiträge zur Befreiung von diesem Alp, den besonders die SU und KPdSU unter Stalin erzeugt hat, leisten kann und wird.

5– Das ist keine kommunistische Position. Die Kommunisten waren stets der Ansicht, dass entscheidend der Reifegrad des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist sowie eine derartige krisenhafte Zuspitzung, dass die Herrschenden den Unterdrückten keinerlei Lösungen mehr anbieten können. Unter diesen „entscheidenden Voraussetzungen“ kann der subjektive Faktor Ausschlag gebend werden.

6– Konsequenter Weise unterstützt sie auch das entsprechende Netzwerk **Transform** in der EL.

Das Wegschauen beenden

Erklärung zum Syrienkrieg Aus dem wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland

Wir möchten vorausschicken: *Erstens* ist uns nicht verborgen geblieben, dass Russland und Iran, die auf der Seite des Assad-Regimes in den Krieg eingetreten sind, ihre eigenen Interessen und strategischen Ziele verfolgen. *Zweitens* haben wir den Gewalteininsatz und die frühzeitige Einmischung ausländischer Staaten in den innersyrischen Konflikt von Beginn an für falsch gehalten und kritisiert: den Gewalteininsatz von Assad gegen die friedlichen Demonstranten, die gegen die Diktatur auf die Straße gegangen waren, ebenso wie gegen die Waffenlieferungen des Westens an die angeblich moderaten Rebellen und alle darauf folgenden Kriegshandlungen.

Entgegen der im Westen herrschenden *Mainstream*-Meinung stellen wir jedoch fest: Russland und Iran haben zunächst alle Möglichkeiten für eine diplomatische und friedliche Lösung des Konfliktes ausgeschöpft; erst als sich dieser Versuch als aussichtslos erwies, haben sie militärisch eingegriffen und den Krieg in Aleppo vorerst beendet. Dafür Russland nun zu verurteilen, wie es die westlichen *Mainstream*-Medien fast einhellig tun, halten wir für absurd, genauso wie die einseitige Schuldzuweisung jener Gruppe von Prominenten aus Kultur und Politik, die am 7. Dezember 2016 vor der russischen Botschaft in Berlin unter dem Motto „Aleppo-Putins Schande!“ demonstriert haben. Wir fordern die Initiatoren und UnterzeichnerInnen des betreffenden Aufrufs zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonflikts auf. Zu diesem Zweck rufen wir einige Fakten in Erinnerung

– Nach Aussagen des ehemaligen Oberkommandeurs der NATO, General Wesley Clark, begann die US-Regierung bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 mit den Planungen des Regimewechsels in sieben Län-

dern, die von den USA als Gegner angesehen wurden, darunter Afghanistan, Irak, Libyen und auch Syrien. Um dort dieses Ziel zu erreichen, haben die USA seit 2005 die Rahmenbedingungen geschaffen. Dazu gehörte neben zahllosen medialen Propagandaaktionen gegen das Assad-Regime, die – von den USA gemeinsam mit Saudi-Arabien, Katar und Israel betriebene – Finanzierung und Ausbildung einer Armee von Dschihadisten, die fortan in der westlichen Berichterstattung unter dem verharmlosenden Label „gemäßigte Opposition“ firmierte. Dabei gehörten die weitaus stärksten militärischen Kräfte dieser Opposition dem Al-Kaida-Netzwerk und der radikal-islamischen al-Nusra Front an, die zuvor von den USA selbst als „Terror-Organisationen“ eingestuft worden waren. Diese Truppen sollten für den Sturz der Regierungen in Damaskus und Teheran eingesetzt werden, wie der renommierte Journalist und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh bereits 2007 aufdeckte.

– Nach dem Beginn des Syrienkonflikts hat sich Russland zunächst nicht eingemischt, solange dieser Konflikt noch als ein rein innenpolitischer Konflikt angesehen werden musste. Erst als es dem „Islamischen Staat“, dessen Ursprung auf den Sturz Saddam Husseins und die Zerstörung Bagdads durch die USA im Frühjahr 2003 zurückgeht, gelang, mit den Mitteln des Terrors und mit militärischer und logistischer Unterstützung durch die Geheimdienste der USA, Saudi-Arabiens und der Türkei im Norden des Irak weite Gebiete mit der Metropole Mossul unter ihre Gewalt zu bringen, ist Russland aktiv auf der Seite der syrischen Regierung eingetreten. Denn es befürchtete zu Recht, es ginge auch in Syrien um einen Regime Change und um einen damit einhergehenden Verlust des russischen Militärstützpunkts im Mittelmeer.

– Bekanntlich hatte Präsident Obama den Einsatz von Chemie-

waffen als ‚Rote Linie‘ der USA für ihren Kriegseintritt gegen Assad benannt. Als am 21. August 2013 bei einem Giftgas-Angriff in Ghuta bei Damaskus Hunderte von Menschen auf grausame Weise ums Leben kamen, schien der *Casus Belli* eingetreten zu sein. Obama kündigte an, auf den Einsatz chemischer Waffen durch das Assad-Regime mit „einem gezielten militärischen Schlag zu antworten.“

Indes konnte Seymour Hersh schon am 8. Dezember 2013 in einem langen Artikel im „London Review of Books“ nachweisen, dass der Giftgas-Angriff in Ghuta nicht dem Assad-Regime angelastet werden kann, wie es bis heute geschieht. Nach Aussage des Ex-CIA-Agenten Ray Mc Govern, der zu den Chef-Analysten des CIA gehörte, konnten die mit Sarin bestückten Raketen, die angeblich aus einem Gebiet abgefeuert wurden, das unter der Kontrolle der Assad-Regierung stand, nicht von dort kommen. Assads Raketen hatten einfach nicht die nötige Reichweite. Auch handelte es sich nicht um den Typ Sarin, den die syrische Armee lagerte, wie eine spätere, vom britischen Geheimdienst M16 durchgeführte Labor-Analyse ergab. Und sollte ausgerechnet Assad so dumm und dreist gewesen sein, um vor den Augen der Weltöffentlichkeit selbst und eigenhändig den Kriegsgrund für die USA zu liefern und sein eigenes Todesurteil zu signieren?

Am 23. Oktober 2013 berichtete die türkische Zeitung „Today's Zaman“ von der Pressekonferenz zweier Abgeordneter der „Republikanischen Volkspartei CHP, Eren Erdem und Ali Seker, auf der sie Dokumente und Audio-Kassetten vorlegen konnten, in denen Details beschrieben wurden, wie Sarin in der Türkei produziert und an die terroristische al-Nusra Front weitergegeben wurde. Ein ehemaliger Offizier vom Nachrichtendienst in den USA klärte Hersh über die Zusammenhänge auf: „Wir wissen jetzt,

dass der Gasangriff vom 21. August eine verdeckte Aktion von Erdogans Leuten war, um Obama über die ‚Rote Linie‘ zu stoßen.“ (Man fühlt sich an die Propaganda-Lüge von den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins erinnert, die der Bush-Regierung seinerzeit den Grund für den Einmarsch in den Irak geliefert haben.)

Am 31. August kündigte Obama im Rosengarten des Weißen Hauses überraschend an, dass der Angriff auf Syrien aufgeschoben würde und dass er erst das Votum des Kongresses einholen wolle. Inzwischen waren nämlich die Chemieproben aus Ghouta analysiert und vom britischen Geheimdienst weiter nach Porton Down, USA, und an General Martin Dempsey weitergeleitet worden. Auf Grund dieses Berichtes erklärte der US-General dem Weißen Haus: ein Angriff auf Syrien wäre ein ungerechtfertigter Akt der Aggression, denn das Sarin aus Ghouta stamme nicht aus den Arsenalen des syrischen Militärs. Obama wählte daraufhin den Plan B: Kein Bombenangriff, wenn Assad der Vernichtung all seiner chemischen Waffen unter Aufsicht der UNO zustimmen würde. Das Weiße Haus wollte jedoch seinen Irrtum nicht eingestehen. Das Assad-Regime musste auch nach diesem Kurswechsel für den Giftgas-Einsatz verantwortlich gemacht werden.

– Es war schließlich Russland und kein anderer Staat, das mit diplomatischem Geschick diesen Kurswechsel dazu nutzte, dass sämtliche Chemiewaffen Syriens unter Mitwirkung der USA und der Kontrolle der UN vernichtet wurden. Die Bemühung Russlands, die Massenvernichtungswaffen Syriens abzurüsten, war eine friedenspolitische Leistung, die indes von den Regierungen und Medien des Westens mit keinem Wort gewürdigt worden ist.

– Der Bundeswehrgeneral und ehemalige Vorsitzender des Nato-Militärausschusses Harald Kujat, konstatierte oft und zu Recht, dass durch den Kriegseintritt Russlands die Genfer Syrienkonferenz überhaupt erst möglich geworden ist. Russland und Iran haben sich darüber hinaus auch große Mühe gegeben, um den Syrienkrieg diplomatisch und auf dem Verhandlungswe-

ge zu beenden. Sie haben Vorschläge für mehrtägige Waffenruhen in Aleppo immer wieder akzeptiert, während die Rebellen die Waffenruhe für ihre weitere Aufrüstung missbrauchten. Aber die westlichen Verbündeten, Saudi Arabien, die Golfstaaten, Israel und vor allem die bewaffneten Rebellen waren es, die jegliche Verhandlungen mit Assad ablehnten und seinen Sturz zur Vorbedingung für Verhandlungen machten. Dem Westen und den USA fehlte offensichtlich der Wille, ihre Krieg und Unruhe stiftenden Verbündeten zu einer Verhandlung mit Assad zu zwingen. Dabei müsste es jedem Politiker mit Weitsicht und Verstand sonnenklar gewesen sein, dass Assad überhaupt nicht zurücktreten kann, selbst wenn er wollte. Man hat es im Westen nie verstanden oder verstehen wollen: Assad repräsentiert sämtliche religiösen Volksgruppen und Minderheiten, insbesondere Aleviten, Christen, Yeziden und andere in Syrien, die sein Regime wegen seines erklärten Laizismus unterstützen und von ihm auch erwarteten, nicht einfach das Feld zu räumen und es dem IS zu überlassen mit der sicheren Aussicht einer dann zu erwartenden Massenabschlachtung der religiösen Minderheiten und Aleviten.

– Prof. Günter Meyer, langjähriger Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, erklärte in einem Interview am 15.01.2017 mit der heute-Redaktion: „Ohne die militärische Intervention Russlands im September 2015 wäre inzwischen nicht nur Aleppo komplett von den Dschihadisten erobert worden. Auch das Assad-Regime wäre längst zusammengebrochen. Damit hätten die Assad-Gegner unter Führung der USA ihr Ziel des Regimewechsels zwar erreicht. Die Macht hätten jedoch die stärksten militärischen Kräfte an sich gerissen. Und das wären die islamistischen Extremisten, wie die zum Al-Kaida-Netzwerk gehörende Nusra-Front und der von der internationalen Allianz unter US-Führung bekämpfte Islamische Staat (IS). Wem, wie israelische Politiker erklärten, eine solche Terrorherrschaft lieber ist als das Assad-Regime, der kann Putin vorwerfen, dass er dies verhindert hat.“

– Freilich ist es mehr als zu beklagen, dass dabei Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen zerstört wurden und seit September 2015 durch die Bomben Russlands in Ost-Aleppo und Idlib bis zu 10 000 syrische Zivilisten starben. Zwar widerstrebt es uns, die Toten beider Seiten gegeneinander aufzurechnen. Doch angesichts der einseitigen antirussischen Berichterstattung und Propaganda in den West-Medien muss daran erinnert werden, dass 40.000 irakische Zivilisten – mindestens viermal so viel wie in Aleppo – seit August 2014 durch die Bomben der US-Geführten Koalition starben. Davon allein 15.000 in der Region Mosul. Seit 1980 haben allein die USA 14 muslimische Länder überfallen, besetzt oder bombardiert. Nicht ein einziges Mal griff in den letzten zwei Jahrhunderten ein muslimisches Land den Westen an.

„Die deutsche Bundesregierung“, schreibt Jürgen Todenhöfer, „sitzt wie der gesamte westliche Mainstream in der ‚Fankurve‘ der USA und betreibt ‚Fankurven-Politik‘: Danach sind amerikanische Bomben gute Bomben, russische Bomben böse Bomben. Moralische Objektivität darf man von Fans nicht erwarten... Al-Quaida und der IS haben in den letzten 20 Jahren mit ihren Terroranschlägen im Westen rund 5000 Menschen ermordet. Inklusive der Anschläge vom 11. September 2011. Wir haben uns zu Recht über diese Anschläge entsetzt... Aber der Westen hat laut Organisation ‚Ärzte gegen den Atomkrieg‘ seit 2001 allein im Irak, in Afghanistan und in Pakistan den Tod von 1,3 Millionen Menschen auf dem Gewissen. Doch es waren eben ‚nur‘ Iraker, Afghanen, Pakistaner.“ (zit. nach der Freitag, 5. Januar 2017)

Auch bei der Evakuierung der Rebellen durch syrische, iranische und russische Militärs haben wir in den hiesigen Medien immer nur von einer schuldigen Kriegspartei gehört: Russland und Iran. Als aber die Rebellen für jedermann ersichtlich acht syrische Busse, die zur Evakuierung der Rebellen und ihrer Familien gekommen waren, in Brand geschossen haben, waren die selben Medien plötzlich sprachlos, es gab kaum Berichte darüber, warum die Rebellen diese Tat begangen haben.

– Wenige Tage nachdem die Evakuierung Aleppos als beendet erklärt wurde, haben bei ihrem Treffen in Ankara Russland, die Türkei und Iran eine Garantie dafür angeboten, dass ab jetzt der Syrienkonflikt auf diplomatischem Wege und durch Verhandlungen beendet werden sollte. Auch hier müssen wir mit Bitterkeit feststellen, dass sich kein einziger westlicher Politiker darum bemüht hat, Wladimir Putin, Hassan Rouhani und Recep Tayyip Erdogan beim Wort zu nehmen und ihr Garantieangebot als wichtig und konstruktiv hervorzuheben. Westliche Politikerinnen und Politiker scheinen nicht in der Lage zu sein, auf solche friedenspolitisch sehr wichtigen Signale zu reagieren.

Es befremdet uns außerordentlich, dass die West-Medien, auch die UnterzeichnerInnen des antirussischen Aufrufs, mit keinem Wort die fatale US-amerikanische Politik des Regime Change im Nahen und Mittleren Osten erwähnen, geschweige denn kritisieren. Sind doch das offenkundige Ergebnis dieser Politik lauter „failed states“, sog. gescheiterte Staaten, die den Nährboden für die weitere Ausbreitung des Terrorismus und den Hauptgrund für die anhaltenden Flüchtlingsströme bilden. Wie blind- fragen wir- muss man eigentlich sein, um eine schwer zu leugnende Realität zu übersehen? Dem Syrien-Experten Prof. Günter Meyer wie auch Michael Lüders zufolge, dem kenntnisreichsten Mittel- und Nahostexperten in Deutschland, tragen die US-Regierung mit George W. Bush die Hauptverantwortung auch für den Syrienkrieg, weil sie mit dem Einfall in den Irak unmittelbar die Rahmenbedingungen für die Entstehung des IS geschaffen haben. Die USA und Deutschland haben Saudi-Arabien, den Hauptwaffenlieferanten des IS und anderer Terrorgruppen, die am Syrienkrieg beteiligt sind, seit 2010 mit über 130 Milliarden Dollar massiv aufgerüstet und damit einem gefährlichen Wettrüsten im Mittleren Osten kräftigen Aufschub erteilt.

Der katholische Theologe Eugen Drewermann hat diese Politik kürzlich in einem Interview auf den Punkt gebracht: „Bereits 1991 stellte Paul Wolfowitz, Berater mehrerer US-Präsidenten und späterer

Weltbankchef, eine höchst korrupte Persönlichkeit, die Agenda auf, die jetzt abgearbeitet wird: wie man den Irak und Syrien zerstört, wie man Libanon, die Hisbollah destabilisiert, Libyen angreift, den Iran dazwischen nimmt. Man kann von Glück sagen, dass Obama gegen Ende seiner Amtszeit diesen Spuk beendete, hatten doch die Israelis alle paar Tage damit gedroht, der angeblichen atomaren Gefahr, die vom Iran ausgehe, durch einen Großangriff zu begegnen.“ (www.jungewelt.de/2016/12.14/069.php)

Angesichts all dieser Tatsachen und des neuen Kalten Krieges zwischen dem Westen und Russland, der immer mehr Fahrt aufzunehmen scheint, sind wir außerordentlich besorgt über die einseitige pro-westliche und anti-russische Parteinahme wider besseren Wissens. Wir rufen deshalb alle gesellschaftliche Gruppen dazu auf, sich zusammen mit der Friedensbewegung für konflikt- und kriegsvorbeugende Wege in die politischen Auseinandersetzung einzubringen, die es z. B. für den Mittleren Osten schon immer gegeben hat

und auch heute noch gibt: Gemeint ist eine internationale Initiative für Kooperation und gemeinsame Sicherheit für den gesamten Mittleren und Nahen Osten, die die absehbare Entwicklung in der Region als weltpolitisches Pulverfass verhindert hätte. Auch heute müsste eine solche Perspektive vor den Anfang einer jeden Genfer Syrienkonferenz gestellt werden.

25. Januar 2017.

Prof. Dr. Elmar Altvater, Prof. Dr. Rudolph Bauer, Prof. Dr. Armin Bernhard, Dr. Axel Bust Bartels, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. Wolfgang F. Haug, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. John P. Neelsen, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf.

Dieser Text wurde zuerst am 27.01.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL <http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/170126-erklarung-wiss-Beirat-zu-syrien-3Fassung.pdf> veröffentlicht.

Anzeige



TRUMP BAYERS Trumpf

Topthema
im neuen Magazin

www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de

Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf

facebook/Coordination

**STICHWORT
BAYER**

Konzerkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

Deutsche Befindlichkeiten

Wie eine vorgebliche Antisemitismusbekämpfung zur ideologischen Farce gerät

Irgendwann in der ersten Hälfte des vorigen Jahrzehnts widerfuhr mir in Deutschland etwas, das ich im nachhinein als eine Art Zeitenwende begreife. Am Ende einer von einer renommierten deutschen Stiftung veranstalteten Konferenz, zu der ich eingeladen worden war, meldete sich ein Stiftungsstipendiat zur Wort und beschied mir (ich habe den Wortlaut noch im Ohr), dass „wir schon seit einiger Zeit vorhaben, Sie in Deutschland zu erledigen, und es freut uns zu sehen, dass es uns auch gelingt“. Der harsche Ton des jungen Mannes zeugte von einer Aggression, die mich in jenem Moment überraschte, da ich sie nicht einzuordnen verstand. Zwar hatte ich mich in meinem gerade vorgetragenen Referat mit einem Thema befasst, das auch eine gewisse Kritik an Israel zum Inhalt hatte, aber die Reaktion darauf und die mit ihr einhergehende Drohung überschritt die legitime Grenze gängiger akademischer Debatten. Verstörend wirkte auf mich auch der Beifall für die ausformulierte Aggression des Studenten bei einem Teil des Publikums. Es gab da offenbar in der Tat ein „Wir“, das mich zum Feind erkoren und sich gegen mich organisiert hatte.

Es sollte sich herausstellen, dass dieses „Wir“ sich „antideutsche Kommunisten“ nannte. Zwar hatten sie, das konnte man bald genug feststellen, mit Kommunismus nicht sehr viel im Sinn, dafür beteiligten sie sich umso emphatischer an vehementen, teilungsfreudigen Richtungskämpfen. „Antiimps“ (Antiimperialisten) nannte sich das eine Lager, „Antifa“ (Antifaschisten) das andere. Beide Lager hätten sich auf Weltanschauungsmomente des sowjetischen Kommunismus berufen können – auf den „antifaschistischen Krieg“ der Sowjets gegen die Nazis zum einen, auf den „Imperialismus als höchstes Stadium der Kapitalismus“ zum anderen –, aber darum ging es letztlich nur vordergründig. Denn nicht nur mit dem Kommunismus hatte diese Bewegung nicht sehr viel zu schaffen,

auch ihr Anspruch, „antideutsch“ zu sein, erwies sich als hohles Gerede: Da ihnen ihre historische Identifikationsmatrix infolge des Zusammenbruchs des Sowjetkommunismus abhanden gekommen war, fand der Antifazweig der ehemals „antideutschen Kommunisten“ seine neue Identität in einem nebulösen Antideutschtum, das sich darin manifestierte, dass man sich mit „Juden“ vorbehaltlos zu solidarisieren habe, weil Deutschland Schlimmstes an ihnen verbrochen hatte. Von selbst versteht sich, dass eine solche Motivationslogik gerade im Versuch, sich der historischen Schuld zu entschlagen, durch und durch deutsch war. Wenn Hitler, Adorno zufolge, den Menschen einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen hatte, so war dies im Fall der Nachfolgegenerationen des Naziregimes nur deutsch zu denken. Nicht nur also keine Kommunisten, sondern auch keinesfalls antideutsch, sondern deutsch, wie man es als Generation der Täterenkel eben nur sein kann.

Mit den „Juden“ solidarisierte man sich freilich abstrakt. Das hat eine lange Tradition, denn sowohl der Antisemit als auch der Philosemit haben es zumeist nicht mit dem konkreten, real existierenden Juden zu tun; der könnte sich ja im Negativen wie im Positiven als weniger ideal erweisen, als es das beiden gemeinsame Ressentiment will. Der Jude wird abstrahiert, damit man unbeschadet auf ihn negativ wie positiv projizieren kann – je ferner man ihn vom eigenen Sicht- und Erfahrungsfeld weiß, desto besser. Hierfür kam nun der im fernen Nahen Osten bestehende Nationalstaat der Juden besonders zupass. Denn nicht nur konnte man nun die „Juden“ noch effektiver entkonkretisieren, sondern man durfte sie sich nun als ein abstraktes politisches Kollektivsubjekt denken, das Subjekt des zionistischen Staates Israel. Und als solches Subjekt wurden sie pauschal als Überlebende des Holocaust und ihr Staat entsprechend als eine geheiligte Zufluchts-

stätte apostrophiert. Die Juden also in „Israel“ wissend, blieb nur noch eins zu verrichten: den „Antisemitismus“ im eigenen Land zu bekämpfen, und zwar rücksichtslos.

Unverbrüchliche Israel-Solidarität

Wo soll man anfangen, um die für den gegenwärtigen Antisemitismus-Diskurs in Deutschland charakteristischen Verzerrungen zu entzerren? Die dafür notwendigen begrifflichen Voraussetzungen enthalten bereits die Koordinaten dessen, was im besten Fall ein Missverständnis ist, im Grunde aber auf eine interessengeleitete Manipulation hinausläuft: Judentum, Zionismus und Israel werden in eins gesetzt, damit Antisemitismus, Antizionismus und Israelkritik als eine einheitliche Kategorie behandelt werden können. Mehrere Gründe gibt es für dieses Zerrbild. Zum einen will es das zionistische Israel so – es wähnt sich als Heimatland aller Juden, begreift mithin die außerhalb Israels lebenden Juden (immerhin die Hälfte des jüdischen Volkes) als diasporische bzw. Exiljuden. Zum anderen wollen es Nichtjuden oft so – das erleichtert ihnen den Umgang mit „Juden“, die sie, wie gesagt, als Kategorie abstrahieren, sei es, weil ihnen die Differenzierungen innerhalb der Judenheit zu lästig sind, sei es, weil sie die Juden ohnehin am liebsten in „ihrem Land“ (Israel) wissen wollen. In Deutschland gibt es zudem die Verbandelung von nichtjüdischen Israel-Freunden (von denen die ehemals sogenannten „Antideutschen“ die lautstärkste Gruppe bilden), jüdischen Amtsträgern und Mitgliedern jüdischer Gemeinden mit der staatsoffiziellen deutschen Israel-Politik und einer sich in bezug auf „Juden-Zionismus-Israel“ selbstzensurierenden Medienwelt. So randständig die „Antideutschen“ zumindest zahlenmäßig sein mögen, so dürfen sie sich dem Kontext nach dem vorherrschenden Antisemitismus-Diskurs zurechnen. Die Matrix

dieser Konstellation besteht in einer unverbrüchlichen Israel-Solidarität – bei vielen in Deutschland lebenden Juden aus Schuldgefühl darüber, dass sie nicht in Israel leben (mithin dem pejorativen Bild des diasporischen Juden in den Augen vieler Israelis entsprechen); bei den Israel-solidarischen Deutschen aus dem Schuldgefühl darüber, was Deutsche im 20. Jahrhundert an Juden verbrochen haben, und dem Bestreben, das Verbrochene „wiedergutzumachen“.

Was dabei sorgsam außer acht gelassen wird, sind grundlegende geschichtliche, kulturelle und strukturelle Verhältnisse. Zunächst und vor allem: Nicht alle Juden sind Zionisten, nicht alle Zionisten sind Israelis, und nicht alle Israelis sind Juden. Wer dies nicht begreift, liegt bei aller weiteren Erörterung des hier anvisierten Problems bereits auf einer schiefen Bahn. Es gibt nicht- und sogar antizionistische Juden, die sich ihr Judentum nicht vom Zionismus, geschweige denn vom zionistischen Staat vorschreiben lassen. Da wären an allererster Stelle die Hauptströmungen im orthodoxen Judentum aufzuzählen. Es gibt viele Israelis, die ihrem Land gegenüber, ob seiner staatsoffiziellen Politik und deren Auswirkungen, die sie in jeglicher Hinsicht für katastrophenträchtig erachten, kritisch eingestellt sind; auch sie wollen sich ihren Zionismus weder vom Staat noch von seinen Anhängern im Ausland in Frage stellen lassen. Es gibt zionistische Israelis, die mit der jüdischen Religion, erst recht aber mit ihren verdinglichten Manifestationen nichts am Hut haben. Es gibt religiöse Israelis, die ihren Glauben nicht für fremdbestimmte politische Zwecke instrumentalisiert sehen möchten. Es gibt gewöhnliche israelische Bürger, die beim Denken an mancherlei Praktiken ihres Landes und an den massiven Zuspruch, dessen sich diese Praktiken erfreuen, um den Schlaf gebracht sind. Weitere Einstellungs- und Gesinnungskategorien ließen sich in diesem Zusammenhang anführen. Davon soll hier aus Raumgründen abgesehen werden.

Es geht aber um mehr. Denn paradoxerweise war der Zionismus immer schon am Fortbestand des Antisemitismus in der Welt interessiert. Da er sich historisch als Reaktion auf den europäischen Antisemitismus

gebildet hatte, war er dialektisch immer schon mit dem Antisemitismus zweckgerichtet verschwistert: Je drückiger es den Juden in der Welt ging, desto günstiger war dies für die Erfüllung eines zentralen Postulats des Zionismus – der Auswanderung der Juden aus ihren Ländern in das zionistische Israel. Das zionistische Israel hat den Antisemitismus nie bekämpft, sondern ganz im Gegenteil ideologisch stets herbeigewünscht – es gibt nichts Schlimmeres für den Zionismus als Juden, die sich außerhalb Israels in ihren Ländern wohlfühlen. Solche Juden pflegte die israelische Ideologie stets als „diasporisch“ zu schmähen. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, dass es dem klassischen Zionismus nie um den Juden qua Juden ging, sondern stets um den „neuen Juden“, mithin um die Rechtfertigung des Zionismus als historische Antithese zu der als „diasporisch“ abgewiesenen Judenheit. Juden, die sich als Nichtzionisten sahen, etwa Kommunisten aus internationalistischer Gesinnung, (ultra)orthodoxe Juden aus theologischen Beweggründen oder schlicht Juden, die sich in ihren eigenen Ländern wohl fühlten, waren dem Zionismus fremd, und oft genug begegnete man ihnen mit ideologischem Ressentiment und arrogantem Überlegenheitsgefühl.

Brutales Okkupationsregime

Aber es gibt noch einen weiteren Wirkungszusammenhang zwischen dem zionistischen Israel und dem Antisemitismus, der hier besonders hervorgehoben werden muss: Denn ungeachtet der Tatsache, dass ein genuiner Antisemitismus in der Welt grassiert, den es zu bekämpfen gilt (er gehört in den Bereich anderer menschenverachtender Ideologien wie Rassismus, Fremdenhass und spezifisch die Islamophobie, die es allesamt zu bekämpfen gilt), kann nicht ignoriert werden, dass Israel seit bald fünfzig Jahren ein brutales Okkupationsregime betreibt, das weltweit (zuletzt im UN-Sicherheitsrat) Empörung auslöst und verurteilt wird. Es handelt sich um eine völkerrechtswidrige Praxis, mit der sich Israel vor allem an der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland vergeht, eine Praxis, die inzwischen nicht nur

vom Gros der israelischen Bevölkerung goutiert bzw. stillschweigend hingenommen wird, sondern auch von Israels Legislative und der gerade in dieser Hinsicht höchst aktiven Exekutive offiziell abgesegnet und mit Emphase forciert wird. Israel hat sich dabei in eine historische Sackgasse hineinmanövriert. Es steht vor der Wahl zwischen der (nicht gewollten) Zwei-Staaten-Lösung, deren Verwirklichung in einen innerjüdischen Bürgerkrieg münden könnte, und der sogenannten binationalen Lösung, die aber als Apartheid-Struktur vollzogen würde. Dass beide Lösungen das Ende des historischen zionistischen Projekts bedeuten könnten, mag, ja muss einen um sein Land besorgten Israeli in die Kritik, womöglich auch in die politische Agitation treiben. Wenn die Absegnung des bestehenden Zustands mit messianisch-irrationalen religiösen „Argumenten“, auf gottverheißenes Land kategorisch nicht verzichten zu dürfen, fundiert wird, dann unterminiert das die Grundlage einer jeglichen kompromissbereit und friedlich ausgerichteten Lösung des blutigen Konflikts. Der palästinensische Terror ist eine Reaktion auf diese schier ausweglose Situation. Die Radikalisierung der Kritik an einem Israel, das zionistisch seine eigene Raison d'être unterwandert und zerstört, ist da gerade auf israelisch-jüdischer bzw. auf der auf Frieden orientierten israelisch-palästinensischen Seite zwangsläufig. Es geht dabei um die Herstellung humaner Lebensperspektiven, ja um nicht weniger als die schiere Möglichkeit, überhaupt menschenwürdig weiterexistieren zu können.

Wer das nicht begreift, hat nicht begriffen, was auf der Waagschale liegt. Wer das nicht begreift, muss sich vorwerfen lassen, seinen Blick von der realen Tragödie des jüdisch-israelischen und palästinensischen Volkes bewusst oder nicht bewusst abgewendet und einen bornierten, ressentimentgeladenen, gewaltdurchwirkten Chauvinismus begünstigt zu haben. Darum – um nichts anderes – geht es der genuinen Israelkritik.

Perfidie der Täterengel

Und da begegnet man nun im deutschen Diskursfeld der nicht nur

von Juden, sondern auch von nicht-jüdischen Deutschen gemachten Unterstellung, diese Sorge um den Staat Israel und seine Gesellschaft – mithin das gegen alle Widerstände hochgehaltene Streben nach der Lösung des Konflikts zwischen Juden und Palästinensern und ihrer Versöhnung – sei das Werk „jüdischer Antisemiten“ bzw. „sich selbst hassender Juden“. Man muss sich schon einem Neusprech orwellischer Couleur verschrieben haben, um mit solcher Perfidie aufzuwarten. Hermann Göring wird der Spruch zugeschrieben, „Wer Jude ist, bestimme ich“. Ähnlichen strukturellen Geistes ist der Anspruch der Protagonisten besagter deutscher Konstellation, zu bestimmen, wer Antisemit sei. Den wohl perfidesten Auswuchs dieser ideologischen Konstellation bildet dabei die Erscheinung deutscher Enkel der Tätergeneration, die den Kindern von Shoah-Überlebenden meinen vorwerfen zu können, sie seien jüdische Antisemiten bzw. von Selbsthass angefressene Juden – nicht weniger. Dass in Deutschland lebende Juden sich mit dieser Perversion anschauungsmäßig eins wissen, bezeugt nur, zu welcher Erbärmlichkeit ihre eigene Stellung im deutschen Diskurs mittlerweile verkommen ist. Dass sie sich nicht entblöden, kritische jüdische Intellektuelle schmähend zu verfolgen, um eine vermeintliche „Israel-Solidarität“ zu wahren, ist ein beredtes Zeugnis ihres eigenen neurotischen Zustands als in Deutschland lebende Juden. Dass sich deutsche Behörden und Funktionsträger von ihnen einreden lassen, wer und was „antisemitisch“ sei, macht darüber hinaus evident, zu welchem bedenklicher Neuralgie der offizielle Umgang mit Juden im heutigen Deutschland inzwischen geronnen ist. Und das wahrhaft Zynische dabei: mit vorgeblicher Antisemitismusbekämpfung hat dies alles rein gar nichts zu tun. Wenn es Raumverbot für die Veranstaltungen friedensbestrebter deutscher, israelischer und palästinensischer Aktivisten in Deutschland ist, womit die deutsche Antisemitismusbekämpfung aufzuwarten vermag, können sich Deutschlands Antisemiten in Sicherheit wiegen. Wenn die giftig-polemische Hetze in den sozialen Medien gegen Israel-kritische Intellektuelle und Kulturschaffende als Norm für eine

vermeintliche „Verteidigung Israels“ gegen den „Antisemitismus“ gilt, ist es übelst um die Kapazitäten der kritischen Intelligenz Deutschlands bestellt. Wenn in Deutschland lebende jüdische Personen dies nicht nur absegnen, sondern ihrerseits aktiv fördern, können sie gewiss sein, nichts für Israel getan zu haben, dafür umso mehr für die strukturelle Entstellung des wahren Kampfes gegen den Antisemitismus. Nicht ausgeschlossen, dass gerade ihre Anmaßung antisemitische Ressentiments anfacht – so wie Israels Politik und deren menschenverachtenden Auswirkungen in den okkupierten palästinensischen Gebieten es weltweit tun.

Wie ist es aber überhaupt dazu gekommen? Warum versagt der öffentliche deutsche Diskurs dermaßen im hier erörterten Zusammenhang, warum verrät er in solch eklatanter Weise seinen eigenen kritischen Anspruch? Viele Gründe mag es dafür geben. Zunächst scheint das Thema „Antisemitismus“ eine ideologische Lücke für Linke auszufüllen, seit ihnen der soziale Kampf (von Klassenkampf mag hier ganz und gar geschwiegen werden) durch den Zusammenbruch dessen, was sie für die sozialistische Option weltgeschichtlich erachtet hatten, durch den Zusammenbruch des Sowjetkommunismus, abhanden gekommen ist. Und da der Zivilisationsbruch von Auschwitz in der Tat einen Gegenstand bildete, zu dessen Ergründung der klassische Marxismus ohnehin kein Instrumentarium bot, durfte man sich relevant vornehmen, indem man ihn zur neuen Matrix des „politischen Kampfs“ erkor. Dass dieses „Thema“ alsbald fetischisiert und verdinglicht wurde, mithin zu dem verkam, was die Erbärmlichkeit des heutigen Antisemitismuskurses in Deutschland ausmacht, hängt damit zusammen, dass man es zur fremdbestimmten Identifikationsgrundlage in eigener Sache verkommen ließ. Das ist insofern nachvollziehbar, als es eine nicht zu unterschätzende Entlastung bietet – von der Geschichtsbürde für Deutsche und von der nie überwundenen Ambivalenz bei Juden, die sich ein Leben gerade im Täterland gewählt haben, sich dabei aber „israelisch“ vorkommen und geben dürfen. Dass dabei „Israel“ zum Faktor der Gesinnungsorientierung geronnen

ist, hatte schon zu Zeiten des Kalten Krieges seine geopolitische Bewandnis, fungiert aber heute deutlich als Kriterium für die Ausrichtung auf den neuen Zeitgeist, namentlich im Ausleben des islamophoben Ressentiments, einem genuinen Verwandten des Antisemitismus, im Kontext des ideologisch durchwirkten Postulats eines „Clash of Civilizations“. Dazu passt die Mutation von ehemals „antideutschen Kommunisten“ zu kapitalismusfreudigen USA-Anhängern mit Bezug zu neokonservativen Ideologemen nur zu gut. „Israel“ (= Zionismus = Juden) ist ihr Schibboleth.

Die eingangs erwähnte Anekdote mag zum Abschluss eine andere aus derselben Zeit ergänzen. Als ich bei einem Gespräch einen renommierten Ideologen des „antideutschen“ Diskurses auf einen eklatanten Sachfehler in bezug auf Israel aufmerksam machte, beschied er mir – in erstaunlicher Offenheit, wie ich gestehen muss –, dass ihn Israel gar nicht interessiere; einzig Deutschland interessiere ihn. Und was Deutschland anbelange, so ergänzte sein bei dem Gespräch anwesender Kollege, so bedürfe es lediglich eines „Zeichens von oben“, damit der Antisemitismus freigelassen und der nächsten radikalen Judenverfolgung in Deutschland der Weg bereitet werde. Die Antwort auf meine Frage, warum sie dann nicht daran arbeiten, dass die Juden schleunigst aus Deutschland wegkämen, wenn ihnen eine solche Gefahr drohe, blieb man mir schuldig. Aber etwas von dem, was sie möglicherweise im Sinn hatten, artikuliert jener Stiftungsstipendiat, der mir mit ähnlicher Unbekümmertheit offenbarte, worum es ihm letztlich ging.

Moshe Zuckermann

Dieser Text wurde erstmals in der jungen Welt vom 10. Februar 2017 veröffentlicht. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.

Prof. Dr. Moshe Zuckermann lehrt Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Freud und das Politische. Psychoanalyse, Emanzipation und Israel“. Promedia-Verlag, Wien 2016, 208 Seiten, 19,90 Euro

Brandler „ist und bleibt der tüchtigste Proletariergenosse, der mir je begegnet ist“ (6.6.1914)

Zum Briefwechsel von Käte und Hermann Duncker



„Nimm den Leitfaden von Dr. Hermann Duncker (den ich zu Hause habe) zur Hand und studiere den Sozialismus nach seinen Vorschlägen“. Das schrieb der Maurer Robert Pöhland am 11. Juli 1916 an seinen 15-jährigen Sohn Robert. Und am 19. Oktober 1916, kurz bevor eine Granate an der Somme ihm den Kopf abbriss, ermahnte er seine „liebe kampfesmutige Frau“, Käte Dunckers Position auf der Berliner Reichskonferenz der SPD vom September 1916 zu folgen: Keinen Pakt mit den Verrätern der Sache, für die Liebknecht eingekerkert wurde. Aber „warum nun Spaltung um jeden Fall“ mit der Arbeitsgemeinschaft –anstatt die Mehrheitspolitiker gemeinsam zu bekämpfen (vgl. Pöhland-Briefe, 2006, S.162 und 229 mit Tagebuch Duncker 2016, S.286).

Beide Pöhlands gehörten 1909 zu den Hörern von Hermann Duncker, als dieser als Wanderlehrer des SPD-Parteiorgans in Bremen zweimal vier Wochen lang Vorträge und Kurse zur Geschichte des Sozialismus und zu volkswirtschaftlichen Grundbegriffen durchführte. Dazu

kamen Balladenabende für die „Junge Garde“, ein Gorki-Abend und ein Schiller-Vortrag, stets begleitet von dem damals in Bremen für Jugendfragen zuständigen Heinrich Brandler. Diese Begegnung mit dem „Proletariergenossen“ führte zur engen Freundschaft beider, die auch Käte Duncker teilte. Sie sah noch im Juni 1921 in Brandler, nach dessen Verhaftung als Vorsitzender der VKPD, den „einzigen, in dessen Hand ich die Partei mit einiger Beruhigung sähe“, nicht aber mit Frölich, Thalheimer oder Meyer (S.371).

Zuvor hatte Hermann Duncker ab 1907 u.a. Kurse und Vorträge in Nürnberg, Dresden, Kiel und Lübeck im Auftrag des Bildungsausschusses der SPD durchgeführt. Diese zentrale Parteischulung wurde von den einstigen Bremer Partei- und Bildungspolitikern Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck geleitet. 1910 absolvierte Heinrich Duncker nach Frankfurt noch weitere 6 Städte-touren mit jeweils 8 Wochenkursen in insgesamt 20 Orten. Vorausgesetzt wurde außerdem eine Beteiligung an der Reichstagswahlagitiation. „Ich sitze ja bis über die Ohren in der Arbeit. Will es doch zu gutem Ende führen“, teilte er erschöpft und genervt seiner Frau mit. Diese hatte Zeit nicht nur drei Kinder allein zu versorgen, sondern war selbst durch Pressarbeit, Parteiagitiation und eigene Schulungsarbeit für Frauen und Jugendliche stark belastet. Als Mitarbeiterin der „Gleichheit“ nahm sie im Herbst 1909 u.a. an der fünften Frauenkonferenz der SPD in Nürnberg teil und referierte dort erfolgreich über „Sozialistische Erziehung im Hause“. Hermann Duncker dagegen bemühte sich lange darum, Nürnberg zu meiden. So hatte er schon Ende November 1903 seiner Frau mitgeteilt, dass er ein Referat bei den Nürnberger Metallern über „Marxismus und Gewerkschaften“ absagen möchte, weil sein Arbeitersekretariatskollege Dr. Adolf Braun,

der Nürnberger Reichstagsabgeordnete und Redakteur der Fränkischen Tagespost, immer wieder dazu neige, „in die Diskussion einzugreifen etc. etc.- ich fühle mich plötzlich so beengt, mißtraue jedem Gedanken von mir“. (S.118).

Käte und Hermann Duncker hatten sich 1894 in den Abendkursen zu Erziehungs- und Frauenfragen des Leipziger Arbeiterbildungsvereins kennengelernt und 1898 geheiratet. Sie als Lehrerin, er als Student der Musik und Nationalökonomie. „Was ich für die Arbeiterbewegung habe leisten können, verdanke ich wesentlich der kameradschaftlichen Unterstützung meiner Frau“, hielt Hermann Duncker später resümierend fest. Ab 1903 hauptamtlicher Funktionär der SPD und Redakteur der Leipziger Volkszeitung wurde er 1906 mit der Einrichtung marxistischer Schulungskurse der erste „Wanderlehrer“ der Partei und ab 1911 Lehrer an der zentralen Parteischule der SPD in Berlin, wo er den Kontakt zu Rosa Luxemburg und Franz Mehring pflegte. Käte ging dagegen 1907 nach Stuttgart, wo sie unter der „starken Hand der Genossin“ Clara Zetkin die Frauen- und Kinderbeilage der „Gleichheit“ redigierte. Dieser beruflich bedingten Trennung verdanken wir einen Briefwechsel, der im Juli 1894 beginnt und am 1. September 1941 mit dem Brief Nr. 2641 endet. Ein fast lückenlos aufbewahrter, 50 Jahre umfassender Briefwechsel von zwei herausragenden Persönlichkeiten der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Ihr gemeinsamer politischer Weg führte vom linken Flügel der Sozialdemokratie über die USPD und den Spartakus zu den Mitbegründern der KPD. Als entschiedene Kriegsgegner und Antifaschisten überlebten sie im Exil in den USA und kehrten im Mai 1947 nach Deutschland zurück. Wilhelm Pieck hatte beide am 13. Februar 1947 eingeladen und Hermann

Duncker einen „Lehrstuhl an einer unserer Universitäten“ angeboten. Dunckers Vorstellungen zur Neuordnung Deutschlands nach 1945 hatten Freunde aus dem Amsterdamer Exil am 29. August 1945 so kommentiert: „Ich bin so froh über Deine Leitgedanken gegen Rassenhass, für Einheit der Werktätigen und Sozialismus“. (Albin Tenner, mit den Dunckers ab 1919 in Gotha verbunden als gemeinsame Lehrer an der Arbeiterpartei-Hochschule in Gotha ab Januar 1920 und als Volksbeauftragter des Freistaates Gotha ab März 1919).

Ein außergewöhnliche Überlieferung von rund 3000 Briefen und Postkarten, die 2016 im Karl Dietz-Verlag veröffentlicht wurden –als „Tagebuch in Briefen (1994-1953)“ inklusive USB-Card mit dem vollständigen Briefwechsel auf 5722 Seiten, herausgegeben von Heinz Deutschland unter Mitarbeit von Ruth Deutschland. Eine editorische und inhaltliche Meisterleistung, angereichert durch tabellarische Überblicke zur Lehrtätigkeit, durch Exkurse zu Personen und zu den Jahresereignissen. Zu bedauern ist lediglich, dass das Personenverzeichnis nicht um ein Verzeichnis der Orte ergänzt wurde.

Der Herausgeber spricht zurecht von einem Jahrhundertbriefwechsel. Zwei allumfassend humanistisch geprägte Persönlichkeiten im täglichen, gleichberechtigten Gedankenaustausch mit Einblicken und Kontroversen zum Alltag und zur Kultur. Offen in Fragen der Erziehung, der historisch-politischen Analysen und Kontroversen untereinander und mit Freunden und Gegnern. Unerbittlich in der Forderung, „die marxistische Weltanschauung umfassend und nicht verkürzt auf die Schriften Stalins darzulegen.“ Erstaunliche Zusammenhänge werden dabei thematisiert. So berichtet Hermann Duncker u.a. über die enge Zusammenarbeit mit August Thalheimer – 1928 in Moskau – zu Fragen von Marxismus und seine materialistische Einstellung. („Die Klassenverhältnisse und die Klassenkämpfe in den Niederlanden zur Zeit Spinozas). Und Käte Duncker trug im November 1914 „Leitsätze“ über die wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges vor 200 Leiterinnen

der Frauen-Leseabende im Berliner Gewerkschaftshaus vor –als Ergänzung zum Referat über „Die Ursachen des heutigen Krieges“

Berührend und bewegend ist der Umgang mit den Sorgen über das Befinden der drei Kinder, besonders der beiden Söhne in der Schweiz und in Moskau, die 1940 und 1942 aus dem Leben scheiden (Karl durch Selbstmord, Wolfgang im Gulag). „Immer wieder diese furchtbaren Nachrichten“, besonders zwischen 1938 und 1940 in den Briefen von Käte und Hermann aus Gotha, Paris und New York, über die Säuberungen in Moskau. „1938 ist eine furchtbarere Niederlage als 1933 (weltmäßig gesehen). Hitlers Hegemonie über Europa ist brutale Wahrheit.“ (S.494). „Nun haben wir in dem unglücklichen Spanien noch die Selbsterfleischung in Madrid“ (S.495). Und auf den Seiten 502 bis 506 das blanke Entsetzen über das Abkommen der Todfeinde, der Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, dem der „Freundschaftsvertrag“ vom 28. September 1939 folgte. Dazu schreibt Hermann Duncker aus Paris am 13.10.1939 an seine Frau: „Ich bin entsetzt über die neuen Verhandlungen Hitler-Stalin! Nie hielt ich das für möglich! Das man auch das noch erleben muss! Bei dieser ‚Dialektik‘ kann ich nicht mehr mit. Nie und nimmer kann man einen Sozialismus auf den Hitlerismus aufbauen! Pfui Teufel!- Ich habe eine solche Wendung nicht für möglich gehalten. Dafür reicht mein Verstand nicht aus! ...Die Hitler-Pakt-Kommunisten von 1939 sind beinahe das Gegenstück zu den Regierungssozialisten von 1914. Aber noch viel monströser“.

Trotz der auch nach 1945 gelegentlich fortgesetzten Kritik an der Politik der KPD und des FDGB blieben beide bis zum Lebensende überzeugte Kommunisten. „Ich suche mir in Berlin todsicher eine parteilose Arbeit. Auf diesem Vulkan mag ich nicht länger sitzen. Kommunistin bin und bleibe ich, aber die jetzige Partei...“ Das schrieb Käte Duncker schon am 10. März 1925 ihrem Mann angesichts der Konflikte um die ultralinke Parteiführung unter Ruth Fischer und der Kampagne, die Kandidatur von Thälmann für die

Wahl zum Reichspräsidenten auch in der Stichwahl aufrecht zu erhalten. „Hindenburg wird wohl von Thälmanns Gnaden aus der Urne spazieren!“ (24. April 1925).

Über die Nachkriegszeit erfahren wir dazu weniger aus dem Briefwechsel der Duncker, der 1941 nach der Zusammenführung der Familie im Exil weitgehend endet. Aber der Herausgeber liefert dazu Hinweise im Anhang am Beispiel der Briefwechsel der Dunckers mit Freunden und Verwandten, ergänzt um einen abschließenden Exkurs über die letzten Lebensjahre der Dunckers und über persönliche Erinnerungen an Hermann Duncker.

Jörg Wollenberg

Käte und Hermann Duncker. Ein Tagebuch in Briefen (1894-1953)

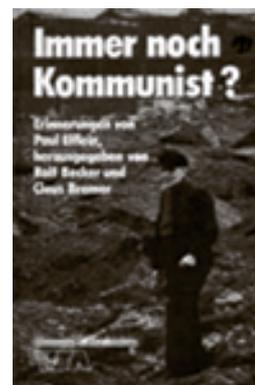
Herausgegeben von Heinz Deutschland unter Mitarbeit von Ruth Deutschland

Karl Dietz Verlag Berlin 2016 (=Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus Band XX). 606 Seiten und USB-Card, 49.90 Euro. ISBN 978-3-320-02314-0

Anzeige

Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Marxismus und Utopie

Zum 500. Geburtstag von Thomas Morus' „Utopia“



Im Dezember 1516 erschien die erste Ausgabe des Romans „Utopia“¹ aus der Feder des nachmaligen englischen Lordkanzlers Thomas Morus. Es handelte sich dabei um den ersten Entwurf einer kommunistischen Gesellschaft, die auf Gemeineigentum basiert. Thomas Morus, er lebte von 1478 – 1535, reizt den Historiker, weil er eine durchaus widersprüchliche Figur war und von der Nachwelt bis heute sehr unterschiedlich beurteilt wird.

Die katholische Kirche hat ihn 1935 für seine Standhaftigkeit gegenüber dem Ehescheidungsbegehren Heinrichs VIII. und das Bekenntnis zur Papstkirche heilig gesprochen,

wohl wissend, dass Morus einer der härtesten Ketzerverfolger war und wohl etliche Reformationsanhänger dem Henker auslieferte. Den Humanisten und dem Bildungsbürgertum gilt er als Vorbild für einen besonders kultivierten und sittsamen Lebenswandel, der durch materielle Anspruchslosigkeit aber fortwährendes geistiges Schaffen geprägt ist. Für Kommunisten ist Morus als Verfasser

des Romans „Utopia“ der erste Architekt einer auf Gemeineigentum fußenden sozialistischen Gesellschaftsordnung, die das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft hat.

Heute gibt es unterschiedliche Lesarten des Romans, nämlich vor allem eine katholische und eine sozialistische. Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hat „Utopia“ durchaus als sozialistisches Kampfprogramm verstanden und gutgeheißen, weil dort eine Gesellschaftsordnung porträtiert wird, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft ist und hinsichtlich der Arbeits- und Güterverteilung eine Kollektivwirtschaft herrscht.

Anders die katholische Kirche: Hier bringt man zwar der Person des Thomas Morus eine hohe Wertschätzung entgegen. Allein in Deutschland sind über 40 katholische Kirchen nach Morus als Namenspatron benannt. Die positive Wertschätzung gilt aber nicht für „Utopia“. Der Roman wird von katholischer Seite bestenfalls als spaßige Entgleisung oder „witziger Einfall“ gewertet, so etwa der christlich-konservative Morus-Biograph Prof. Peter Berglar². Es gibt aber auch kritischere Stimmen, etwa die des Jesuiten Dr. Hubert Schiel, der die Utopia-Ausgabe des Phaidon-Verlags besorgt hat. Er attestiert der „Utopia“, man könne daraus eine „Aufreizung zum Klassenhass“ heraushören: ...bei Morus wisse man nicht, wo der Spaß aufhöre und der Ernst anfangen ... der „kirchentreu Christ müsse sich bei der Schrift dieses katholischen Heiligen mit mehr oder weniger verlegenem Kopfschütteln behelfen.“³

Der Morus der Utopia-Phase – er war als er das Werk 1515/16 schrieb 38 Jahre alt – begegnet uns als ein sozial besonders sensibler Mensch, der als bekennender christlicher Humanist fürchterlich unter dem „Bauernlegen“

1– Thomas Morus: *Utopia*; Reclams Universal Bibliothek nr. 513, Stuttgart 2009. Diese Ausgabe empfehle ich, es gibt jedoch zahllose weitere Fassungen der „Utopia“ in deutscher Sprache.

2– Peter Berglar: *Die Stunde des Thomas Morus – Einer gegen die Macht*; Walter-Verlag, Olten und Freiburg im Breisgau 1978.

3– Zitate aus Thomas Morus: *Utopia*; hrsg. Von Hubert Schiel/Alexander Heine; Phaidon-Verlag, Essen o.J.

seiner Zeit litt. Damals rafften die englische Krone, der Klerus und der Hochadel das gesamt Ackerland zusammen, um es in Schafweide umzuwidmen. Denn mit der beginnenden Wollmanufaktur in den Niederlanden ließen sich durch Schafzucht und den Rohstoff Schafwolle wesentlich höhere Einnahmen erzielen, als durch Ackerland.

Die Bauern, die mit ihren Familien seit alters her Ackerbau auf den Pachtgrundstücken der Adligen betrieben, wurden nun mit rücksichtsloser Gewalt vertrieben. Griff man sie allerdings beim Vagabundieren auf, drohte ihnen der Galgen. Allein in der Ära Heinrichs VIII. sollen auf diese Weise über 70.000 landlos gewordene Bauern ermordet worden sein. Morus war über diese brutale Art der Reichtumsvermehrung der herrschenden Klasse entsetzt und dies war wohl die treibende Kraft dafür, dass er sich die Zukunftsgesellschaft Utopias ausdachte.

Utopia – ein Inselreich im Irgendwo

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie sich eine gerechtere Gesellschaft überhaupt denken ließ in einer Zeit, als technischer Fortschritt mit einhergehendem Produktivitätswachstum realgeschichtlich noch kaum existierte. Der linke Politologe Elmar Altvater macht verschiedentlich darauf aufmerksam, dass ein technisch bedingtes Wachstum in der Zeitspanne von der Geburt Christi bis an die Schwelle der Industrialisierung nur auf einem ganz niedrigen Niveau⁴ stattfand. Von einer durch technische Innovation möglichen Produktivkraftsteigerung, womit sich die Nahrungsmittelknappheit und die Knappheit anderer lebenswichtiger Gütern überwinden ließ, konnte Morus in seiner Lebenswelt noch nicht ausgehen.

Deshalb konzentrierte er sich auf den Aspekt einer gerechteren Vertei-

lung der Arbeit und der Verbrauchsgüter durch den Abbau von Luxus. Müßiggang und Adelsprivilegien. Die Menschen auf dem fiktiven Inselstaat Utopia kannten kein Besitzstreben nach mehr und mehr privatem Reichtum. Stattdessen ging es ihnen darum, die notwendige Arbeit in Handwerk und Landwirtschaft gleichmäßig auf alle Schultern zu verteilen. Ebenso gleichmäßig will Morus dann auch die erzeugten Güter verteilen. Sein Utopia soll ein Staatswesen sein, in dem gesellschaftliches Kollektiveigentum herrscht.

Nur einige wenige Gesellschaftsmitglieder sind von unmittelbar produktiver Arbeit freigestellt, z.B. höhere Priester und Forscher, aber alle anderen, die arbeiten können, tun dies auch, wobei eine Art Familienpatron die ihm unterstellte Wohn- und Arbeitsgruppe überwachte. Dabei vertritt Morus die für die damalige Zeit fast unglaublich anmutende Auffassung, dass nicht mehr als sechs Stunden tägliche Gemeinschaftsarbeit bei freiem Sonntag notwendig seien, um alle lebensnotwendigen Güter in ausreichender Menge herzustellen. Damals wurde üblicherweise noch von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gearbeitet.

Was nun die für die Wiedergabe solcher Gedanken gewählte Romanform ungemein konkret herauszustellen vermag, sind neben der Produktion und Güterverteilung auch sämtliche weiteren Spezifika, die ein gesellschaftliches Zusammenleben ausmachen: Also detaillierte Beschreibungen der Staatsorganisation, des Rechtssystems, der Außenpolitik, der Religionsausübung, des Erziehungswesens, der Sitten und Gebräuche, schließlich gar des Sexuallebens. Weil dieser Entwurf einer Zukunftsgesellschaft so enorm plastisch erschien – quasi wie das Modell eines Architekten – inspirierte er Denker, Gelehrte aber auch Kulturschaffende durch die Jahrhunderte hindurch im-

mer wieder, sich mit einzelnen Bausteinen davon zu befassen.

Bei so vielen kritischen Geistern, die sich mit „Utopia“ auseinandergesetzt haben, ist es kein Wunder, dass Morus' Zukunftsentwurf höchst kontrovers beurteilt wird. So loben ihn die einen für seine religiöse Toleranz, etwa Karl Kautsky, der 1887 in London eine berühmte Morus-Biographie⁵ verfasst hat. Andere werfen ihm vor, das Staatswesen Utopias wäre auf eine „Diktatur des Klerus“ hinausgelaufen, weil zwar in Glaubensfragen Toleranz herrschte, aber Atheismus praktisch unter Todesstrafe gestellt war. Wer nicht an die „Unsterblichkeit der Seele“ glaubte, hatte nach Morus kein Recht, weiter zu leben. Die Priester in Utopia durften solche Menschen aus der Gemeinschaft verbannen und hinrichten lassen. Mit der vielgepriesenen Toleranz in religiösen Dingen war es also nicht weit her, was auch der führende englische Morus-Biograph Chambers⁶ scharf kritisiert.

Neben sehr uniformen Stadtanlagen, extrem eintöniger Kleidung und der Ablehnung jedweden Luxus' finden wir in Utopia auch allerlei skurrile Einfälle, zum Beispiel hinsichtlich des Sexuallebens: Künftige Brautpaare durften sich vor der Hochzeit unter Aufsicht von Autoritätspersonen einmal splitternackt begutachten. Utopien gehen eben oft sehr ins Detail und behandeln so gut wie alle gesellschaftlichen Bereiche.

Umstritten blieb bei Morus auch sein Plädoyer für Sklaven- und Gefangenearbeit. Damit wollte er die Utopier vor besonders schmutzigen und verrohenden Tätigkeiten bewahren, wie etwa dem Schlachten von Tieren oder dem Straßenbau. Da Morus aufgrund seiner Zeitumstände eben noch nicht in technischen Kategorien denken konnte, fielen ihm für solche Arbeiten nicht – wie späteren utopischen Schriftstellern – maschinell-technische Lösungen ein.

Stattdessen bedienten sich die Utopier freigekaufter Zuchthäusler aus anderen Nationen, die diese notwendigen, aber niederen Tätigkeiten durchführen mussten – dafür aber ihr Leben behielten.

Edward Bellamy löste mehr als 350 Jahre später dieses Problem in seinem utopischen Roman „Ein Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887“⁷,

4– Vgl. Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen*; Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, S. 92ff.

5– Karl Kautsky: *Thomas More und seine Utopia*; Verlag Dietz Nachf., Bonn-Bad Godesberg 1973, ISBN 3-8012-1005-7, Nachdruck der 1922 in Stuttgart/Berlin erschienenen 5. Auflage

6– R. W. Chambers: *Thomas More – ein Staatsmann Heinrichs des Achten*; Verlag Josef Kösel, München und Kempten 1935.

7– Edward Bellamy: *Ein Rückblick aus dem Jahr 2000 auf 1887*; Reclam 2660 (4), Stuttgart 1983. Bellamy's Roman dürfte der wohl meistgelesene sozialistische Zukunftsentwurf zur Zeit der Arbeiterbewegung gewesen sein.

indem er den durchschnittlich erforderlichen Arbeitstag bei besonders schmutzigen oder gefährlichen Tätigkeiten auf wenige Minuten verkürzte. Damit wurden diejenigen, die solche Arbeiten verrichten, durch ein Mehr an Freizeit belohnt.

Die Romanform hat sicherlich den Vorteil gegenüber einer streng theoretischen Abhandlung, dass sie gewisse narrative Spielräume bietet. So können diejenigen Essentials der Zukunftsgesellschaft, auf die es dem Autor besonders ankommt, prominent hervorgehoben und veranschaulicht werden. Der bedeutendste deutsche Utopieforscher, Prof. Richard Saage, zählt in unserem Kulturkreis 36 solcher utopischen Romane zum prägenden Bestandteil des literarischen Schaffens seit Beginn der Neuzeit um 1500. Sie weisen in der Nachfolge von Thomas Morus ein „klassisches Utopiemuster“ auf, nämlich:

- ▶ Erstens Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung;
- ▶ zweitens eine Andeutungen des Weges zu revolutionären Umbrüchen;
- ▶ und drittens modellhafte Ausföhrung zu den lebensbestimmenden Merkmalen der (weithin konfliktfreien, harmonischen) Zukunftsgesellschaft.

Marx & Engels zur Utopie

Was störte nun Marx & Engels am utopischen Sozialismus? Eigentlich hätten sie es doch begrüßen müssen, dass solcherart die Vorstellungen von einer auf Gemeineigentum basierenden Gesellschaft besonders anschaulich herausgearbeitet wurden. Ihr Verhältnis zur Utopie war aber eher durchwachsen. Bereits in einer frühen Schrift, dem „Kommunistischen Manifest“ (1848), befasst sich ein Extraabschnitt kritisch mit dem „utopischen Sozialismus“. Dort heißt es von Marx: „Die revolutionäre Literatur, welche diese ersten Bewegungen des Proletariats begleitete, ist dem Inhalt nach notwendig reaktionär. Sie lehrt einen allgemeinen Asketismus und eine rohe Gleichmacherei“⁸. Das bezog sich in erster Linie auf die ganz frühen Schriften – also Morus, Campanella, Bacon⁹ aus dem 16/17. Jahrhundert.

Zu den Utopiern des 19. Jahrhunderts fällt die Einstellung etwas positiver aus: „... die Systeme St. Simons, Fouriers, Owens usw. tauchen auf in der ersten, unterentwickelten Periode des Kampfs zwischen Proletariat und Bourgeoisie... Die Erfinder dieser Systeme sehen zwar den Gegensatz der Klassen wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung. (...) Sie sind sich zwar bewusst, in ihren Plänen hauptsächlich das Interesse der arbeitenden Klasse als der leidendsten Klasse zu vertreten. Nur unter diesem Gesichtspunkt der leidendsten Klasse existiert das Proletariat für sie. (...) Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen. Diese phantastische Schilderung der zukünftigen Gesellschaft entspringt in einer Zeit, wo das Proletariat noch höchst unterentwickelt ist, also selbst noch phantastisch seine eigene Stellung auffasst...“¹⁰

Positiv gewendet dann: „Die sozialistischen und kommunistischen Schriften bestehen aber auch aus kritischen Elementen. Sie greifen alle Grundlagen der bestehenden Gesellschaft an. Sie haben daher höchst wertvolles Material zur Aufklärung der Arbeiter geliefert.“¹¹

Dann wieder kritischer: „Die Bedeutung des kritisch-utopistischen Sozialismus und Kommunismus steht in umgekehrtem Verhältnis zur geschichtlichen Entwicklung. In demselben Maße, worin der Klassenkampf sich entwickelt und gestaltet, verliert diese phantastische Erhebung über denselben, diese phantastische Bekämpfung desselben allen praktischen Wert, alle theoretische Berechtigung. Waren daher die Urheber dieser Systeme auch in vieler Be-

ziehung revolutionär, so bilden ihre Schüler jedes Mal reaktionäre Sekten. (...) Sie träumen noch immer die versuchsweise Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Utopien, Stiftung einzelner Phalanstere, Gründung von Home-Kolonien, Errichtung eines kleinen Ikariens – Duodezausgaben des neuen Jerusalems – und zum Aufbau aller dieser spanischen Schlösser müssen sie an die Philanthropie der bürgerlichen Herzen und Geldsäcke appellieren.“¹²

Marx & Engels befürchteten also, dass der revolutionäre Impuls, der den Schöpfern der Utopien noch zueigen gewesen sein mag, sich spätestens bei deren Anhängern in etwas Reaktionäres verwandelt, weil diese – statt auf den Klassenkampf zu setzen – an die herrschende Klasse appellieren, die Welt doch bitte nach dem Muster ihrer Entwürfe zum Besseren zu verwandeln. Diese Befürchtung ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Tatsächlich unternahmen viele utopische Schriftsteller im Zeichen des damals noch waltenden absolutistischen Monarchismus den Versuch, an den Herrscher selbst oder einflussreiche Persönlichkeiten zu appellieren. Nur wenn diese überzeugt werden konnten, schien den Utopiern die Verwirklichung ihrer Zukunftsmodelle möglich.

Oder aber es wurden vor allem in Amerika praktische Experimente vorgenommen, also Kommunen gegründet, die die jeweiligen Modelle in der Realität ausprobieren und propagandistisch verbreiten sollten. Die meisten solcher kommunistischen Kleinkommunen gingen jedoch bald wieder ein. Der zu den „legalen Marxisten“ zählende russische Wirtschaftstheoretiker Michael Tugan-Baranowsky, der vor ca. 100 Jahren dazu ein interessantes Buch geschrieben hat¹³, führt das erstens darauf zurück, dass zu viele Intellektuelle und zu wenig handwerklich Begabte sich an solchen Kommune-gründungen beteiligten, also ständig diskutiert aber wenig aufgebaut wurde. Zweitens war es besonders in

8– Karl Marx: *Manifest der Kommunistischen Partei*; Reclam Nr. 8323, S. 52.

9– Thomas Campanella schrieb 1602 den utopischen Roman „Der Sonnenstaat“. Francis Bacon ist der Autor des utopischen Romans „Nova Atlantis“ aus dem Jahre 1623.

10– Marx, *ebd.*, S. 52f.

11– Marx, *ebd.*, S. 53.

12– Marx, *ebd.*, S. 54.

13– Michail Tugan-Baranowsky: *Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit*; Gotha 1921.

den Prosperitätsphasen des späten 19. Jahrhunderts in Amerika einem fleißigen Arbeiter in einer stinknormalen Fabrik viel eher möglich, für sich selbst und seine Familie eine bescheidene Existenz aufzubauen, als in den Kommuneexperimenten.

Zurück zu Marx & Engels. Die beiden Begründer des sog. „wissenschaftlichen Sozialismus“ hielten also nicht sonderlich viel vom Modellieren utopischer Entwürfe: „Die Utopisten, sehen wir, waren Utopisten, weil sie nichts anderes sein konnten zu einer Zeit, wo die kapitalistische Produktion noch so wenig entwickelt war. Sie waren genötigt, sich die Elemente einer neuen Gesellschaft aus dem Kopf zu konstruieren, weil diese Elemente in der alten Gesellschaft selbst noch nicht allgemein sichtbar hervortraten; sie waren beschränkt für die Grundzüge ihres Neubaus auf den Appell an die Vernunft, weil sie eben noch nicht an die gleichzeitige Geschichte appellieren konnten.“¹⁴

Was Engels mit gleichzeitiger Geschichte gemeint hat, fasst er in seinem Credo zum historischen Materialismus bzw. der materialistischen Geschichtsauffassung zusammen, wo es heißt: „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßig bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. (...) Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen... zu ergründen, und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zu Bewusstsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“¹⁵

Wir können aus diesen Zitaten ersehen, dass Engels die Absage an die

Utopie an das gleichzeitige Erwachen des Proletariats und eine Zunahme der Klassenkämpfe koppelt, zusammengefasst in der Formel, man müsse nicht mehr an die Vernunft durch schöne Modelle appellieren, wenn der gleichzeitige geschichtliche Verlauf diese Appelle ersetzt. Da wird aber schnell auch der Umkehrschluss ersichtlich: Nämlich wenn und solange diese Zunahme der Klassenkämpfe (noch) nicht stattfindet, jedenfalls nicht in der Wucht, um die Grundfesten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu erschüttern, solange macht es eigentlich nach wie vor Sinn, die Elemente einer Zukunftsgesellschaft modellhaft zu entwickeln. Denn damit wäre auch die Hoffnung verbunden, den Klassenkampf durch klarere Vorstellungen von der Zukunftsgesellschaft zu stimulieren.

Sozialistischen Theoriebildung und Utopie

Dass Marx und Engels in ihrer Schaffensperiode dem Utopismus überwiegend kritisch gegenüberstanden, hat natürlich auch mit den Zeitumständen zu tun: In der frühsozialistischen Denkertradition, insbesondere der Generation vor Marx & Engels, gab es faktisch nur(!) diese Art von utopischem Denken, mitsamt dem Versuch, an die Herrschenden zu appellieren und kleine Musterkolonien zu errichten, die dann allesamt schnell wieder eingingen. Dagegen wollten sich Marx & Engels durch ihr eher wissenschaftlich angelegtes Arbeiten abgrenzen und Engels nannte 1880 seine wichtige, den Marxismus popularisierende Schrift auch folgerichtig „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“¹⁶.

Nun könnte aber dieses Wissenschaftspostulat heute durchaus hinterfragt werden, da etliche als historisch notwendige deklarierte oder gar als mit naturwissenschaftlicher Determiniertheit zu erwartende Ereignisse so nicht eingetreten sind. Zum Beispiel hat sich die Arbeiterklasse durch die Zusammenballung in der Fabrik und zunehmende Klassenkämpfe immer noch nicht von der Klasse an sich zur Klasse für sich

entwickelt, was Marx & Engels postulierten. In den führenden Industrieländern sind die Klassenkämpfe eher rückläufig und die moderne Fabrik ist heute keine Zusammenballung von Arbeitermassen mehr, sondern eher wieder „entvölkert“.

Oder aber die Behauptung einer stetig zunehmenden Monopolisierung, die solche Ausmaße erreicht, dass die Konkurrenz schließlich gänzlich aufgehoben wird und es in jeder Branche nur noch ein Monopol gibt, wobei sich der bürgerliche Staat vom ideelle Gesamtkapitalisten zu einem realen Gesamtkapitalisten entwickelt. Solche Prognosen nahmen Marx & Engels immer als bestimmende Tendenz für die nächsten ein bis zwei Generationen vor. Natürlich gibt es die Tendenz zur Monopolbildung im Kapitalismus. Dass sich dadurch jedoch hinsichtlich der wesentlichen Kapitalbranchen eine mit dem Staat verkoppelte Besitzstruktur ergäbe – auch das hat sich als Prognose nicht bewahrheitet. Eher im Gegenteil: Mit dem Neoliberalismus erleben wir in den letzten 30 Jahren sogar eine starke Reprivatisierung von ehemals im staatlichen oder kommunalen Besitz befindlichen Betrieben.

Die Treffsicherheit dieser sich selbst als wissenschaftlich gerierenden Aussagen, die Marx & Engels aus ihrer analytischen Arbeit gewonnen haben wollen, müsste also hinterfragt werden. Es verhält sich überdies so, dass Marx seinen eigentlich angestrebten Arbeitsplan armuts- und krankheitsbedingt nie verwirklichen konnte, der auch noch eine Analyse des bürgerlichen Staates und des Weltmarktes umfasste. Von der reinen Kapitalebene lassen sich aber nur bedingt Schlussfolgerungen über historische Determinanten ableiten.

Utopische Bestandteile im Denken von Marx

Um nun aufzuzeigen, dass in dem von Marx & Engels postulierten Kommunismusentwurf durchaus Theoreme enthalten sind, die in ihrer Erwartungshaltung eher unter das Etikett der Utopie zu subsumieren wären, sei auf folgendes Zitat aus der „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) zurückgegriffen: „In einer höheren Phase der kommunistischen

14– Friedrich Engels: *Anti-Dühring*; Dietz-Verlag, Berlin 1971, S. 247.

15– Engels, *ebd.*, S. 264f.

16– Engels Schrift, die einen Auszug aus dem „Anti-Dühring“ bildet, befindet sich in MEW 19.

Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“¹⁷

Marx differenziert hier zwischen einer höheren Phase des Kommunismus und einer offenbar vorher stattfindenden Phase, landläufig heute Sozialismus genannt, die teils noch mit bürgerlichen Rechtselementen behaftet ist. Nehmen wir uns zuerst die höhere Phase vor und machen uns einmal klar, was da unter welchen Voraussetzungen läuft. Der wichtigste Punkt dürfte der mit dem „ersten Lebensbedürfnis“ sein. Dass jeder nach seinen Bedürfnissen konsumiert, salopp gesagt, dass bei Karstadt und H&M immer die Türen offenstehen und die Kassen abgeschafft sind (höchstens noch eine Registrierkasse, die den Gütereingang und -ausgang vermerkt) und ein jeder sich das nimmt, was er braucht, ist daran gekoppelt, dass die Menschen im Kommunismus vor dieser konsumtiven Bedürfnisbefriedigung ein anderes Lebensbedürfnis entwickelt haben, nämlich als erstes das Bedürfnis zu arbeiten. Logisch! Denn wenn nicht das ganze Gütersortiment bei Karstadt, H&M etc. – die Läden heißen dann sicherlich anders – zuerst produziert worden ist, kann es auch keine freie Selbstversorgung ohne Kontrolle und Aufseher geben.

Nun soll die Vorstellung, dass es dereinst einmal eine menschliche Gesellschaft überall auf dem Globus geben kann, in der alle die Arbeit als erstes Lebensbedürfnis verspüren und erst danach sich an den Konsumprodukten gütlich tun, überhaupt nicht für unreal oder absurd erklären werden. Aber aus heutiger Sicht würde man dies sicherlich der Sphäre des Utopischen zuordnen. Marx war wohl auch mehr hoffnungsvoller Revolutionär als cooler Analytiker, wenn er die niedere

Vorläuferphase offenbar nur als eine „Übergangsgesellschaft“ verstand, aber nicht als eine vermutlich langfristige, eigenständige Gesellschaftsformation.

In der „Gothaer Programmkritik“ konzipiert er zwar sehr detailliert diese vorgängige Phase, den Sozialismus, als eine Gesellschaftsordnung, wo noch strenge Buchhaltung und Kontrolle herrschen und jeder Berufstätige für die der Gesellschaft erbrachte Arbeitsleistung eine Bescheinigung erhält, die ihn dann berechtigt, in den sozialistischen Konsumtempeln so und so viel an Gütern zu entnehmen. Er ging aber immer davon aus, dass dieser „bürgerliche Rechtshorizont“ nach dem Prinzip „Jeder nach seiner Leistung“ relativ rasch überwunden werden kann.

Genau aber an dieser „Sollbruchstelle“ müsste heute genauer nachgedacht werden. Hier befindet sich die Berechtigung neuer theoretischer und literarischer Zukunftsmodelle.

Utopie heute

... hätte nun beileibe nicht die Aufgabe, großartige Vorstellung von der höheren Phase des Kommunismus, sozusagen die Verwirklichung der kühnsten Menschheitsträume hinsichtlich eines harmonisch funktionierenden gesellschaftlichen Ganzen, auszumalen. Viel spannender wäre es, die Widersprüche und Widrigkeiten, die sich nach heutigem Ermessen auf dem Weg dahin auftun, zu skizzieren.

Das soll an zwei, drei Beispielen verdeutlicht werden: etwa die Frage der **gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit im Sozialismus**. Dass sich eine sozialistische Gesellschaft dadurch auszeichnet, dass technische Produktivitätsfortschritte sich in Arbeitszeitverkürzung niederschlagen, dürfte eine selbstverständliche Erwartung sein. Das bedeutet, dass die notwendige Durchschnittsarbeit, an der sich dann auch die durchschnittliche Bezahlung, sprich der konsumtive Güteranteil der Individuen bemisst, Schritt für Schritt abgesenkt werden kann – auf 30 Wochenstunden, auf 25 Wochenstunden, auf 20 Wochenstunden usw.

Nun würde die Wochenarbeitszeit aber eng daran gekoppelt sein, welche konkrete Güterversorgung die Mitglieder einer sozialistischen Gesellschaft erwarten. Sollen alle(!) heute gängigen Produkte hergestellt werden, oder soll der Staat nur eine Grundversorgung garantieren? Um die sonst noch benötigten Güter müssten sich die Interessenten dann selbst kümmern. Selbst bei umfassender Planung wird es kaum möglich sein, exakt die notwendige gesellschaftliche Durchschnittsarbeitszeit zu bestimmen, darüber werden politische Entscheidungen getroffen werden müssen – ggf. in parteipolitischen Konkurrenz mehrerer sozialistischer Parteien. Wie könnte das so demokratisch wie möglich geschehen, wäre einmal eine solche Frage.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: Soll es überhaupt noch – nach den Erfahrungen mit dem Sowjetkommunismus – eine verbindliche, zentrale **Planwirtschaft** geben, oder ist dieses Instrumentarium gänzlich überflüssig, wie etwa Sahara Wagenknecht in ihrem neuen Buch¹⁸ meint. Sie geht darin sogar so weit, faktisch eine staatliche Beteiligung an der Ökonomie gänzlich abzulehnen und konzipiert vier Eigentumsformen zur Überwindung des Kapitalismus, bei denen allenfalls die Kommunen als staatliche Wirtschaftsagentur noch eine Rolle spielen. Auch Christian Felber, der ein in der Linken weit verbreitetes Buch zur Gemeinwohlökonomie¹⁹ geschrieben hat, konzipiert dieses Wirtschaftsmodell weitgehend ohne den Staat als Agenten des Wirtschaftslebens. Also die Frage: Wieviel Staat darf, muss oder soll in der Ökonomie einer Zukunftsgesellschaft sein?

Nehmen wir schließlich noch ein drittes Beispiel. Stichwort **Wirtschaftsdemokratie**: Am Kapitalismus hatten wir immer die Kritik, dass hier die Demokratie am Fabrikator endet. Also müsste da etwas verändert werden in Richtung einer Verstärkung der Mitbestimmungsbefugnisse der Belegschaften. Nun kennen wir aber aus den Gesellschaften des realsozialistischen Typs das Problem des „Betriebsegoismus“. Es müssten also in die Aufsichtsgremien eines Betriebs auch Interessenvertreter der Kommune, Gleichstel-

17– Karl Marx: *Kritik des Gothaer Programms*; Dietz Verlag Berlin 1965, S. 24f.

18– Sahara Wagenknecht: *Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten*; Campus Verlag, Frankfurt / New York 2016.

19– Christian Felber: *Gemeinwohlökonomie* ...

lungsbeauftragte, des Umweltschutzes, etc. Wie soll das konkret aussehen? Vor allem, wenn wir von einem „Mix von Eigentumsformen“ im Sozialismus ausgehen, wie es Klaus Steinitz²⁰ u.a. vorschlagen, um künftig vom erstarrten zentralistischen Planungstyp wie in der DDR wegzukommen.

Ich habe bewusst nur Beispiele für den Klärungsbedarf aus dem wirtschaftspolitischen Sektor gewählt, um die Fragestellung nicht zu überfrachten. Eine konkrete Utopie könnte es damit natürlich nicht bewenden lassen, sondern müsste auch zum weiteren Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse Stellung nehmen. Das sozialistische Denken hat sich im 19. Jahrhundert immer stark aus utopischen Vorstellungen gespeist. Es waren ja nicht unbedingt Marx & Engels die meist gelesenen Autoren, sondern in Deutschland eher August Bebel²¹, weltweit Edward Bellamy²².

Durch deren weitgehend konzipierte Sozialismusvorstellungen gab es in der Linken das, was Christoph Lieber von der Zeitschrift „Sozialismus“ als „ein Projekt“ bezeichnet. Also eine irgendwie geartete gemeinsame Vorstellung, wie die Zukunftswelt, die man sich erkämpfen wollte, in ihren Grundelementen auszusehen hätte.

Ein solches gemeinsames „Projekt“ besitzen wir heute nicht mehr! Die Tatsache, dass es heute fast keine positiven Utopien mehr gibt, dafür allerdings jede Menge schwarzer Utopien (Dystopien), spiegelt wieder, dass wir in nicht-revolutionären Zeiten leben. Offenbar reichen die Phantasien nur so weit, sich auf zahllosen Gebieten – vom Überwachungsstaat, der Atomkatastrophe, dem Klimawandel, Terrorismus bis hin zum ökologischen Kollaps – allerlei Endzeitszenarien ausmalen zu können.

Aber Zukunftsentwürfe, die eine lebenswerte gesamtgesellschaftliche Alternative ausbreiten, gibt es seit „Ökoptopia“ (1975) von Ernest Callenbach²³ eigentlich keine mehr. Das halte ich für einen Mangel, den es zu beheben gilt, wenn die sozialistische Linke wieder über „ein Projekt“ verfügen will, also eine wenigstens ansatzweise umrissene Zukunftsperspektive. Dieter Klein hat das auf den Punkt gebracht: „Wer andere für eine gemeinsame Reise gewinnen will, muss schon sagen, wohin sie gehen soll.“²⁴

Gerald Munier (Bielefeld, Oktober/November 2016)

(Der Autor ist promovierter Historiker und lehrt Geschichtsdidaktik an der Universität Bielefeld. Aus seiner Feder ist bei VSA die Morus Biographie „Thomas Morus – Urvater des Kommunismus und katholischer Heiliger; Hamburg 2008 erschienen.)

20– Klaus Steinitz: *Das Scheitern des Realsozialismus – Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert*; VSA, Hamburg 2007, S. 96. Steinitz spricht dort von einem Pluralismus der Eigentumsformen in einem künftigen Sozialismus.

21– August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus*; Verlag Dietz Nachf., Bonn 1994. Bebel's Schrift aus dem Jahre 1878 enthält im 4. Abschnitt eine sehr ausführliche Darlegung zur Entwicklung des Kommunismus.

22– Der Roman von Bellamy wurde von Klara Zetkins ins Deutsche übersetzt, weil sie der Meinung war, obwohl kein Werk des „wissenschaftlichen Sozialismus“, es „auch heute noch den arbeitenden Massen sehr viel zu sagen hat.“ (Reclam-Ausgabe, S. 292)

23– Ernest Callenbach: *Ökoptopia*; Rotbuch Verlag, Berlin 1984.

24– Dieter Klein: *Vermutungen über einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts*; in Brie/Detje/Steinitz (Hg.): *Wege zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien*; VSA, Hamburg 2011, S. 195.

Anzeigen



ROTE HILFE e.V.
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!
 bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

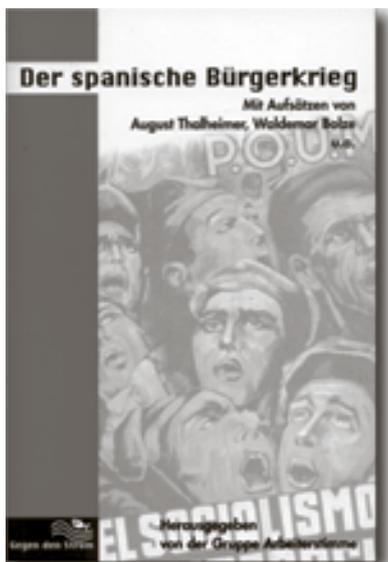
Spendenkonto: Rote Hilfe e.V., Sparkasse Göttingen
 IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE
 Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

**Auch in gutsortierten
 Bahnhofsbuchhandlungen**

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

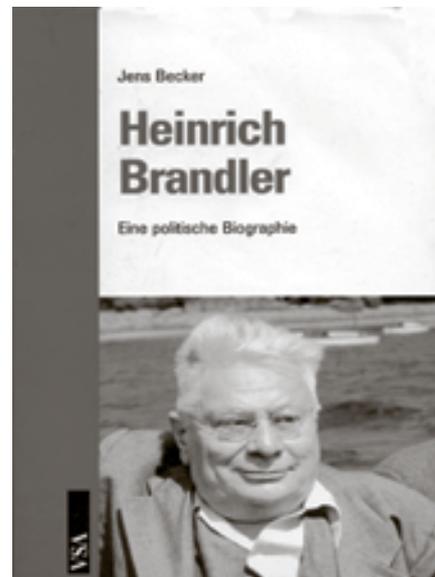


Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,
20,- €**
ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,
20,- €**
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org